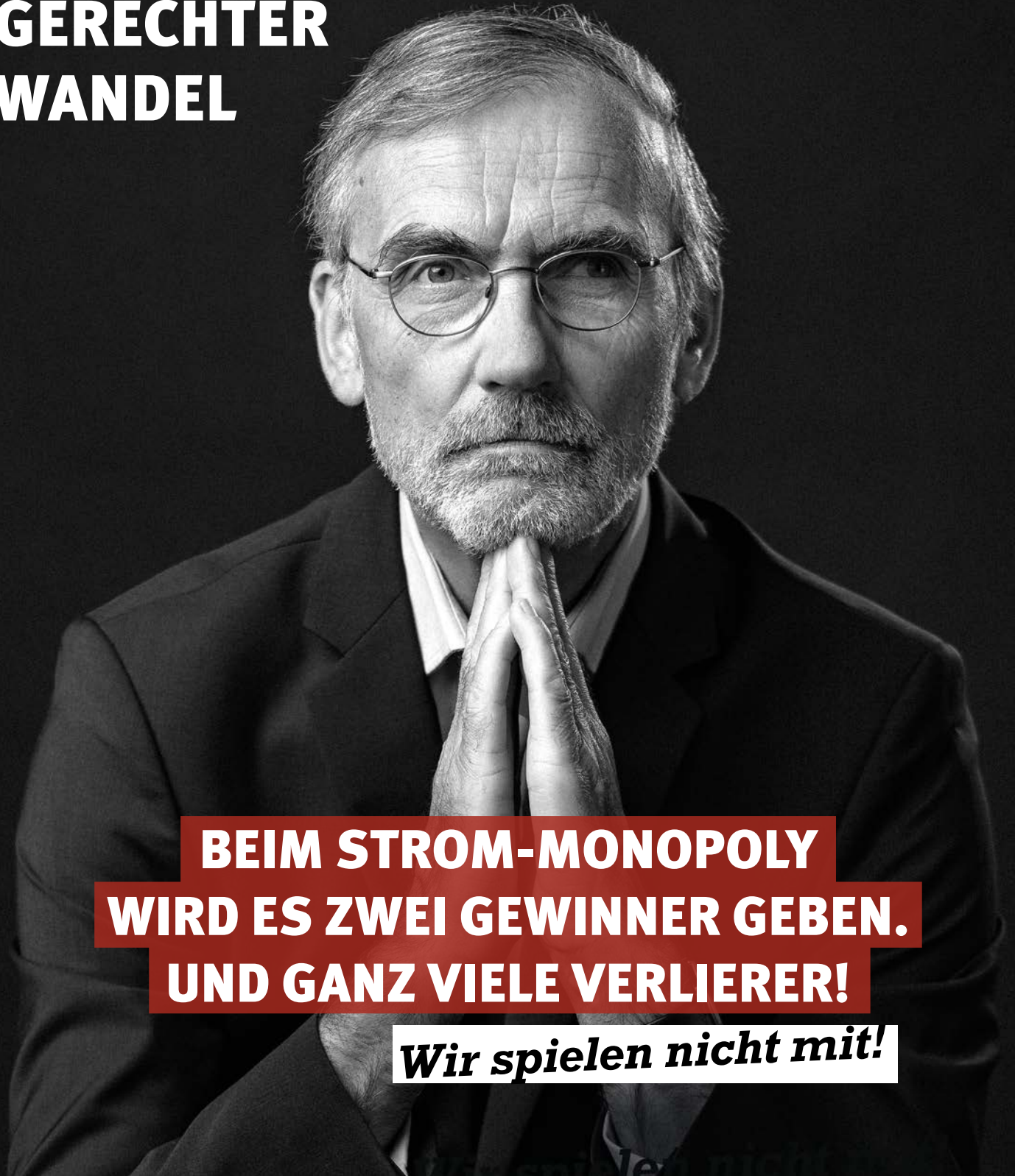


## GERECHTER WANDEL



**BEIM STROM-MONOPOLY  
WIRD ES ZWEI GEWINNER GEBEN.  
UND GANZ VIELE VERLIERER!**

***Wir spielen nicht mit!***



### Kein Wandel ohne Klimagerechtigkeit

Die globale Wirtschaft ökologisch und sozial gerecht zu gestalten – darin liegt auch der Schlüssel, die Klimakrise zu bewältigen. Kluge Konzepte liegen vor. Jetzt heißt es handeln. ■ Seite 6



### Der Kohle den Stecker ziehen

Ohne Geld keine Kohle: Klima-Aktivisten versuchen, der Kohleindustrie die Geldgeber abspenstig zu machen. Mit einigem Erfolg – immer mehr Banken und Investoren lenken ein. ■ Seite 14



### Roadmap für einen gerechten Wandel

Mit dem Green New Deal liegt ein Fahrplan für Europas sozial-ökologische Wende auf dem Tisch, der den Klimawandel bremsen und zugleich mehr soziale Gerechtigkeit schaffen soll. ■ Seite 26

## Heft 29 Herbst 2020

### NEUES AUS DER ENERGIEPOLITIK

- 4 EEG-Reform: auf halbem Weg steckengeblieben
- 5 Energiewende-Delle vermeiden

### GERECHTER WANDEL

- 6 Wir müssen den Wandel gemeinsam gestalten
- 10 NATURSTROM-Kampagne: Klage gegen den RWE-E.ON-Deal
- 11 „Wir sehen eine Konterrevolution“  
NATURSTROM-Vorstand Dr. Thomas Banning im Interview
- 14 Wie wir der Kohle den Stecker ziehen
- 17 Energiewende – aber bitte gerecht!
- 20 „Der Globale Norden steht in der Verantwortung“  
Klimaphilosoph Darrel Moellendorf im Interview
- 23 Der (un)gerechte Kohleausstieg
- 24 Von Gelbwesten zu radikalen Klimaschützern
- 26 Blaupause für einen gerechten Wandel
- 28 Generationen in der Klimakrise
- 30 Gut geteilt: Europas Bürgerenergiewende  
REScoop-Präsident Dirk Vansintjan im Interview
- 33 Faire Lieferketten für die Energiewende

### ENDLAGERSUCHE

- 36 „Eine Aufgabe, die wir gesamtgesellschaftlich schultern müssen“ Sylvia Kotting-Uhl,  
MdB BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Interview

### NEUE MOBILITÄT

- 39 DonkEE wächst – Flatrate Angebot für  
E-Bike, E-Roller und E-Lastenrad
- 40 Die neue Wallbox Professional mit NATURSTROM

### GEWINNSPIEL

- 41 Reise ins BIO HOTEL Anna in den Südtiroler Alpen

### 42 ANDHERI-HILFE / IMPRESSUM

Titelbild: NATURSTROM klagt gegen den unfairen Deal zwischen RWE und E.ON. Erfahren Sie alle Hintergründe auf **den Seiten 10-13** sowie online auf der NATURSTROM-Kampagnen-Seite **www.wir-spielen-nicht-mit.de**  
Spannende News zu Klimapolitik und -wirtschaft gibt es zudem täglich online auf **www.energiezukunft.eu**

# Gerechtigkeit muss Recht werden

Was bitte hat Gerechtigkeit mit Energieversorgung zu tun? Das mag man sich fragen beim Blick auf unsere aktuelle Ausgabe der energiezeitung. Geht es dabei nicht um Elektrotechnik und Physik, also ganz klar auf der Hand liegende Fakten?

Energieversorgung hat sehr wohl mit Gerechtigkeit zu tun – oder besser mit Ungerechtigkeit. Das fängt an mit gesetzlichen Rahmenbedingungen, die bewusst und einseitig die alten Energiekonzerne bevorzugen und Stadtwerke sowie unabhängige Ökostromanbieter genauso benachteiligen wie Bürgerenergie oder mittelständische Unternehmen. Es geht weiter mit großzügigen Geldzuwendungen aus der Staatskasse für fossile und nukleare Kraftwerke, die aus der Zeit und dem Markt gefallen sind. Und das hört noch längst nicht damit auf, dass Großunternehmen von EEG-Umlage und Netzentgelten weitgehend befreit und die Kosten den Bürgern und mittelständischen Unternehmen aufgebürdet werden.

Zunehmende Dürren, die die Landwirtschaft einschränken und die Menschen zur Abwanderung aus ihrer Heimat bewegen, Flächenbrände in Kalifornien, die tausende von Existenzen ruinieren oder langsam im Meer versinkende Inseln drängen die Frage nach der globalen Gerechtigkeit auf. Die dauerhafte Zerstörung von ganzen Lebensräumen, Auftauen des Permafrostes und Artensterben als gut sichtbare Zeichen der Klimakatastrophe lassen an der Generationengerechtigkeit zweifeln. Schaut man kritisch um sich so hat man das Gefühl, dass nach wie vor nur der schnell verdiente Dollar zählt – und die Gier auf Fragen der Gerechtigkeit pfeift.

Die Änderung wird nicht von denen kommen, die von den Missständen und den Ungerechtigkeiten profitieren. Je größer der eigene Profit, desto weniger Neigung zur Veränderung. Nein, es sind die Betroffenen sowie jene, die nicht wegschauen und deshalb das Spiel nicht mitspielen – selbst, wenn es bequem und kurzfristig auch profitabel sein mag. Mit der persönlichen Entscheidung zu einer nachhaltigen Lebensweise gelingt das genauso wie mit dem Engagement gegen konkrete Ungerechtigkeiten. Und das, was allgemein gilt, gilt auch für die Energieversorgung.

Es gibt so viele schöne Beispiele dafür, leider wird in den Medien zu selten darüber berichtet – Katastrophen lassen sich bekanntermaßen besser verkaufen als gute Nachrichten. Mit der energiezeitung geht es uns darum, positive Beispiele aufzuzeigen und zum Mitmachen und zur Nachahmung aufzurufen. Auch in diesem Heft werden Sie wieder auf viele tolle Storys stoßen, wie Gleichgesinnte sich nicht nur um eine technisch funktionierende Energiewende kümmern, sondern sich für Natur und Gesellschaft einsetzen – und so für mehr Gerechtigkeit sorgen. Dass Fridays for Future weiterhin für Klima-



FOTO: ROLAND HORN

gerechtigkeit kämpfen, dass die Andheri-Hilfe mit uns zusammen kleine Solarsysteme für die Ärmsten in Bangladesh errichtet, dass viele von uns mit Elektroautos und Wärmepumpen – beides selbstverständlich mit echtem Ökostrom betrieben – zur CO<sub>2</sub>-Reduktion in ansonsten fürchterlich hinterherhinkenden Segmenten beitragen: Das sind alles Beispiele, die Mut machen.

Manchmal muss man aber nicht nur gestalten, sondern sich auch wehren. Wenn es einfach zu krass wird mit den Unverschämtheiten derjenigen, die ihre Macht ausnutzen – zur Vorteilsmaximierung kleiner Interessensgruppen und zum Schaden für alle Anderen. So ein Fall ist der große Deal zwischen RWE und E.ON, die sich den deutschen Strommarkt gerade hübsch untereinander aufteilen und dann genüsslich alle Kunden, Lieferanten und abhängigen Versorger am Nasenring durch die Manege ziehen wollen.

Die Freigabe dieser wettbewerbsverzerrenden Aktivität durch die EU-Kommission ohne sorgfältige Prüfung und Auflagen – das kann man nicht hinnehmen. Wir haben uns deshalb bei NATURSTROM dazu entschlossen, mit rechtlichen Mitteln und Information der Öffentlichkeit gegen den Deal und dessen Unterstützung durch die Politik auf höchster Ebene zu klagen. Dass sich nun auch noch die Bundesregierung auf die Seite der Konzerne geschlagen hat und damit die gebotene Neutralität aufgibt verdeutlicht, dass wir es wieder einmal mit einer Ungerechtigkeit zu tun haben, die eine gute und engagierte Antwort der Betroffenen und der Zivilgesellschaft herausfordert. Schauen Sie sich an, was wir dazu an Informationen aufbereitet haben und wie es weitergeht. Bilden Sie sich ihre Meinung – und wenn Sie zu demselben Ergebnis kommen sollten wie ich, dann freuen wir uns auf Ihre Unterstützung.

Denn viele Kleine können gemeinsam wenigen Großen Paroli bieten und eine bessere Gegenwart und Zukunft erreichen – mit mehr Gerechtigkeit auch bei der Energieversorgung!

Ihr

Thomas Banning



# Auf halbem Weg steckengeblieben

Verheerende Brände in Kalifornien, Überflutungen in Bangladesch, zu trockene Sommer hierzulande – der Klimawandel ist längst Realität. Um ihn in beherrschbaren Grenzen zu halten, hat die Bundesregierung für 2030 ein Ziel ausgegeben: 65 Prozent Erneuerbare Energien am deutschen Stromverbrauch.

Sicherstellen soll das die Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG), die im Herbst im Bundestag debattiert wird. Ende September hatte die Bundesregierung ihren Entwurf ins Rennen geschickt. Was ist von ihm zu halten?

Ein grundsätzlicher Mangel sind die viel zu geringen Ausbauziele für zusätzliche Photovoltaik- und Windenergieanlagen, denn sie ignorieren den wachsenden Ökostrombedarf durch die gezielte Nutzung von Strom in Wärme- und Mobilitätsanwendungen. Dabei sind schnelle Emissionsreduktionen im Wärme- und Verkehrsbereich hauptsächlich über den Einsatz von Strom zu erreichen. Also beispielsweise über Elektrofahrzeuge und Wärmepumpen, die mit Ökostrom betrieben werden. Zusätzlich gilt grüner Wasserstoff, der aus Ökostrom gewonnen wird, als Hoffnung für die Dekarbonisierung von Industrieprozessen. Auch hierfür wird deutlich mehr Strom aus erneuerbaren Quellen benötigt. Vor diesem Mehrbedarf verschließt die Bundesregierung die Augen – und setzt daher deutlich zu niedrige Ausbaupfade an.

Im Bereich der Windenergie stehen zwei Herausforderungen an, die der EEG-Entwurf nicht konsequent angeht: Erstens ist die Genehmigungslage für neue Windparks unzureichend. Die Genehmigungsverfahren brauchen viel zu lang, in Summe werden deutlich zu wenige Genehmigungen erteilt. Und zweitens gibt es immer noch keine Lösung für alte Windräder, die ihren EEG-Anspruch verlieren – und das in Corona-Zeiten, in denen die Strompreise angesichts geringerer Nachfrage in den Keller gerutscht sind. Ohne eine Absicherung besteht die Gefahr, dass bei einem weiteren Einbruch der Strombörsenpreise viele funktionierende Altanlagen stillgelegt werden.

Bundeswirtschaftsminister Altmaier hat bereits in Aussicht gestellt, offen für eine Altanlagenregelung zu sein. Gelegenheit zum Nachbessern gibt es im Herbst, wenn die Fraktionen im Bundestag über das EEG debattieren. NATURSTROM hatte bereits im Frühsommer für eine eng befristete und bewusst niedrige Auffang-Vergütung plädiert.

An anderer Stelle steckt der Teufel im Detail: Zwar sieht der EEG-Entwurf eine Anschlusslösung für ausgeforderte Solaranlagen vor, die ab 2021 aus dem Geltungsbereich des EEG fallen. 18.000 meist private Eigentümer von Solaranlagen profitieren hiervon, sie können nun auch im kommenden Jahr ihren Sonnenstrom ins örtliche Verteilnetz einspeisen. Doch warum wird der Eigenverbrauch dieses Solarstroms mit einer saftigen Strafzahlung belegt? Stromspeicher, Wärmepumpe, Elektroauto – die Optimierung des solaren Eigenverbrauchs ist dezentrale Energiewende im Kleinstformat! Aber so viel Eigeninitiative scheint der Bundesregierung unheimlich zu sein. Ähnliches gilt für größere Anlagen auf Gewerbedächern: Neue Anlagen dieser Art müssen künftig ab einer Leistung von 500 Kilowatt in einem Ausschreibungsverfahren bezuschlagt werden. Das ist nicht nur hochbürokratisch, es bremst auch den solaren Eigenverbrauch von Firmen aus. Denn die Ausschreibungsregularien sehen ausschließlich die komplette Netzeinspeisung des erzeugten Stroms vor.

Verbesserungen gibt es dann doch auch, zum Beispiel für Mieterstrom, der aus Solaranlagen auf Mehrparteienhäusern direkt ins Haus geliefert wird. Zudem ist für neue Windräder eine Art Südquote vorgesehen, die den Bau neuer Anlagen in den südlichen Bundesländern erleichtern soll.

Trotz solcher sinnvollen Maßnahmen und Verbesserungen des Kabinettsbeschlusses gegenüber dem zuerst bekannt gewordenen Referentenentwurf: Gemessen an dem, was im Sinne des Klimaschutzes nötig ist, bleibt der EEG-Entwurf auf halbem Weg stehen. Und wer stehen bleibt, kommt nicht ins Ziel! (tl)

# Energiewende-Delle vermeiden

Für viele Betreiber von Windenergieanlagen wird der 1. Januar 2021 ein einschneidendes Datum. Erstmals läuft nach 20 Jahren mit fester EEG-Vergütung für viele alte Öko-Kraftwerke die Förderung aus. Wie also geht es weiter?

Der Kabinettsbeschluss zur EEG-Novelle sieht für ausgefördernte Solar- und Windenergieanlagen die weitere Abgabe des Stroms an den lokalen Netzbetreiber vor, der den Anlagenbetreibern hierfür den Marktwert erstattet. Was für die meist sehr kleinen alten Solaranlagen funktioniert, kann bei den deutlich leistungsstärkeren aber auch wartungsintensiveren Windrädern potenziell drastische Auswirkungen haben.

Rund 5.000 Anlagen mit einer Leistung von knapp 4 Gigawatt (GW) sind allein 2021 betroffen, bis 2025 geht es um insgesamt fast 9 GW. Zum Vergleich: 2020 werden wahrscheinlich Windräder mit rund 2 GW neu ans Netz gehen, 2019 war es sogar nur 1 GW. Wenn sich also der Ausbau nicht schnellstens deutlich beschleunigt, droht der Energiewende mit einem Abschalten der Altanlagen eine erhebliche Delle – die Windenergie-Leistung und damit die Stromerzeugung dieses inzwischen wichtigsten Energieträgers würde zurückgehen, statt – wie eigentlich erforderlich – ausgebaut werden.

Wenn eine Modernisierung der Anlagen wie bisher an den meisten Standorten nicht möglich ist, besteht zwar prinzipiell die Möglichkeit, den Weiterbetrieb der Altanlagen nach der EEG-Förderung allein über den Strommarkt zu refinanzieren: Über die sogenannte „sonstige Direktvermarktung“ können Betreiber den Ökostrom an Versorger wie NATURSTROM verkaufen, die damit ihre Kunden beliefern. NATURSTROM hat auch bereits einige der Altanlagen unter Vertrag genommen und rettet so deren Weiterbetrieb.

Solche Verträge orientieren sich am Langfristmarkt der Strombörse. Die dort zuletzt erzielten Preise werden für viele Anlagen aber zu gering sein, um ihre Kosten für Pachten, Wartung, Versicherungen etc. zu decken. Gleiches gilt für die zweite Option, die Abgabe des Stroms an die Netzbetreiber, wie sie nun der EEG-Entwurf vorsieht. Denn dann wird sogar

nur der Wert am Kurzfristmarkt der Strombörse gezahlt – und der ist in der Regel sogar noch etwas geringer.

In beiden Fällen droht also die Abschaltung. Dies liegt vor allem an Corona. Zwar waren auch schon in den Vorjahren die Börsenstrompreise durch die Überkapazitäten des konventionellen Kraftwerksparks in Deutschland so niedrig, dass sich ein Weiterbetrieb für viele alte Windenergieanlagen kaum gerechnet hätte. 2020 sind die Börsenpreise durch die Corona-Pandemie noch einmal enorm gefallen, weshalb nun für einen erheblichen Teil dieser Altanlagen die Refinanzierung gefährdet ist.

Wie in anderen Branchen auch, bedarf es einer politischen Lösung, um strukturelle Verwerfungen durch die Viruskrise zu vermeiden. Bereits im Juni hat NATURSTROM einen Vorschlag unterbreitet: Demnach sollen Anlagenbetreiber auch nach dem EEG-Förderzeitraum noch für maximal zwei Jahre eine Vergütung von 3,2 Cent pro Kilowattstunde (mit Zu- und Abschlägen je nach Standort) erhalten, um zumindest die Betriebskosten abzusichern und die Anlagen am Netz zu halten. Diese Vergütungshöhe wäre sehr gering und würde kaum Kosten für das EEG-System verursachen, zumal der Mechanismus ohnehin nur bei weiterhin sehr niedrigen Marktpreisen greifen würde.

Lange hatte sich das Bundeswirtschaftsministerium gegen solche Überlegungen gesperrt. Doch mit dem Kabinettsbeschluss kam Bewegung ins Spiel: Im Laufe der Bundtagsberatungen könne nachgebessert werden, hatte Wirtschaftsminister Altmaier angekündigt. Das wird nötig sein. Denn bislang haben nach NATURSTROM-Schätzungen maximal ein Viertel der Altanlagen einen Weiterbetriebsvertrag. Für die restlichen Betreiber gab es noch keine passenden Angebote – und viel Zeit bleibt nicht mehr. Daher setzen wir uns weiter für eine Auffanglösung zum Weiterbetrieb ein, während wir gleichzeitig wo immer möglich und passend mit Altanlagenbetreibern Verträge abschließen, um ein Abschalten der Anlagen zu verhindern. So können auch die Energiewende-Veteranen noch die Zukunft der Energieversorgung mitgestalten. (sk)





FOTO: LEONHARD LENZ / WIKIMEDIA COMMONS / CC0

# Wir müssen den Wandel gemeinsam gestalten

Die globale Wirtschaft sozial gerecht und humanökologisch zu gestalten – darin liegt auch der Schlüssel, die Klimakrise zu bewältigen. Wir sollten die Krise als Ansporn für einen notwendigen Wertewandel begreifen. Jeder trägt Verantwortung – doch ohne entschiedene politische Regulierungen wird es nicht gehen. *Nicole Allé*

**G**reen Deal, Klimapaket, Kohleausstieg, Strukturwandel – klingt das nicht alles ganz vielversprechend? EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hatte im September in ihrer Rede zur Lage der EU verstärkte Klimaschutz-Bemühungen angekündigt. Bis 2030 soll der CO<sub>2</sub>-Ausstoß in der Europäischen Union 55 Prozent unter dem Wert von 1990 liegen. „Die Menschen möchten diese Corona-Welt hinter sich lassen, diese Fragilität und Unsicherheit. Sie sind bereit für Veränderung und für Neubeginn“, sprach von der Leyen. An immer neuen Zielen und schönen Reden mangelt es nicht – doch jetzt kommt es auf die konkrete Umsetzung an, „damit wir die Menschen rechtzeitig und sozial gerecht vor den wirtschaftlichen und gesundheitlichen Risiken des Klimawandels schützen können“, mahnt Ottmar Edenhofer, Direktor des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung.

## Ohne Klimaschutz keine Krisenfestigkeit

Während des Lockdowns in der Corona-Krise sanken die CO<sub>2</sub>-Emissionen vorübergehend, globale Lieferketten gerieten ins Wanken und regionale Lieferketten schienen im Vorteil – während gleichzeitig der Online-Handel Umsatzrekorde verzeichnete. Berufe in der Gesundheits-, Lebensmittel- sowie Agrar-Branche wurden über Nacht für systemrelevant erklärt. Mit dem Corona-Hilfspaket sollen nun 387 Milliarden Euro bis 2027 in die europäische Landwirtschaft investiert werden:

Mehr Fläche, die konventionell bewirtschaftet wird – mit Dünger und Pestiziden – bedeutet weiterhin mehr Geld. Dabei könnte doch gerade eine Landwirtschaft, die Klima- und Artenschutz belohnt, zur globalen Krisenfestigkeit beitragen. Doch mit dem Mercosur-Abkommen steuert Europa in die entgegengesetzte Richtung. Durch das Freihandelsabkommen mit vier südamerikanischen Staaten droht ein verstärkter Import von Soja und Fleischprodukten, für deren Anbau und Weiden riesige Regenwaldgebiete niedergebrannt werden. Mit den Billigimporten werden Europas Landwirte im Preis gedrückt. Dafür verspricht die EU den Landwirten weitere Subventionen, um die Defizite auszugleichen. Ein klimapolitischer Teufelskreis.

## Keine (ger)echte Wende in Sicht

Dass Europa nach der Corona-Krise ein Wiederaufbau-Programm braucht, ist weitestgehend Konsens. Umstritten sind Inhalt und Umfang und wie es finanziert werden soll. Trotz Staatshilfen und Kurzarbeit überweisen Konzerne enorme Summen an ihre Aktionäre, wie die NGO Oxfam ermittelt hat. Die deutsche Autoindustrie hatte sich zudem für eine staatliche Kaufprämie für fossile Verbrenner stark gemacht. „Statt veraltete Wirtschaftsmodelle zu zementieren und in bald verlorene Vermögenswerte zu investieren, sollten wir in die neue Wirtschaft investieren, um aus der Krise gestärkt

hervorzugehen“, sagt Frans Timmermans, EU-Kommissar für Klimaschutz. Doch zuletzt haben Nachrichten zur europäischen Klimapolitik nicht gerade für Optimismus gesorgt: Beim 1,8 Billionen Euro schweren Corona-Hilfspaket kommen Klima- und Umweltschutz mit einem Budget von 80 Milliarden deutlich zu kurz. Klimaschädliche Verkehrsprojekte könnten mit den Hilfgeldern weiter finanziert werden. Zudem prüft die EU-Kommission die Rolle von Atomkraft als nachhaltige Investition. Die EU-Mitgliedsstaaten subventionieren fossile Brennstoffe still und heimlich mit 137 Milliarden Euro jährlich weiter, berichtet der britische Think Tank Ember. Dabei waren im ersten Halbjahr 2020 der Anteil Erneuerbarer Energien am europäischen Strommarkt erstmals größer als der an fossilen Energieträgern.

Bis 2030 werden die sogenannten sozialen Kosten von Kohlenstoff aufgrund steigender Temperaturen bereits um fast 30 Prozent höher sein, haben Forscher des Mercator Research Institute for Global Commons and Climate Change berechnet. Und das Schadensmaß wäre in Wirklichkeit viel größer: Ökosysteme werden zerstört, die Biodiversität vermindert und die Wahrscheinlichkeit von gewaltsamen Konflikten erhöht. Eine Studie der Universität Oxford macht deutlich, dass Regierungen, die ihre Wirtschaft nach einer Krise auf ökologische Weise sanieren, damit erfolgreicher sind. Investitionen in Erneuerbare Energien oder umweltfreundliche Mobilität bringen demnach langfristig Einsparungen und auch mehr Arbeitsplätze als Autokaufprämien oder die Rettung von Flughäfen.

Doch in Deutschland torpediert die Politik des Wirtschaftsministers den bisherigen Erfolg der bürgergestützten Energiewende. Auch das Kohleausstiegsgesetz und der angekündigte Strukturwandel in den betroffenen Kohleregionen sind alles andere als gerecht. „Bisher gibt es nur Potemkinsche Dörfer beim angeblichen Strukturwandel“, sagt Oliver Krischer, stellvertretender Fraktionsvorsitzender von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bundesregierung und Ministerpräsidenten hätten mit Milliardenbeträgen um sich geworfen und sich als Schutzpatrone der Kohle profiliert, ohne wirklich zu sagen, wo es denn ohne die Kohle hingehen soll. Der Bund macht eine Politik, die Erneuerbare Energien ausbremst und Kohle weiter subventioniert – dabei produzierte Deutschland im Sommer 2020 bereits 55 Prozent seines Stroms regenerativ.

### Klimaschädliche Beharrungspolitik

Die Leiterin der Abteilung Energie, Verkehr und Umwelt am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung Claudia Kemfert kritisiert beim Übergang zu einer Erneuerbaren Energieversorgung die Beharrungspolitik vieler Industriestaaten, die Atomkraft, Braun- und Steinkohle – und jetzt Gas – als Brückentechnologien für unverzichtbar erklären. Das Muster

sei immer gleich, so Kemfert. Ein unvermeidlicher Bedarf werde heraufbeschworen und dabei die Angst vor explodierenden Strompreisen und Blackouts geschürt. Darauf folge eine niedrige Kostenrechnung mit üppiger finanzieller Unterstützung für neue fossile Infrastrukturen. Schließlich würden mit Steuergeldern den unnützen Investitionen enorme Entschädigungszahlungen hinterhergeworfen, so Kemfert. Dabei hilft den Klimasündern auch noch der Energiecharta-Vertrag. Mithilfe dieser Vereinbarung können Konzerne gegen Klimaschutzmaßnahmen eines Staates klagen, wenn daraus folgende politische Entscheidungen ihre Profite schmälern. So klagt der schwedische Energiekonzern Vattenfall seit Jahren vor einem privaten Schiedsgericht in Washington gegen den deutschen Staat wegen des beschlossenen Atomausstiegs. Rund 22 Millionen Euro hat das den deutschen Steuerzahler bisher gekostet. Juristen und Politiker fordern eine Abschaffung des Knebelvertrags, der in einem demokratischen Rechtsstaat nichts mehr zu suchen habe.

### Alle sitzen in einem Boot – oder doch nicht?

Der Humanökologe Andreas Malm macht in seinem Werk „Fossil Capital“ das Problem der Machtverteilung im Hinblick auf die historische Verantwortung am Klimawandel deutlich.

„Die Geschichte des Anthropozän verschleiert die extremen Ungleichheiten innerhalb der menschlichen Spezies, sowohl was die Verursachung des Problems als auch was das Leiden daran betrifft.“ Wenn es heute um Klimagerechtigkeit geht, impliziert das auch Kämpfe um Land, Wasser, Boden, Verteilungsgerechtigkeit und Menschenrechte. Es sind zwar alle Länder und Menschen weltweit von den Folgen des Klimawandels betroffen – doch wir sitzen nicht alle im selben Boot.

Denn jene, die am meisten dazu beigetragen haben, leiden im Schnitt am wenigsten darunter.

Ihnen stehen finanzielle Mittel, Infrastrukturen und Technologien zur Verfügung, um das Ausmaß der Folgen abzufedern – zumindest heute noch. Andersherum sind jene, die durch geringen Ressourcenverbrauch und CO<sub>2</sub>-Emissionen am wenigsten Verantwortung für die Klimakrise tragen, den Folgen meist viel stärker ausgesetzt.

### Neben uns die Sintflut

Bereits jetzt fallen etwa 26 Millionen Menschen jährlich aufgrund von Klima- und Umweltschäden in Armut. In den internationalen Lieferketten werden Umweltzerstörung, Emissionen oder Ausbeutung von Arbeitskraft in ferne Länder ausgelagert. Billige Arbeitskräfte und Rohstoffe kommen aus dem Globalen Süden. Die Herstellungsbedingungen und Lieferketten für unsere Konsumgüter sind kaum mehr nachvollziehbar. Schon vor Jahren hat die deutsche Bundesregierung eine freiwillige Selbstverpflichtung für Unternehmen beschlossen, damit diese in ihren Lieferketten Menschen- und Umweltrechte beachten. Doch rund 80 Prozent der





FOTO: ENDE GELÄNDE / CC BY-SA (HTTIPS://CREATIVITYCOMMONS.ORG/licenses/by-sa/2.0)

Aus den friedlichen Anti-Kohle-Aktionen der Kampagne Ende Gelände entstand eine soziale Bewegung

deutschen Firmen setzen diese nicht um. Nun ist ein Lieferkettengesetz im Gespräch, doch der Wirtschaftsminister blockiert. Argument: Das würde zu teuer für die deutschen Unternehmen. Doch andere Länder, etwa Frankreich, haben längst ein solches Gesetz.

### Marktwirtschaft reparieren

Klima- und Umweltfragen sind immer auch Verteilungsfragen, und somit auch Gerechtigkeitsfragen. Die Politökonomin Maja Göpel stellt in ihrem Bestseller „Unsere Welt neu denken“ die daraus folgende Frage: „Wie will man die ökologische Frage lösen, wenn man sie nicht als soziale Frage versteht?“ Das Wirtschaftswachstum habe seit der Globalisierung ein Vermögen geschaffen, an dem das reichste Prozent der Weltbevölkerung mehr als ein Viertel des Vermögenszuwachses sichern konnte, während bei den Armen kaum etwas und auch bei der Mittelschicht nur wenig angekommen sei. „Für die neue Art der Gerechtigkeit müssten wir ein paar heilige Kühe der Wachstumserzählung schlachten und andere Wege gehen“, meint Göpel, die auch im Wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung für Globale Umweltveränderungen sitzt.

Doch das BIP bleibt vorerst die wichtigste Kennzahl für die Politik. Hoher Konsum schwebt als Zeichen des Fortschritts über unseren Köpfen. Wenn zehn Prozent des weltweiten Bruttoinlandsproduktes auf Klimaschutz, Gesundheitsversorgung, Bildung, eine resiliente Landwirtschaft und die Erneuerbare-Energien-Versorgung für Menschen ohne viel Kaufkraft eingesetzt würden, wären das rund 8,5 Billionen Dollar. Schätzungsweise die Summe Geld, die von vermögenden Menschen dieser Welt in Steueroasen versteckt werden, macht der Ökonom Gabriel Zucman eine interessante Rechnung auf. Um Klimasünden fair zu bepreisen schlagen internationale Wissenschaftler einen globalen „Earth Atmosphere Trust“ vor: Überziehen einzelne Länder ihren Anteil

am CO<sub>2</sub>-Budget, zahlen sie in den Trust ein. Das Geld wird zum Teil als Einkommen ohne Bedingungen an alle ausbezahlt, der Rest für Investitionen in den Umbau der Energiesysteme genutzt oder andere Klimaschutzprojekte.

### Wohlstand neu bemessen

Dass die Wirtschaft nachhaltiger werden muss, darin sind sich scheinbar viele einig. Ob grünes Wachstum uns retten kann und was den Wohlstand eines Landes ausmacht, darüber wird kontrovers debattiert. Islands Premierministerin plant nun, den Wohlstand ihres Landes künftig nicht mehr am Bruttoinlandsprodukt, sondern am Wohlergehen der Bürger zu bemessen. Dafür müsste sich die Haushaltsplanung an sozialen und ökologischen Faktoren orientieren: bessere Bildung, Gemeinschaftsprojekte stärken, mehr Arbeitsplätze im Natur- und Klimaschutz, faire Arbeitsbedingungen und Mitbestimmung. „Die Wirtschaft soll den Menschen dienen und nicht umgekehrt“, sagt auch der Gründer der Initiative Gemeinwohlökonomie, Christian Felber. Wenn Arbeitsausbeutung, Emissionen und Ressourcenverbrauch hoch besteuert würden, wäre irgendwann keiner der DAX-Konzerne mehr rentabel: In der Gemeinwohlökonomie führt ethisches Wirtschaften durch steuerliche Begünstigung und andere Anreize zum Erfolg. Rund 3.000 Unternehmen in 30 Ländern unterstützen die Idee, auch Kommunen sind dabei. Sie unterziehen sich freiwillig einer Bewertung durch unabhängige Prüfer, hinsichtlich ökologischer Nachhaltigkeit, gerechter Lieferketten, erzeugter Emissionen sowie Solidarität. Die meisten Teilnehmer sind Betriebe mit weniger als 1.000 Mitarbeitern. Ein wichtiger politischer Schritt wäre es, so Felber, Arbeit weniger zu besteuern als Kapitaleinkünfte und Gewinne. Kleine Betriebe mit nachhaltiger Wirtschaftsweise könnten „gesundwachsen“ – das müssen sie auch, um standhalten zu können. Es wird dabei nicht reichen, auf Freiwilligkeit zu setzen – es braucht einen gesetzlichen Unterbau für solch ein System.



### Der Ruf nach direkter Demokratie wird lauter

Wenn eine nachhaltige Klimapolitik die beste Möglichkeit ist, die Schädigungen anderer zu vermeiden, wäre es schlicht eine moralische Pflicht, eine solche Politik zu betreiben, findet der Moralphilosoph Christoph Lumer. Individuelle Maßnahmen helfen dabei nur bis zu einer bestimmten Größenordnung. Strukturelle Maßnahmen wären erforderlich, die nur politisch beschlossen werden könnten. Nach dem Klimagipfel in Kopenhagen im Jahr 2009 begannen sich Klimagerechtigkeitsbewegungen stärker zu formieren, um gemeinsam gegen Kohle, Fracking und für den Ausbau einer demokratisch kontrollierten Erneuerbare-Energien-Versorgung zu kämpfen. Sie stellen Forderungen nach gerechter Verteilung, Beteiligung und Mitbestimmung, nach Menschenrechten und fairem Handel. Bürgerinitiativen erwirken bereits Klimaschutzmaßnahmen auf Landesebene – die großen klimapolitischen Themen erreichen sie aber nicht. Der Ruf vieler Bürger nach direkter Mitbestimmung auf Bundesebene wird daher lauter.

### Klimakillern auf die Füße treten

Den Weg von der Bundesebene zur Bürgerinitiative ist Gerhard Schick gegangen. Er war finanzpolitischer Sprecher der Grünen im Bundestag und hat die Organisation „Finanzwende“ gegründet. Mit Sorge beobachtet er, wie sich der Finanzmarkt von der Realwirtschaft entkoppelt hat. Ackerflächen und Wasservorräte sind zum Renditeobjekt von Finanzunternehmen und Konzernen geworden. Die Entrechtung und Vertreibung der dort heimischen Bevölkerung gilt neben der Klimakrise als Hauptgrund für Versorgungsprobleme mit Nahrungsmitteln. Mit Hilfe von Aktionen und Gesetzesvorschlägen versucht die Organisation, den Weg zu umweltfreundlichen Finanzmärkten zu unterstützen, um der mächtigen Finanzlobby etwas entgegenzusetzen. Den Mächtigen auf die Füße tritt seit Jahren auch die Umwelt- und Menschenrechtsorganisation urgewald. Mit Aktionen und Recherchen macht sie Missstände transparent und übt damit Druck auf Investoren, Banken und die Politik. Das ist zäh, hat aber Erfolg: Im Laufe der Jahre hat urgewald ein Atomkraftwerk verhindert und einen Stopp deutscher Hermesbürgschaften für Atomprojekte im Ausland erstritten. Auch die vier bisher größten Kohle-Divestment-Entscheidungen von Versicherungskonzernen kann die NGO für sich verbuchen.

Die internationale Divestment-Bewegung spornt dazu an, Geld aus Banken und Versicherungen abzuziehen, die weiterhin in fossile Geschäfte investieren. Das so freiwerdende Kapital soll in die Entwicklung sauberer Energieversorgung und Klimaschutzprojekte fließen. Städte und Kommunen, Unternehmen und Institutionen weltweit haben ihr Investment in fossile Energien bereits zurückgezogen. Ziel der Kampagne ist es nicht nur ethisch zu investieren, sondern auch die Klimasünder für Investoren unattraktiv zu machen. Denn trotz verschärfter Kohlerichtlinien in der Finanzindustrie erhalten die großen Kohlekonzerne nach wie vor Milliardensummen von Banken und Investoren. Das zeigt eine

Studie der NGO-Allianz Europe Beyond Coal. Das meiste Geld investiert der weltweit mächtigste Vermögensverwalter BlackRock über Aktien und Anleihen – und hat dabei laut einer Analyse des Institute for Energy Economics and Financial Analysis in den letzten zehn Jahren viel Geld verloren. „Es erscheint umso grotesker und erschreckend zugleich“, so urgewald, „dass BlackRock die EU in Sachen Nachhaltige Finanzen beraten soll.“

### Mensch vor Markt

Wir brauchen eine Wirtschaft, die unabhängig ist von Geldstruktur, fordern bereits viele Ökonomen. Essenzielle Leistungen für das Gemeinwohl schätzen, ohne sie Marktgesetzen zu unterwerfen. Keine Übernutzung des Ökosystems, Ressourcen verbrauchen, die wiedergenutzt werden, Regionalität fördern, Menschen nicht zurücklassen. Eine kleinteilige Wirtschaft wäre resilienter und schließlich sogar billiger – statt Wachstum um jeden Preis. „Wie das Experiment einer technologischen Zivilisation ausgehen wird, ist noch nicht entschieden“, schreibt Claus Thomasberger, Wirtschaftsprofessor an der HTW Berlin. „Alles wird letztendlich davon abhängen, ob es gelingt, die neuen Errungenschaften so zu gestalten, dass sie nicht mit dem Markt, sondern mit dem menschlichen Zusammenleben verträglich werden.“ Die Zeit läuft.

### In der Klimakrise sitzen nicht alle im selben Boot



Laut Greenpeace drohen weltweit 200 Millionen Klimaflüchtlinge in den nächsten 30 Jahren



Selfie mit Eisberg gefällig? Der Klimawandel-Tourismus blüht. Auf der Jagd nach dem schmelzenden Eis



Dr. Thomas Banning  
NATURSTROM AG

**BEIM STROM-MONOPOLY  
WIRD ES ZWEI GEWINNER GEBEN.  
UND GANZ VIELE VERLIERER!**

***Wir spielen nicht mit!***

FOTOS: LEON C. GREINER/©NATURSTROM AG

## Der Megadeal zwischen RWE und E.ON ändert die Spielregeln des Energiemarkts

**R**WE und E.ON waren lange die größten Gegenspieler auf dem deutschen Energiemarkt. Im März 2018 hatten die beiden Energiekonzerne die Absicht bekanntgegeben, den Wettbewerb untereinander einzustellen und so den Markt zu ihren Gunsten neu zu ordnen. Der Deal wurde anschließend aufgeteilt und in drei Einzelverfahren bei der EU-Kommission und beim Bundeskartellamt zur Genehmigung eingereicht.

Im Februar 2019 genehmigte die EU-Kommission die Übernahme der fossilen und erneuerbaren Stromerzeugungskapazitäten von E.ON durch RWE. Im September 2019 bewilligte sie auch den zweiten Teil des Deals, die Übernahme der RWE-Tochter Innogy durch E.ON. Das Bundeskartellamt machte schließlich den Weg frei für eine direkte Minderheitsbeteiligung von RWE an E.ON – aus Konkurrenten wurden somit Komplizen.

E.ON wird künftig als mit Abstand größter Stromanbieter und Verteilnetzbetreiber agieren und wäre nach Berechnungen aus der Branche auf mehr als der Hälfte der Fläche Deutschlands Grundversorger. RWE hat zudem durch die Beteiligung an E.ON in Höhe von derzeit rund 15 Prozent auch ein strategisch-ökonomisches Interesse am Wohlergehen des ehemals größten Konkurrenten.

Wie könnten die langfristigen Folgen des Deals aussehen? E.ON könnte – direkt oder mittelbar über zahlreiche Beteiligungen – viele Regionen beim Strom- und Gasvertrieb beherrschen und in der Folge Schritt für Schritt unabhängige kommunale und mittelständische Anbieter aus dem Markt verdrängen. Zu befürchten ist, dass sich dies auf Dauer unter anderem in steigenden Strompreisen bemerkbar macht. Außerdem würde E.ON als merklich größter Netz- und Messstellenbetreiber über Energiedaten von rund 20 Millionen Strom- und 3,4 Millionen Gaszählern verfügen – eine wichtige Ressource für zukünftige, datenbasierte Geschäftsmodelle. Bei RWE besteht die Gefahr, dass das Unternehmen als dominierender Stromerzeuger Einfluss auf den Großhandelsmarkt nimmt.

Die Erfahrung zeigt, dass die Energiewende von Wettbewerb und Innovation lebt. Neue Geschäftsmodelle würden der großen Markt- und Finanzmacht von E.ON und RWE zum Opfer fallen – folglich könnten die beiden Konzerne zukünftig die Standards der ganzen Branche diktieren. Zwanzig Jahre nach der Liberalisierung des Strommarktes ist der Deal zwischen E.ON und RWE also ein gewaltiger Schritt rückwärts!

NATURSTROM hat sich deshalb gemeinsam mit zehn städtischen und regionalen Energieversorgern entschlossen, vor dem Gericht der Europäischen Union mit einer Nichtigkeitsklage gegen die Genehmigung des ersten Teils des Deals anzugehen. Die Kläger kritisieren am Vorgehen der EU-Kommission die mangelhafte Beteiligung und Anhörung Dritter, den Verzicht auf eine vertiefte Prüfung und die stark verspätete Veröffentlichung der Bewilligungsbeurteilung. Bei Erfolg der im Mai 2020 eingereichten Klage hätte die EU-Kommission die Freigabe neu zu prüfen und es würde eine Rückabwicklung der bereits durchgeführten Transaktionen zwischen RWE und E.ON drohen.

Zuletzt schlug sich die Bundesregierung auf die Seite der Branchenriesen und stellte einen „Streithilfesantrag“. In diesem heißt es, „die Bundesregierung wird die klageabweisenden Anträge vollumfänglich unterstützen.“

Um die potenziellen Auswirkungen des Deals transparent zu machen, hat NATURSTROM die Initiative „Wir spielen nicht mit!“ ins Leben gerufen. Sie thematisiert den RWE/E.ON-Deal stellvertretend für die generelle zunehmende Rezentralisierung der Energieversorgung und kämpft im Sinne des Verbraucherschutzes für einen fairen Wettbewerb und Anbietervielfalt im Energiemarkt. (ja/lh)

[www.wir-spielen-nicht-mit.de](http://www.wir-spielen-nicht-mit.de)

## „WIR SEHEN EINE KONTERREVOLUTION“

Nach ihrem Megadeal haben RWE und E.ON begonnen, den Energiemarkt unter sich aufzuteilen. Die EU-Kommission hatte das Vertragsgeflecht freigegeben – wogegen NATURSTROM vor dem EU-Gericht klagt. Die Hintergründe erklärt Vorstandschef Dr. Thomas E. Banning im Interview.

**Herr Banning, NATURSTROM hat die EU-Kommission verklagt. Wogegen richtet sich die Klage genau?**  
RWE und E.ON haben ihren Deal in zwei Teilen beim Wettbewerbskommissariat der EU und einen dritten Teil beim Bundeskartellamt zur Genehmigung eingereicht. Einer der beiden Teile auf EU-Ebene betrifft die Übernahme der bisher zu E.ON und Innogy gehörenden konventionellen und erneuerbaren Erzeugungskapazitäten durch RWE. Die EU-Kommission hat das ohne vertiefende Prüfung und nennenswerte Auflagen durchgewunken. Dagegen wehren wir uns.

**Sie hätten sich also höhere Auflagen für die Konzerne gewünscht?**

Ich hätte mir vor allem gewünscht, dass solch ein riesiges Fusionspaket zweier Schwergewichte des europäischen Energiemarkts deutlich intensiver und transparenter geprüft wird. Und zudem in seiner Gesamtheit mit allen Auswirkungen und nicht in einzelnen Happen! Ich bin überzeugt: Bei einer genauen Betrachtung kommt man für

den deutschen Markt zu dem Schluss, dass dieser Deal den Wettbewerb massiv gefährdet. Nach meiner Einschätzung werden in den kommenden Jahren aufgrund der enormen Marktmacht der beiden Konzerne die Möglichkeiten für kommunale oder unabhängige Energieunternehmen massiv beschnitten werden.

**Was sind konkret Ihre Befürchtungen?**

E.ON und RWE waren schon immer zwei ganz große Player, aber sie traten auch gegeneinander an. Nun haben sie sich den Markt nach Themenfeldern untereinander aufgeteilt. Sie verzichten damit auf den Wettbewerb untereinander. Jedes der beiden Unternehmen erhält in den ausgewählten Bereichen eine Marktmacht, die um hohe Faktoren größer ist als die der anderen Marktteilnehmer. Diese beherrschende Stellung können und werden E.ON und RWE ausspielen und Stadtwerke wie mittelständische Wettbewerber in eine Abhängigkeit zwingen oder sogar aus dem Markt drängen. ▶



**Die 2000er-Jahre waren geprägt von den Oligopolstrukturen, die sich nach der unzureichenden Liberalisierung des Strommarkts 1998 bilden konnten.**

**Was ist diesmal anders?**

In den 2000ern beherrschten die großen Vier den Energiemarkt: E.ON, RWE, Vattenfall und EnBW. Gegenüber den unzähligen kleineren Akteuren waren sie zwar in der Übermacht, aber sie waren untereinander in allen wichtigen Geschäftsfeldern Konkurrenten. Und auch andere bedeutende Versorger waren nicht komplett abgeschlagen gegenüber den großen vier unterwegs. Inzwischen hat Vattenfall als ehemalige Nummer drei sein Engagement in Deutschland deutlich reduziert, die Lücke zwischen den beiden führenden zu den vielen anderen wurde größer. Und nun teilen sich E.ON und RWE den Energiemarkt einvernehmlich auf. E.ON wird ein Gigant in der Endkundenbelieferung und im Netzbetrieb, RWE in der Energieerzeugung. Beide kommen sich künftig nicht mehr ins Gehege.

**Was bedeutet das für die Verbraucherinnen und Verbraucher?**

Langfristig nichts Gutes. Erst einmal wird es womöglich einige Lockangebote geben, mit denen sukzessive einzelne Marktteilnehmer so lange unter Druck gesetzt werden, bis sie nicht mehr mitziehen können. Danach nimmt man sich die nächsten Wettbewerber vor. Sobald der Markt dann bereinigt ist, kann nach Belieben an der Preisschraube gedreht werden.

**Strom und Gas werden also teurer?**

Wenn der Wettbewerb fehlt, wird genau das passieren. Aber das ist nicht alles: Im Netzbetrieb, beim Betrieb von Stromzählern oder in all den Mess- und Abrechnungsprozessen, die in der Energiewirtschaft in den kommenden Jahren digitalisiert werden müssen, wird E.ON die zentrale Macht sein. Es wird keinen Standardprozess, keine DIN-Norm mehr in diesen Bereichen geben, zu denen E.ON und RWE nicht die Zustimmung gegeben haben. Das hemmt die Innovationskraft im Wettbewerb und wird sich langfristig auch beim Endkunden bemerkbar machen. Und natürlich werden die beiden Marktdominatoren auch Zulieferern gegenüber ganz anders auftreten können. Es geht dann nicht mehr um die besten Lösungen, sondern nur noch um die, die den Konzernen und ihren internationalen Investoren besonders viel Geld in die Kasse spülen.

**Und damit all dies nicht passiert, hat NATURSTROM geklagt?**

Ja, da müssen wir einfach gegen angehen! Wir haben eine Nichtigkeitsklage eingereicht. Diese Art von Klage dient dazu zu überprüfen, ob die Handlungen von Unionsorganen – also zum Beispiel von Kommission, Rat oder EU-Parlament – rechtmäßig waren.

**Was passiert, wenn die Klage Erfolg hat?**

Dann kassiert das Europäische Gericht die Freigabeentscheidung der Kommission. Und die Kommission müsste unter Berücksichtigung der Wertungen des Gerichts das Vorhaben der Konzerne erneut prüfen. Je nachdem, was diese Prüfung ergäbe, könnte der Deal sogar rückabgewickelt werden müssen.

**Sind Sie da optimistisch?**

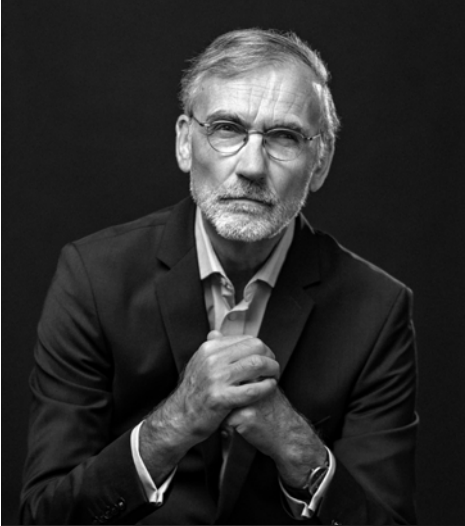
Unsere Klage ist gut begründet, sie adressiert mehrere inhaltliche und formale Mängel der Freigabeentscheidung. Inhaltlich ist besonders schwerwiegend, dass die Kommission nicht in ein sogenanntes vertiefendes Prüfverfahren eingestiegen ist. Das wäre aus unserer Sicht dringend angezeigt gewesen, denn durch die Übernahme der E.ON-Erzeugungskapazitäten sichert sich RWE die dominante Position bei der Stromerzeugung in Deutschland und baut sie weiter aus, im Großhandel mit Stromprodukten wird an RWE zukünftig kein Weg mehr vorbei gehen und die Gefahr von Marktmanipulationen zum Schaden der anderen Wettbewerber und der Endkunden wächst enorm. Außerdem ist die Tatsache, dass sich die beiden Konzerne den Energiemarkt untereinander aufteilen und somit als gegenseitige Wettbewerber wegfallen, von der Kommission nicht untersucht worden.

**Sie sprachen eingangs davon, Sie hätten sich eine transparentere Prüfung gewünscht. NATURSTROM hat nun begleitend zur Klage auch eine Informationskampagne gestartet.**

Der RWE-E.ON-Deal war in den letzten zwei Jahren in der Politik oder der breiten Öffentlichkeit kein Thema. Wir wollen diesen gesamten Komplex aus seiner Branchennische herausholen. Und die Bürger darüber informieren, wie aberwitzig intransparent dieses Freigabeverfahren abgelaufen ist – und in gewisser Weise noch immer abläuft.

**Wie meinen Sie das?**

Wir haben nach der Freigabeentscheidung der Kommission im Februar 2019 zum ersten Teil, der Neuausrichtung von RWE, über ein Jahr warten müssen, bis die Begründung dazu veröffentlicht wurde. Im September 2019 hatte die Kommission dann den zweiten Teil des Deals, der die Neuausrichtung von E.ON betrifft, mit lächerlich geringen Auflagen genehmigt. Auch für diese Genehmigung gibt es mehr als ein Jahr später noch keine Begründung. Das perfide daran: Erst wenn eine solche Begründung vorliegt, kann gegen die Entscheidung geklagt werden. Ich befürchte, dass die Kommission das ganze Verfahren bewusst in die Länge zieht, damit die Konzerne Fakten schaffen können, ehe sich der Wettbewerb überhaupt wehren kann.



### Was ja bereits passiert.

Genau. Und deswegen ist es umso wichtiger, dass wir dieses Vorgehen in die Öffentlichkeit holen. Ich habe den Eindruck, dass es ihr bewusst vorenthalten wird. Was da abläuft zwischen den Großkonzernen und der Spitzenpolitik widerspricht diametral meinem Verständnis von unternehmerischem Agieren in einer Demokratie. Außerdem beschleunigt der Deal die ohnehin seit Jahren sich leise vollziehende Rückwärtsentwicklung in der Energiewirtschaft.

### Was entwickelt sich denn zurück?

Ich meine die Akteursstruktur im Energiemarkt. Die großen Player der klassischen Energiewirtschaft haben zwei Jahrzehnte lang gegen die Erneuerbaren gearbeitet, sie verleugnet und die Bürger, Wissenschaftler und mittelständischen Unternehmen bekämpft, die sich für die Energiewende einsetzen. Die Konzerne haben die Entwicklung hin zu den Erneuerbaren komplett verschlafen, aber die Realität hat sie in ihrem Starrsinn überholt.

### Dieser Kampf ist ja nun verloren.

Ja, die Energiewende ist nicht mehr aufzuhalten. Aber die Frage ist, wer sie weiter gestalten soll und darf. Das waren bislang hauptsächlich Bürgerenergie-Gesellschaften, engagierte Privatleute, Landwirte, mittelständische Unternehmen und eher kleinere, unabhängige Energieversorger wie NATURSTROM. Genau das wollen sich die Konzerne nun aber nicht mehr gefallen lassen. Sie holen sich mit viel Geld und den alten, nach wie vor exzellenten Kontakten in die Politik verlorenes Terrain zurück. Trotz massivster Fehlentscheidungen werden die alten Konzerne nach wie vor hofiert – inklusive völlig übertriebener Entschädigungen für alte, nicht mehr marktgängige Kohlekraftwerke. Und diese Geldmengen aus der Staatskasse werden dann zur Rückeroberung von Marktanteilen und gegen einen fairen Wettbewerb eingesetzt. Und wenn dann noch die Bundesregierung Partei für die Konzerne ergreift und auf einen fairen Wettbewerb pfeift, steigt bei mir der Blutdruck! Das geht gar nicht, dagegen müssen wir bei NATURSTROM etwas unternehmen.

### Hat diese Einstellung auch etwas mit der Geschichte von NATURSTROM zu tun?

Absolut! Wir sind ein Kind der Strommarktliberalisierung. Und nun sollen wir, ebenso wie über 900 Stadtwerke in Deutschland, keine Rolle mehr spielen dürfen? Wir sehen hier eine Konterrevolution, die sich gegen engagierte Bürger richtet, gegen mittelständische und im Wettbewerb erfolgreiche Unternehmen, gegen die dezentral einsetzbaren Erneuerbaren Energien – und somit gegen Energie mit Zukunft.

*Die Fragen stellte Tim Loppe.*



FOTO: WILLEM THOMSON/FOSSIL FREE BERLIN / CC BY-SA 4.0

# Wie wir der Kohle den Stecker ziehen

Ohne Geld, keine Kohle: Diese Erkenntnis machen sich immer mehr Klima-Aktivisten zu Nutze. Sie bekämpfen Kraftwerke und Minen, indem sie ihnen die Geldgeber abspenstig machen. Immer mehr Banken und Investoren lenken ein, die Kohleindustrie ist aufgeschreckt. Über effektiven Klimaschutz von unerwarteter Seite. *Moritz Schröder-Therre*

Stellen Sie sich vor, Sie sind Chefin oder Chef eines Kohle Konzerns und planen ein neues Kraftwerk. Eine Ihrer ersten Fragen wird sein: Wie beschaffe ich das Geld? Ein gängiges Kohlekraftwerk mit einer Leistung von 600 Megawatt kostet an die zwei Milliarden Euro. Die werden Sie nicht haben. Also sprechen Sie bei einer Reihe von Banken vor und bitten um Kredite. Wenn es gut läuft, dann sagen die Banken: „Nein. Geht nicht. Sie wissen ja, Klimaschutz. Da sind uns leider die Hände gebunden.“ Als geschäftstüchtige Konzernlenkerin werden Sie vermutlich enttäuscht sein, aber wir alle können aufatmen: Ein weiteres Kohlekraftwerk wurde verhindert – 1:0 für den Klimaschutz.

Alle großen Banken sollten solche unmoralischen Anfragen mit Nein beantworten. Denn klar ist: Ohne milliarden-

schwere Kredite, ohne Versicherungen und andere Finanzdienstleistungen kann kein industrielles Großprojekt gebaut werden, also auch kein Kohlekraftwerk, kein Kohlebergwerk und kein Kohlehafen – allesamt Projekte, die mit Blick auf die Klimakrise purer Frevel sind. Eigentlich müsste die Politik dafür sorgen, dass solche Projekte gar nicht finanziert werden dürfen. Weil sie das bisher kaum tut, geht die Klimaschutzbewegung weltweit inzwischen den Weg über die Finanzwirtschaft. Öl-, Gas-, vor allem aber Kohlefinanzierung muss besser heute als morgen enden.

Die Erde wurde durch uns Menschen bereits um mehr als ein Grad seit Beginn der Industrialisierung aufgeheizt. Kohle ist dabei der wichtigste Einzelfaktor: Rund ein Drittel dieser Erderwärmung gehen laut der Internationalen Energieagen-

tur (IEA) auf ihr Konto. Der Weltklimarat IPCC hat berechnet, dass die Energieerzeugung aus Kohle innerhalb

*Rund ein Drittel der menschengemachten Erderwärmung gehen laut IEA auf das Konto der Kohlekraft.*

der nächsten zehn Jahre um bis zu 78 Prozent sinken muss, wenn wir das 1,5-Grad-Ziel von Paris erreichen wollen. Und trotzdem: Allein vergangenes Jahr stieg die Gesamtleistung aller Kohlekraftwerke weltweit

um 34 Gigawatt. Das sind umgerechnet fast 57 Kohlekraftwerke gängiger Größe. Mehr als 1.000 Kohlekraftwerke oder -kraftwerksblöcke sind derzeit in Planung.

### **Kohle den Geldhahn abdrehen – aber wie?**

Wollen wir diese Projekte verhindern, müssen wir die Geldflüsse in Kohle so schnell wie möglich stoppen. Dafür ist es wichtig zu verstehen, woher das Geld für all diese Kohlekraftwerke kommt. Nur ein Viertel bis ein Drittel der Projektkosten neuer Kohlekraftwerke übernehmen die Firmen selbst, für den Rest, also bis zu drei Viertel der nötigen Gelder, vertrauen sie auf Fremdkapital. Und das erhalten sie meist von Banken aus aller Welt. Drei Türen stehen den Kohlefirmen dort offen.

**Tür 1:** Projektkredite. Hierbei nehmen die Banken das Kohlekraftwerk als Pfand für ihre Kreditvergabe. Werden die Kredite nicht mehr bedient, verkaufen sie das, was bisher vom Kohlekraftwerk gebaut wurde. Die Banken prüfen in diesem Fall das Projekt sehr genau. Das erhöht die Kosten, also die Zinsen, die die Firma an die Bank zahlen muss.

**Tür 2:** Firmenkredite. Hierbei haftet die Firma, die das Kraftwerk bauen will, mit ihrem Vermögen für den Kredit. Dies ist gerade für große, namhafte Firmen eine günstigere Option im Vergleich zum Projektkredit, weil Banken nicht so tief in die eigenen Bücher reinschauen müssen.

**Tür 3:** Die Platzierung neuer Anleihen oder Aktien. Auch hier kommen Banken ins Spiel. Im Zuge des Investmentbankings begleiten sie zum Beispiel eine Kapitalerhöhung des Kraftwerksbauers und werfen neue Aktien auf den Markt. Oder sie legen neue Anleihen auf und helfen diese zu verkaufen. Eine Anleihe funktioniert ähnlich wie ein Firmenkredit, wobei es hier meist eine sehr große Anzahl an Kapitalgebern gibt, da Anleihen öffentlich verkauft werden.

Solches Wissen über die Finanzindustrie sollte sich die Klimaschutzbewegung aneignen. Nur so kann die Zivilgesellschaft lernen, wie sie die Geldflüsse am besten stoppt. Ein Beispiel zeigt, warum das wichtig ist: In den vergangenen Jahren haben über 30 Banken ihre Projektkreditvergabe für neue Kohlekraftwerke und -minen beendet. Was auf den ersten Blick gut aussieht, betrifft in Wirklichkeit nur einen

kleinen Teil der Kohlefinanzierung. Die oben genannten Türen 2 und 3, also Firmenkredite und das Investmentbanking für Kohle, stehen den Unternehmen in den meisten Fällen noch offen.

Die Umwelt- und Menschenrechtsorganisation *urgewald* hat in Recherchen festgestellt: Gerade die Türen 2 und 3 müssen verriegelt werden. Denn Firmen, die neue Kohlekraftwerke bauen, finanzieren sich nur zu etwa 20 Prozent aus Projektkrediten, 80 Prozent erhalten sie aus Firmenkrediten oder der Ausgabe von Anleihen. Sprich: Das, was die Banken da immer wieder als Heldentaten für den Klimaschutz vermarkten, schließt nur einen kleinen Teil der Kohlefinanzierung aus. Der größte Teil der Hausaufgaben ist unbearbeitet. Note ungenügend im Fach Klimaschutz!

*Ein kleiner Schritt für die Bank, aber ein großer für das Klima.*

In der globalen Datenbank *Global Coal Exit List* listet *urgewald* auf, welche Firmen aktuell neue Kohlekraftwerke bauen oder planen. So wird klar, dass die Aufgabe zu bewältigen ist: Gerade einmal 258 Unternehmen müssen Banken von ihren Kundenlisten verbannen, um Kohlekraftwerken das Geld zu entziehen. Das Problem Kohle ist also lösbar. Zumal die Kohlefinanzierung oft nur einen kleinen Teil der Bankengeschäfte ausmacht. Das Aussondern von Kohle ist also ein kleiner Schritt für die Bank, aber ein großer für das Klima.

### **Die besten Tage der Kohle sind vorbei**

Dabei hilft die Erkenntnis, dass Kohle als Geschäftsmodell längst die besten Tage hinter sich hat. Fast die Hälfte der weltweiten Kohlekraftwerke wird laut einer Analyse des Think Tanks *Carbon Tracker* in diesem Jahr unrentabel sein. Und vor Kurzem ist die weltweite Kohlekraftwerkskapazität erstmals in der Geschichte insgesamt gesunken, weil mehr Kraftwerke vom Netz genommen als neue ans Netz angeschlossen wurden. Neuerdings hören wir daher von Kohle-Managern auch solche Sätze: „Die Finanzierung von Kohlekraftwerken ist eine große Herausforderung.“ Das sagte *Dharma Djojonegoro*, stellvertretender Vorstandsvorsitzender von *PT Adaro Power*, einem Betreiber von Kohlekraftwerken in Indonesien, im Juni 2019. Mit Blick auf seine Geldgeber gestand er außerdem ein: „Ungefähr 85 Prozent des Marktes wollen derzeit keine Kohlekraftwerke finanzieren.“ Seitdem ging der Trend einer zunehmenden Verbannung von Kohle in der Finanzwirtschaft weiter.

Dennoch: Der gewisse Hang zur Kohle ließ sich den Verwaltern der Milliarden noch nicht gänzlich abgewöhnen. In den USA zum Beispiel ist Kohle trotz der auch dort darbanden Industrie immer noch ein gängiges Geschäft für die Finanzindustrie. Vor Kurzem vermeldete der Investment-Gigant *Blackrock* Kohlebeschränkungen, *urgewald*-Recherchen haben jedoch ergeben, dass davon gerade einmal 20 Prozent der wichtigen Kohlefirmen weltweit betroffen sind. ►

### Lippenbekenntnisse deutscher Banken

Aber auch deutsche Banken und Investoren haben noch viele Hausaufgaben zu erledigen. Beispiel Commerzbank und Deutsche Bank: Beide finanzieren zwar keine Kohleprojekte mehr direkt, ihre Finanzierung auf Unternehmensebene für Kohle haben sie allerdings nur teilweise beendet. Beispiel Sparkassen und Genossenschaftsbanken: Sie haben nur in wenigen Fällen Beschränkungen für ihre Kohlefinanzierung. Die DZ Bank als Zentralbank der Genossenschaftsbanken lässt neben Einschränkungen für Kohleprojekte noch sehr viele Kohlegeschäfte zu, ebenso, mit kleineren Ausnahmen, die Landesbanken als Zentralbanken der Sparkassen.

Etwas weiter sind die deutschen Vermögensverwalter: Deka Investment und Union Investment, die zwei großen Fondsanbieter der Sparkassen-Gruppe und der Genossenschaftsbanken, haben inzwischen große Kohlefirmen rausgeworfen, wobei Union deutlich konsequenter ist. Auch die drei größten deutschen Versicherer – Allianz, Münchener Rück und Talanx – haben nach Druck von urgewald ihre Versicherungs- und Investitionsgeschäfte im Kohlesektor eingeschränkt, wobei die Allianz bisher am weitesten geht.

Beim Blick nach Frankreich sieht der deutsche Finanzsektor insgesamt in Sachen Klimaschutz blass aus. BNP Paribas und Crédit Agricole, beide unter den zehn größten Banken der Welt, sowie die kleinere Crédit Mutuel finanzieren inzwischen zum Beispiel keine Unternehmen mehr, die neue Kohlekraftwerke planen. AXA, die französische Konkurrentin der Allianz, hat ebenfalls im Vergleich die Nase vorn. Beim Blick nach Italien sticht außerdem die Großbank UniCredit heraus, die vor Kurzem einen „vollständigen Ausstieg aus der Finanzierung des Kohlesektors in allen Märkten bis 2028“ angekündigt hat.

### Für Zaudern bleibt uns keine Zeit

Es ist keine Frage mehr, ob die Kohlefinanzierung in naher Zukunft enden wird. Das wird sie, auch deshalb, weil Kohle als Energieträger im Vergleich mit immer günstigeren Erneuerbaren nicht mehr konkurrenzfähig ist. Die Frage ist vielmehr, ob die Finanzwirtschaft Kohle schnell genug das Geld entzieht, damit wir die Pariser Klimaziele noch erreichen können. Klar ist: Für Zaudern bleibt uns keine Zeit. Banken, Versicherer und Investoren müssen der Kohle jetzt den Stecker ziehen.

Während die Finanzkonzerne bei Kohle immerhin bereits auf dem Weg sind, gibt es noch kaum Einschränkungen für Öl- und Gasfinanzierung. Dabei gerät auch ihr Geschäftsmodell bereits zunehmend in Bedrängnis, weil unter anderem die Corona-Pandemie Verbrauch und Preise in den Keller getrieben hat – und weil ihr Geschäftsmodell nicht mehr zukunftsfest ist, was Investoren zunehmend vorsichtig stimmt. Die Finanzindustrie sollte deshalb besser früh damit anfangen, neben Kohle auch Öl- und Gasfirmen auszusondern. Dann könnten wir sie in Sachen Klimaschutz auch endlich beim Wort nehmen.



Moritz Schröder-Therre ist Pressesprecher der NGO urgewald

Seit fast 30 Jahren kämpft die NGO urgewald gegen Konzerne und Konzernprojekte, die Umwelt zerstören und Menschenrechte missachten. Dafür recherchiert sie die Geldgeber und setzt diese öffentlich unter Druck. Der Text basiert auf einem Artikel in der neuen urgewald-Kohlebroschüre, die im Herbst erscheinen soll.

Weitere Informationen:  
 ■ [www.urgewald.org](http://www.urgewald.org)







FOTO: © STADTWERKE BERLIN/MORITZTHAU

# Energiewende – aber bitte gerecht!

Auch in einem Viertel mit niedrigen Mieten wie Hohenschönhausen in Berlin kann Solarstrom vom Dach zu mehr sozialer Gerechtigkeit führen und die Stromkosten der Bewohner senken. Umgesetzt wurde das Energieprojekt „Malchower Aue“ von den Berliner Stadtwerken auf vier Gebäuden der Wohnungsbaugenossenschaft NEUES BERLIN

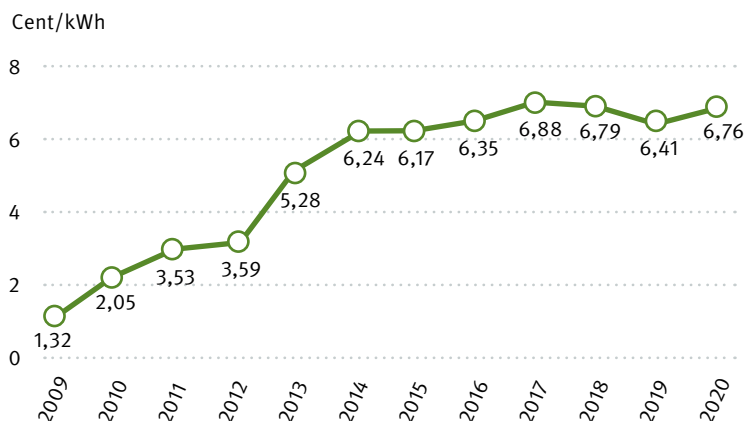
**Klimaschutz auf Kosten der sozialen Gerechtigkeit – das ist der traurige Status Quo in Deutschland. Dabei gibt es zahlreiche Ideen, um einkommensschwache Haushalte zu entlasten und trotzdem die Energiewende voranzutreiben.** *Joschua Katz*

Mehr als die Hälfte der Bevölkerung empfindet die Energiewende als ungerecht – und nur jeder Fünfte als gerecht. Dabei sollte Klimaschutz doch eigentlich als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstanden und sozial gerecht gestaltet werden. Und tatsächlich: Obwohl Menschen mit einem geringen Einkommen einen vergleichsweise kleinen CO<sub>2</sub>-Fußabdruck haben, müssen sie für den Klimaschutz tief in die Tasche greifen. Über Steuern zahlen sie die Emissionen der Besserverdiener mit, schultern überproportional hohe Kosten der Energiewende und entlasten dabei sogar noch die Industrie. Gleichzeitig profitieren sie am wenigsten von der Energiewende, da sie sich weder eine erneuerbare Eigenproduktion noch grüne Investments leisten können. Doch woran liegt es, dass ausgerechnet Menschen mit einem geringen Einkommen von den Maßnahmen gegen die Klimakrise finanziell besonders stark betroffen sind?

Eine wesentliche Ungerechtigkeit der Energiewende entsteht durch das Design der EEG-Umlage. Während sie im Jahr 2009 bei 1,3 Cent pro Kilowattstunde lag, kletterte die Umlage in den Folgejahren rasant an und erreichte 2017 mit fast sieben

Cent ihren vorläufigen Höchstwert. Damit stieg ihr Anteil an den Stromkosten für Haushalte auf etwa ein Viertel. Zur Entlastung der Bevölkerung aufgrund der Corona-Krise wird die EEG-Umlage im Jahr 2021 auf 6,5 Cent pro Kilowattstunde gedeckelt, im Jahr 2022 sogar auf 6,0 Cent. ▶

Entwicklung der EEG-Umlage





Die EEG-Umlage wurde im Jahr 2000 eingeführt, um die Energiewende anzukurbeln und den Ausbau der Erneuerbaren Energien zu finanzieren. Seitdem bekommen Wind- oder Solaranlagenbetreiber eine festgelegte Einspeisevergütung, die die Wirtschaftlichkeit der Anlagen gewährleisten soll. Allerdings hat sich die Höhe der EEG-Umlage schon vor Jahren vom Zubau der Erneuerbaren entkoppelt. Treiber der Umlage war im letzten Jahrzehnt die immer größere Differenz aus Vergütung für die Betreiber und Einnahmen an der Strombörse. Der Zwangsverkauf des EEG-Stroms an der Börse hat zu einem gewaltigen Überangebot geführt, die Preise sind gesunken.

triauxnahmen bei der EEG-Umlage.

Unternehmen sollten nur dann einen Anspruch auf reduzierte Abgaben erhalten, wenn sie sich energiesparend verhalten. „Zudem kann die Stromsteuer gesenkt werden. Einkommensschwachen Haushalten sollte man vor allem durch einen Klimabonus und faires Einkommen helfen, sowie preiswerten und komfortablen ÖPNV und mehr Geld fürs Energiesparen.“

### Ungerechte Verteilung

Finanziert wird die EEG-Umlage zwar von allen Stromverbrauchern – jedoch nicht in gleicher Höhe. Zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit gibt es seit Jahren Sonderregelungen für die stromintensive Industrie. Sie zahlt nur ein Bruchteil der eigentlichen Umlage. Aufkommen müssen dafür dann alle anderen Verbraucher, irgendwie muss die Finanzierungslücke schließlich geschlossen werden. Damit zahlen private Haushalte für die Industriepolitik Deutschlands, was – wenn überhaupt – eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe der Steuerzahler wäre, gestaffelt nach ihrem Einkommen. Zwar wirken die Energiepreise in Deutschland durchaus regressiv, wodurch ärmere Haushalte absolut weniger Geld für Energie ausgeben, jedoch machen die Ausgaben einen größeren Anteil ihres verfügbaren Einkommens aus. Damit trifft eine Erhöhung der EEG-Umlage ärmere Bevölkerungsschichten deutlich härter als alle anderen Verbraucher.

In den letzten zwanzig Jahren hat die Schere zwischen Arm und Reich bei den Energieausgaben deutlich zugenommen. Im Jahr 2011 haben einkommensschwächere Haushalte schon fast zwölf Prozent ihres verfügbaren Einkommens für Energiekosten aufgewendet – 1998 waren es noch rund sieben Prozent. Von einer Steigerung des Strompreises werden sie dabei doppelt so stark getroffen, wie die Haushalte mit einem höheren Einkommen. Diese Gruppe der Bevölkerung wendete 2011 nur etwas über sechs Prozent ihres verfügbaren Einkommens für Energiekosten auf – und 1998 sogar nur vier Prozent. Die Kosten der Energiewende belasten damit ärmere Bevölkerungsschichten überproportional hoch. Dadurch hat seit 1998 auch die Anzahl der von Energiearmut betroffenen Haushalte, die mindestens zehn Prozent ihres Einkommens für Energiekosten aufwenden, deutlich zugenommen. Fast 40 Millionen Menschen konnten es sich 2018 in Europa nicht mehr leisten, ihre Wohnung angemessen warm zu halten.

### Energiewende sozial gerecht gestalten

„Die Energiewende kann zur sozialen Gerechtigkeit beitragen, wenn sie klug ausgestaltet ist“, sagt Prof. Claudia Kemfert vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung e.V. (DIW Berlin). „Das ist sie derzeit nicht.“ Erst eine Vollversorgung mit Erneuerbaren Energien könne Umwelt- und Klimaschäden vermeiden und nebenbei auch die Ungerechtigkeiten zwischen den „heutigen und künftigen Generationen und die Ungerechtigkeiten zwischen den Reichen und den Armen, den Starken und den Schwachen“ beenden. Dafür fordert Kemfert das Herunterfahren der zahlreichen Indus-

Ein sozial gerechter Klimaschutz könne, meint Kemfert, vor allem durch Kostenwahrheit und Einpreisung von Klima- und Umweltschäden hergestellt werden. Eigentlich gilt in Deutschland das sogenannte Verursacherprinzip, nach dem der Verursacher für die Kosten der Beseitigung seiner Umweltverschmutzung aufkommen muss – doch es wird nicht angewandt. So zahlen einkommensschwache Haushalte über umweltschädliche Subventionen und umfangreiche Industriausnahmen das CO<sub>2</sub>-intensive Wirtschaften von Unternehmen mit. Fossile Brennstoffe werden hierzulande mit stolzen 37 Milliarden Euro unterstützt, Flugbenzin mit Steuervergünstigungen in Höhe von 12,5 Milliarden Euro. Das Dieselprivileg kostet die Steuerzahler jedes Jahr 11,5 Milliarden Euro, und energieintensive Konzerne freuen sich über 5,4 Milliarden Euro Entlastung. Für all diese Kosten zahlt im Zweifel auch die Familie, die selbst nie ins Flugzeug steigt, kein Auto hat und versucht, ihre Stromrechnung so gering wie möglich zu halten.

Die gute Nachricht: Auch in Deutschland kann der Klimaschutz sozial gerecht gestaltet werden. Zum Beispiel mit einer Klimaprämie – oder auch Pro-Kopf-Auszahlung. Kemfert spielt dies gedanklich einmal durch: „Man stelle sich vor, alle Menschen müssen fortan den Schaden bezahlen, den sie anrichten. Man stelle sich vor, man würde die derzeit oft steuerbefreiten Klimaschädlinge wie Kerosin, Diesel, Benzin und Heizöl an den verursachten Klimawandel-Folgekosten realistisch beteiligen. Und am selben Tag würde man damit beginnen, den Menschen das Geld, das ihnen jahrzehntelang heimlich aus den Taschen gezogen wurde, zurückzugeben – als Klimabonus oder Klimaprämie. Dann hätte man die soziale Gerechtigkeit, die man braucht.“ Die Prämien von Haushalten mit niedrigem Einkommen würden die Steuerbelastungen übersteigen, während Besserverdiener je nach Lebensstil etwas tiefer in die Tasche greifen müssten.

### Einkommensschwache Haushalte entlasten

Eine weitere Möglichkeit zur Erreichung von mehr sozialer Gerechtigkeit in Klimaschutz und Energiewende sieht die Wissenschaft in einer speziell ausgestalteten CO<sub>2</sub>-Bepreisung. Für eine klimaneutrale Energieversorgung ist längst klar:

ohne einen Preis für Kohlenstoffdioxid wird es nicht gehen. Dabei werden die sogenannten externen Kosten – also Kosten für Umwelt-, Klima- und Gesundheitsschäden – auf die Energiepreise aufgeschlagen. Der Preis für Strom aus Erneuerbaren Energien bliebe stabil, der von Kohlestrom würde hingegen steigen. Insgesamt würden sämtliche fossile Brennstoffe wie Benzin oder Heizöl deutlich teurer werden. Und wen würden die Kostensteigerungen besonders hart treffen? Mal wieder die ärmeren Haushalte. Denn sie wohnen eher in schlecht isolierten Mietwohnungen und können sich besonders energieeffiziente Geräte nicht leisten. Doch es gibt eine Lösung.

Um durch eine CO<sub>2</sub>-Bepreisung, die für den Kampf gegen die Klimakrise in den nächsten Jahren unersetzlich sein wird, die sozialen Ungleichheiten nicht noch weiter zu verschärfen, sehen viele Konzepte eine Rückerstattung von den Einnahmen vor. Im Rahmen der bereits von Kemfert vorgestellten Klimaprämie würden alle Bürger unabhängig von ihrem Einkommen einen einheitlichen Geldbetrag erhalten. Besonders stark stiege dadurch das verfügbare Einkommen einkommensschwacher Haushalte, die soziale Gerechtigkeit könnte verbessert werden – zusammen mit dem Klimaschutz.

Andere Vorschläge weichen von der einkommensunabhängigen Pro-Kopf-Erstattung ab. So empfiehlt zum Beispiel das Institut für transformative Nachhaltigkeitsforschung (IASS) die Einnahmen aus einer CO<sub>2</sub>-Bepreisung für zwei Ziele zu nutzen: Zum einen für die weitere Stärkung der Energiewende, zum anderen zur relativen Besserstellung der besonders belasteten Haushalte. Die Potsdamer Wissenschaftler sprechen sich deshalb für die Sicherstellung eines stabilen Strompreises, für Zuschüsse beim Kauf energieeffizienter Haushalts- und Wärmetechnologien sowie für eine umfassende Unterstützung sozialen Wohnungsbaus mit hohem Effizienzstandard aus.

Ob mittels einer Klimaprämie oder speziell ausgestalteten CO<sub>2</sub>-Bepreisung: Die Beispiele zeigen, dass sich Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit nicht ausschließen müssen. Im Gegenteil, sie lassen sich sehr gut miteinander verknüpfen. Dabei darf auf keinen Fall vergessen werden, dass auch die beste Energiepolitik eine gerechte Sozialpolitik nicht ersetzen kann. Im Rahmen einer Gesamtstrategie können die beiden Politikbereiche am selben Strang ziehen – und einen sozial gerechten Klimaschutz möglich machen.



## Investieren in nachhaltige Immobilien

Das nachhaltige Bauen ist ein Schlüssel für die Senkung von CO<sub>2</sub>-Emissionen und den Schutz unseres Klimas. Die eco eco AG entwickelt nach diesen Grundsätzen ressourcenschonende Bauprojekte wie das Stadtquartier ecoSquare Annastraße in Bamberg.

Zur Vorfinanzierung der Projektentwicklung bietet Ihnen die eco eco AG ein attraktives Nachrangdarlehen an.

<b>Laufzeit:</b>	<b>bis 31.12.2029</b>
<b>Vorabkündigung:</b>	<b>ab 31.12.2023</b>
<b>Mindestanlage:</b>	<b>20.000 €</b>
<b>Staffelzins:</b>	<b>bis zu 4 Prozent</b>

**Weitere Informationen:**  
[www.ecoeco.de](http://www.ecoeco.de)





FOTO: UN PHOTO/UNICEF/MARCO DORMINO

# Der Globale Norden steht in der Verantwortung

2010 traf der Hurrikan „Tomas“ Haiti und verwüstete weite Teile des Landes. Vor allem ärmere Menschen wurden hart getroffen, wie hier im Slum von Gonaïves. Hurrikans werden in Folge der Klimakrise immer heftiger

**100 Milliarden Dollar pro Jahr haben die reichen Staaten dieser Erde ab 2020 versprochen. Geld, um die ärmsten Länder der Welt bei Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel zu unterstützen. Schon jetzt wird deutlich, dass nicht genug ankommt. Manuel Först**

Es war die UN-Klimarahmenkonvention von 1992, die erstmals „gemeinsame, aber unterschiedliche Verantwortlichkeiten“ beim Klimawandel festschrieb, um für globale Klimagerechtigkeit zu sorgen. Unterzeichnet wurde das Vertragswerk auf der sogenannten Rio-Konferenz, die als Meilenstein der Anerkennung des menschengemachten Klimawandels durch die Staatengemeinschaft gilt. Demnach verpflichteten sich die Unterzeichnerstaaten zur Reduktion von Treibhausgasen. Die Industrieländer erklärten sich darüber hinaus bereit, Entwicklungsländer mit finanziellen Mitteln beim Klimaschutz und Anpassung an klimatische Veränderungen zu unterstützen.

Doch von einzelnen Millionenhilfen abgesehen, führte erst der Kopenhagener Klimagipfel 2009 zu einem Durchbruch. Für die Jahre 2010 bis 2012 sagten die Industriestaaten zu, insgesamt 30 Milliarden US-Dollar bereitzustellen. Erstmals wurde auch das Ziel genannt, die Klimafinanzierung bis 2020 auf jährlich 100 Milliarden zu steigern. 2013 fand auf der Klimakonferenz (COP) in Warschau der Umgang mit „loss and damage“ Eingang in die Klimafinanzierung. Neben Maßnahmen für Schutz und Anpassung wurden auch Hilfen für Schäden und Verluste durch den Klima-

wandel in den betroffenen Staaten versprochen. Im Pariser Klimavertrag 2015 festgeschrieben, wurde anschließend ein Fahrplan für die Finanzierung erstellt.

Die bereitgestellten Mittel setzen sich aus einem schwierig zu durchschauendem Konstrukt zusammen. Deutschland etwa bestreitet nur einen Teil seiner Klimafinanzierung aus öffentlichen Haushaltsmitteln, die direkt in Projekte in den Entwicklungsländern oder globale Klimafonds gehen. Über die Hälfte sind private Investitionen und Kredite, die zum Teil zurückgezahlt werden müssen, wie ein Bericht der Hilfsorganisation Oxfam darlegt.

Auch international kommt Krediten eine gewichtige Rolle zu. Zwar gibt es Zinsvergünstigungen, aber angerechnet auf die Klimafinanzierung werden oftmals die kompletten Kredite und nicht, wie es richtig wäre, lediglich die Vergünstigungen. Oxfam kritisiert darüber hinaus, dass Geberländer sich auch dann die Finanzierung anrechnen, wenn der Klimaschutz nicht Hauptzweck ist, sondern nur eine Nebenrolle spielt. Gelder für die überlebensnotwendige Anpassung an den Klimawandel spielen bislang ebenfalls eine untergeordnete Rolle und machen nur knapp

ein Fünftel aus. Private Investitionen und Kredite konzentrieren sich vor allem auf Instrumente wie den Ausbau Erneuerbarer Energien, die irgendwann Gewinne einbringen können.

Mit den Zusagen der Industriestaaten geht die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) davon aus, dass 2020 ein jährliches Finanzierungsniveau von 93 Milliarden US-Dollar erreicht wird und damit an die 100-Milliarden-Zielmarke heranreicht. Doch Oxfam schätzt, dass die praktische Unterstützung gerade mal ein Drittel dieses Niveaus erreicht. Ein großes Problem: die Zusagen sind freiwillig und einseitig von den Geberländern festgelegt.

Auf der diesjährigen Klimakonferenz sollte daher über mehr Verbindlichkeit bei der Klimafinanzierung ab 2025 gesprochen werden, indem der Finanzbedarf in den ärmeren Ländern ausgehandelt und formal beschlossen wird. Doch die COP26 in Glasgow wurde coronabedingt ins nächste Jahr verschoben. Dann soll auch über eine Anhebung der Klimafinanzierung ab 2025 gesprochen werden. Experten gehen davon aus, dass allein die öko-

nomischen Folgeschäden in den Entwicklungsländern ab 2050 bis zu 1,8 Billionen US-Dollar jährlich erreichen.

Nationalistische Tendenzen drohen die Klimafinanzierung indes weiter auszuhöhlen statt aufzufüllen. Seit Donald Trump 2016 in den USA zum Präsidenten gewählt wurde, drängte er nicht nur im eigenen Land Klimaschutzmaßnahmen zurück, sondern strich auch der internationalen Klimafinanzierung ursprünglich zugesagte Gelder. Neben dem „America first“-Prinzip sah er es nicht ein, Zahlungen für die internationale Klimafinanzierung zu leisten, wenn Schwellenländer wie China, Indien, Brasilien oder Mexiko keine ähnliche Verantwortung tragen. In Brasilien ist mit Jair Bolsonaro ebenfalls ein Rechtspopulist an der Macht, der abgesehen von fehlender internationaler Verantwortung auch das Budget für Klima- und Umweltschutz im eigenen Land radikal kürzt. Im letzten Jahr strich Bolsonaro 95 Prozent der Gelder, die im Kampf gegen die Klimakrise vorgesehen waren. Damit verblieben umgerechnet gerade einmal 140.000 Euro für das gesamte Jahr. In den USA schafften es private Investoren zumindest einen Teil dessen aufzufangen, was Trump der internationalen Klimafinanzierung versagte.



## Im Interview

### Prof. Darrel Moellendorf Klimaphilosoph

Für eine wirksame Klimafinanzierung fehlt die moralische Verantwortung, mahnt der Klimaphilosoph Darrel Moellendorf. Er lehrt Internationale Politische Theorie und Philosophie an der Goethe Universität in Frankfurt am Main. Schwerpunkte seiner Arbeit sind Klimagerechtigkeit und die Philosophie der Hoffnung.

**Herr Moellendorf, eigentlich haben die reichsten Länder beschlossen, ab 2020 pro Jahr 100 Milliarden US-Dollar Hilfen für Klimaschutz und -anpassung an die ärmsten Länder dieser Welt zu zahlen, doch an der Umsetzung hapert es. Woran liegt das?**

Für die reichen Staaten dieser Erde ist es wesentlich einfacher, sich an den Klimawandel anzupassen und Maßnahmen für den Klimaschutz zu ergreifen. Zur Unterstützung der ärmeren Staaten müsste eine Mischung aus Altruismus, also selbstlose Denk- und Handlungsweise, sowie Gerechtigkeitsempfinden vorhanden sein. Aber diese Handlungsweisen und Empfindungen existieren leider zu wenig. Vielmehr könnte bei den

reichen Staaten zunehmend die Angst einsetzen, dass die Klimakrise etwa in Form von Massenmigration vom Globalen Süden in den reichen Norden Einzug hält.

**Staaten wie die USA, Ungarn und Polen begegnen der Migration bereits mit Abschottungspolitik.**

Ja, die Abschottung im Zuge von Nationalismus und Populismus ist ein großes Problem. Migration wie Klimawandel können nur in gemeinsamer internationaler Kooperation angegangen werden, um Lösungen zu finden. Doch leider gibt es diese starken politischen Tendenzen, Probleme nur innerstaatlich zu lösen, oder das Land „Great again“ zu machen, wie ein Präsident sagte. Dabei besteht das Problem nicht nur in den Industriestaaten, auch ein Schwellenland wie Brasilien entzieht sich immer mehr der internationalen Kooperation. Das hat natürlich weitere negative Auswirkungen auf Klimaverhandlungen, indem auch andere Entwicklungs- und Schwellenländer weniger zum Klimaschutz beitragen wollen. ►

**Dabei plädieren Sie für das Recht auf nachhaltige Entwicklung der Entwicklungsländer. Was meinen Sie damit?**

Schon in den frühen 1990ern wurde das Recht auf nachhaltige Entwicklung in Verhandlungen der Vereinten Nationen festgehalten. Entwicklungsländer waren in Sorge, dass Anstrengungen für den Klimaschutz negative Auswirkungen auf ihre Entwicklung haben. Wenn wir von menschlicher Entwicklung reden, sprechen wir nicht als allererstes über Geld und Einkommen, wir sprechen vor allem über bessere Bildung und Gesundheit der Bevölkerung. Aber egal wie wir Entwicklung definieren, sie geht einher mit einem steigenden Energiekonsum. Und die Sorge der Entwicklungsländer war bislang, dass Klimaschutz und Klimaanpassung zu steigenden Energiepreisen führen und damit ihre Entwicklung hemmen.

**Inzwischen werden Erneuerbare Energien immer günstiger.**

Ja, das gibt Anlass zur Hoffnung. Bisher war der Tenor, dass fossile Energien schneller und günstiger für mehr Energie sorgen und damit die menschliche Entwicklung vorantreiben. Doch mit den sinkenden Kosten für regenerativen Strom haben Entwicklungsländer die Chance, direkt in nachhaltige Energie zu investieren und, im Vergleich zu fossilem Strom, nicht auf Entwicklung verzichten zu müssen. Dabei müssen die reichen Staaten dieser Erde helfen, indem sie massiv investieren. Denn auch das ist ein wesentlicher Faktor des Rechts auf nachhaltige Entwicklung: Der Globale Norden steht in der Verantwortung, Klimaschutz und -anpassung sowie menschliche Entwicklung zu finanzieren. Bislang beruht die Klimafinanzierung jedoch auf Freiwilligkeit – was erst einmal wichtig war, damit überhaupt Verträge zustande kamen. Doch nun leisten die Staaten weniger als sie versprochen haben. Daher muss über neue Verbindlichkeiten nachgedacht werden.

**Für Klimaschutz fordern viele auch eine Abkehr vom Wirtschaftswachstum. Wie sehen Sie das?**

Ich bin skeptisch, dass dies der richtige Weg ist. Klar gibt es eine Verbindung zwischen Wirtschaftswachstum und

steigenden Emissionen, wie wir bei der Finanzkrise 2008/09 gesehen haben. Und wir sehen es wieder in diesem Jahr, wo die Corona-Pandemie zu einem Einbruch der Wirtschaft und geringen CO<sub>2</sub>-Emissionen geführt hat. Doch nachdem die damalige Finanzkrise USA und Europa getroffen hat, wurden auch Entwicklungsländer sehr hart, ja zum Teil noch härter getroffen. Die Gründe dafür sind vielfältig. So konnten die Entwicklungsländer weniger in die USA und Europa exportieren, was zu Einnahmeverlusten führte. Auch arbeiten viele Menschen aus Entwicklungsländern im Globalen Norden und schicken Geld in ihre Heimat. Viele verloren ihre Arbeit. Das Geld in der Heimat blieb aus. Es ist nahezu unmöglich, in einer globalisierten Welt wie unserer in Deutschland eine Reduktion der wirtschaftlichen Aktivität zu fordern, ohne dabei negative Auswirkungen im globalen Süden in Kauf zu nehmen. Der Einbruch der Wirtschaft in der Finanzkrise hat zu einer geringen Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen geführt – im Vergleich zu den immensen wirtschaftlichen Schäden.

**Wo sehen sie die Lösung?**

Wenn wir unsere Wirtschaftsweise betrachten, müssen wir natürlich auch andere Missstände sozialer und ökologischer Art in den Fokus rücken und diese angehen. Aber wenn es einzig um die Reduzierung von CO<sub>2</sub>-Emissionen geht, ist Wachstum nicht das Problem. Vielmehr müssen wir unsere ökonomischen Aktivitäten von den CO<sub>2</sub>-Emissionen entkoppeln. Und da sind wir wieder bei den Erneuerbaren Energien sowie technologischem Fortschritt. Die Energie- und Technik zur Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes muss radikal vorangetrieben werden.

**Haben Sie Hoffnung, dass kommende Klimaverhandlungen den Weg für mehr Klimaschutz und eine gerechte nachhaltige Entwicklung ebnen?**

Ja, die habe ich, weil sich außerhalb der politischen Verhandlungen viel bewegt. Neben dem sich verändernden Energiemarkt ist es vor allem der Aktivismus der meist jungen Menschen, der mir Hoffnung gibt. Auch die Coronakrise kann Dinge zum Positiven verändern, wenn Menschen zum Beispiel weniger reisen oder die Entwicklung der Radinfrastruktur in vielen Städten vehement voranschreitet. Mit Hoffnung fokussieren wir uns speziell in schwierigen Zeiten darauf, etwas zu erreichen. Wir würden auch nicht über Hoffnung sprechen, wenn wir nicht in Sorge wären, dass die Ergebnisse möglicherweise anders sind, als von uns erhofft. Die Politik schreitet zu langsam voran und Menschen leiden bereits enorm unter dem Klimawandel. Doch ich habe die Hoffnung, dass die Bürger etwas erreichen können, wenn sie auf die Straße gehen und von der Politik mehr Klimaschutz und Gerechtigkeit einfordern. Und wenn sie sich und andere dazu bewegen, eine nachhaltigere Lebensweise zu beschreiten.



Noch dominieren in Indien fossile Brennstoffe. Doch der Ausbau Erneuerbarer Energien geht voran

Das Interview führte Manuel Först.

# Neues von NATURSTROM

Heft 29 Herbst 2020

- n.1 NATURSTROM „im Netz“
- n.2 Strom- und Gasmix
- n.4 NATURSTROM-Onlineshop
- n.5 Kunden-Serviceseite
- n.6 Wärmepumpentarif von NATURSTROM
- n.8 Kundenportraits
- n.9 Kundenbefragung Servicequalität
- n.10 Quiz Nachhaltigkeit
- n.11 naturstrom städtetarife
- n.12 Solarprojekte mit Bürgerbeteiligung  
Hauptversammlung NATURSTROM AG
- n.13 Die Wärmewende voranbringen
- n.14 Windprojekte mit Repowering
- n.16 Die naturstrom-Städte-Bundesliga

## NATURSTROM „im Netz“

Jetzt 24-mal: Meine Stadt. Mein Ökostrom.

Unser Angebot für naturstrom städtetarife haben wir weiter ausgebaut. Mittlerweile können Sie schon in 24 deutschen Städten 100 Prozent echten Ökostrom aus Sonne, Wind und Wasser nutzen und dabei überwiegend regionale Öko-Energieanlagen im Umkreis von 50 km unterstützen. Das entspricht dem nachhaltigen Regionen-Konzept des Umweltbundesamtes.

Welche Anlagen wir in der Nähe Ihrer Stadt ausgewählt haben, erfahren Sie direkt online unter Ihrem naturstrom städtetarif.

Entscheiden auch Sie sich für nachhaltige Energie aus Ihrer Region und fördern Sie gleichzeitig mit einem Cent pro Kilowattstunde den Bau neuer Öko-Energieanlagen in Deutschland.

Ihren regionalen Ökostrom-Tarif berechnen Sie jetzt einfach auf:

www.naturstrom.de/staedtetarife

## NATURSTROM-Newsletter – immer auf dem Laufenden

Unser Newsletter informiert Sie vier Mal im Jahr über aktuelle Themen, Entwicklungen und Angebote rund um Erneuerbare Energien und NATURSTROM. Alle Infos erhalten Sie bequem und automatisch per E-Mail. Melden Sie sich jetzt einfach an:

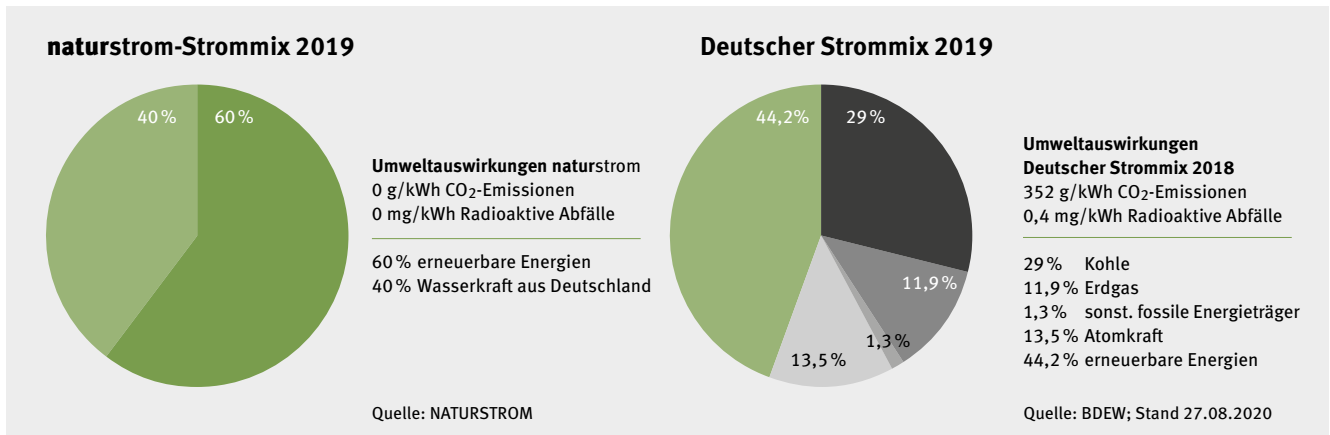
www.naturstrom.de/newsletter

# Der NATURSTROM-Doppelnutzen: saubere Energie

naturstrom unterscheidet sich bezüglich der Stromherkunft wesentlich von den meisten anderen Stromprodukten: Unser Ökostrom stammt aus deutschen Wasser- und Windkraftwerken

und wird nicht wie in der Branche üblich an der Strombörse gekauft. Darüber hinaus fördern wir den Ausbau der Erneuerbaren Energien mit einem festen Betrag je Kilowattstunde.

100 % erneuerbare Energien. Diesen Strom liefern wir Ihnen:

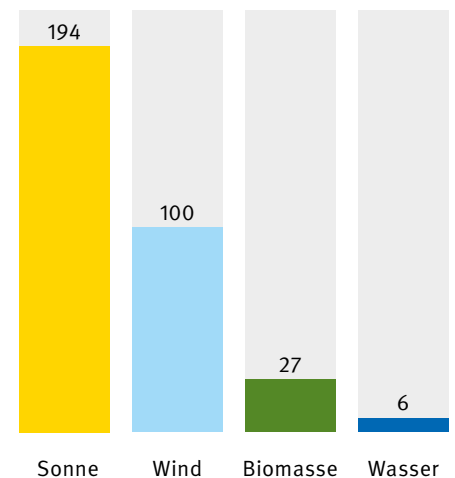


**Klimaneutral:** Unser Strom aus Wasser- und Windkraft wird klimaneutral erzeugt. Die unvermeidbaren CO<sub>2</sub>-Emissionen aus der Vorkette (zum Beispiel bei der Erstellung der Öko-Kraftwerke) werden über Klimaschutzprojekte nach Gold Standard (VER) neutralisiert.

## Ausbau der Erneuerbaren Energien. Diese Öko-Kraftwerke wurden bisher gebaut:

Um die Energieerzeugung in Deutschland sauberer zu machen, fördern wir den Ausbau der Erneuerbaren Energien mit 1 Cent je Kilowattstunde naturstrom und 0,1 Cent je Kilowattstunde naturstrom biogas. Schon mehr als 327 neue Öko-Kraftwerke wurden so errichtet.

Hinzu kommen über 3.400 Klein-Solaranlagen für arme Familien in Bangladesch, die NATURSTROM zusammen mit der ANDHERI HILFE ans Netz gebracht hat. Ermöglicht haben dies vor allem NATURSTROM-Kundinnen und -Kunden, die sich im Rahmen unserer Kunden-werben-Kunden-Aktion für eine Spende an die ANDHERI HILFE als Prämie entschieden haben.



Stand: 11.02.2020



## Das Grüner Strom Label

naturstrom wird bereits seit 1999 mit dem Grüner Strom Label zertifiziert, dem hochwertigsten Ökostromsiegel. Es wird von namhaften Natur-, Umwelt- und Verbraucherschutzverbänden getragen und kennzeichnet Ökostromprodukte mit besonders hohem Umweltnutzen. Das Label bescheinigt, dass naturstrom zu

100% aus erneuerbaren Energiequellen gewonnen wird und wir für jede verkaufte Kilowattstunde 1 Cent netto in den Bau neuer Öko-Kraftwerke investieren (gilt für Kundinnen und Kunden der NaturStromHandel GmbH). So wird die Stromerzeugung in Deutschland Schritt für Schritt sauberer, sicherer und zukunftsfähiger.

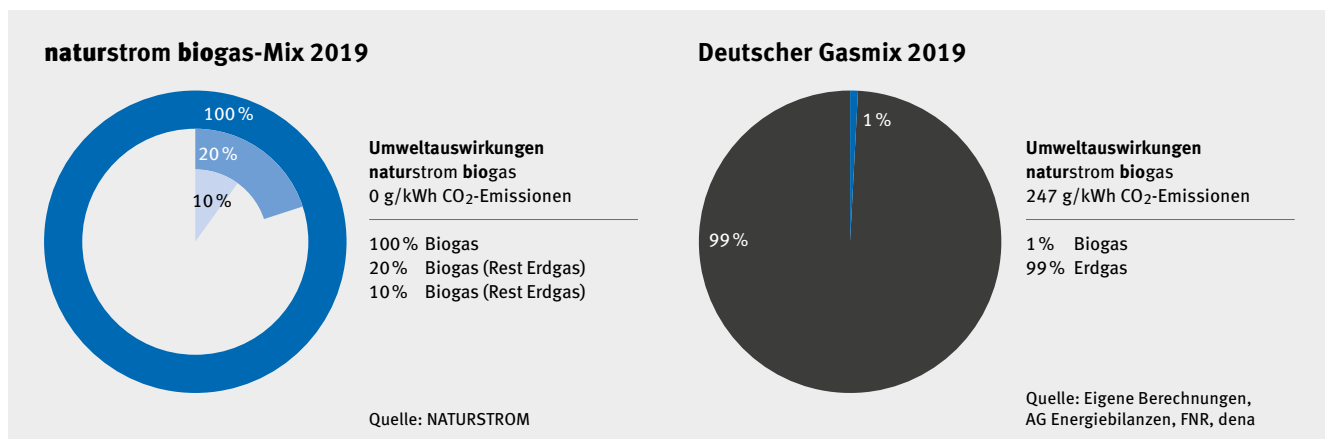


# und neue Öko-Kraftwerke

naturstrom biogas wird ausschließlich aus Klärgas sowie Rest- und Abfallstoffen und damit ökologisch verträglich hergestellt. Unser Biogas stammt aus Biogasanlagen in Deutschland –

ohne Konkurrenz zu Nahrungsmitteln und ohne Gentechnik. Darüber hinaus fördern wir den Ausbau der Erneuerbaren Energien mit einem festen Betrag je Kilowattstunde.

## 100 % erneuerbare Energien. Dieses Gas liefern wir Ihnen:



**Klimaneutral:** Als erster Energieversorger in Deutschland bieten wir seit 2009 ein 100 %iges Biogas-Produkt an. CO<sub>2</sub>-Emissionen aus den Erdgas-Anteilen der Tarife mit 10 % und 20 % Biogas kompensieren wir über Klimaschutzprojekte nach Gold Standard (VER).

## Beispiele für von NATURSTROM geförderte Öko-Kraftwerke:



Im Oktober 2017 ging unser bisher größter Windpark mit elf Anlagen am Rande der Fränkischen Schweiz in Betrieb. Mit einer Gesamtleistung von 29 Megawatt liefert er saubere Energie für 18.000 durchschnittliche Drei-Personen-Haushalte.



In der oberfränkischen Gemeinde Hallertendorf haben wir Bayerns größte Solarthermieanlage in Kombination mit einem Nahwärmenetz realisiert. Seit Februar 2017 werden dort 91 Haushalte mit nachhaltiger und vor Ort erzeugter Wärme versorgt.

Weitere Informationen finden Sie unter [www.naturstrom.de/kraftwerke](http://www.naturstrom.de/kraftwerke)



### Das Grünes Gas Label

Unsere Biogastarife (10, 20 und 100 % naturstrom biogas) wurden im Januar 2014 als erste Biogastarife überhaupt mit dem Grünes Gas Label zertifiziert. Seitdem haben wir seine Kriterien kontinuierlich erfüllt: Das Biogas muss ökologisch verträglich aus Reststoffen oder nachwachsenden Rohstoffen aus der Region

produziert werden. Problematische Unkrautvernichter sind ebenso verboten wie der Einsatz gentechnisch veränderter Organismen bei der Gaserzeugung. Ein unabhängiges Institut prüft jährlich die Einhaltung dieser Kriterien. Das Grünes Gas Label wird wie das Grüner Strom Label von namhaften Natur-, Umwelt- und Verbraucherschutzverbänden getragen.



### NATURSTROM-Regenschirm

kompakt, automatisch, windsicher

Nachhaltige Produkte:

## Der NATURSTROM-Onlineshop

Vom T-Shirt aus fair gehandelter Biobaumwolle bis hin zu umweltverträglichen Büroartikeln – entdecken Sie in unserem Onlineshop praktische Alltagshelfer und originelle Geschenkideen.



### NATURSTROM-Rucksack

25 Liter Volumen, produziert von Deuter

[www.shop-naturstrom.de](http://www.shop-naturstrom.de)



**naturstrom**  
ENERGIE MIT ZUKUNFT

# Meine Wahl: digital

Die energieukunft können Sie auch einfach digital lesen – zu Hause auf Ihrem PC oder mobil auf Ihrem Smartphone oder Tablet.

Unser Magazin erhalten Sie dann als PDF per E-Mail und können es jederzeit bequem am Bildschirm lesen. Wechseln Sie jetzt auf die digitale Zustellung.



**So funktioniert's:** Wählen Sie im NATURSTROM-Kundenportal unter Meine Kommunikationseinstellungen den Versand per E-Mail aus oder rufen Sie unter 0211 77 900-100 unseren Kundenservice an.



**naturstrom**  
ENERGIE MIT ZUKUNFT

# NATURSTROM-Service: Ihre Vorteile auf einen Blick



## Das NATURSTROM-Kundenportal

Ob Sie Ihren Umzug melden, die Bankverbindung oder Ihren Abschlag ändern möchten – in unserem kostenlosen Online-Kundenportal geht das alles schnell und einfach. Hier können Sie auch jederzeit Ihre Daten einsehen und ändern sowie Ihre gesamte NATURSTROM-Korrespondenz abrufen. Sobald ein neues Schreiben für Sie vorliegt, erhalten Sie automatisch eine E-Mail. Sie erreichen unser Kundenportal über:

■ [www.naturstrom.de/kundenportal](http://www.naturstrom.de/kundenportal)



## 25 Euro Umzugsbonus

Ein Umzug ist schon aufwändig genug. Ihre Ummeldung von **naturstrom** bzw. **naturstrom biogas** läuft deshalb schnell und unkompliziert: Einfach das Serviceformular im Kundenportal ausfüllen, abschicken, fertig. Als Dankeschön für Ihre Treue erhalten Sie von uns 25 Euro Umzugsbonus. Hier geht's zur Umzugsmeldung:

■ [www.naturstrom.de/umzug](http://www.naturstrom.de/umzug)



## Energie sparen mit NATURSTROM

Mit Energiemessgeräten können Sie den Energieverbrauch Ihrer elektrischen Geräte ermitteln und so Kosten und Energie sparen. Diese Geräte leihen wir Ihnen als Kunde/Kundin bis zu acht Wochen kostenlos aus. Wenden Sie sich dazu einfach an unseren Kundenservice unter der Telefonnummer 0211 77 900-100. Konkrete Energiespartipps finden Sie auf:

■ [www.naturstrom.de/energiespartipps](http://www.naturstrom.de/energiespartipps)



## Die NATURSTROM-Aufkleberprämie

Elektroauto, Elektroroller, Elektrolastenrad – Sie laden Ihr Elektrofahrzeug mit **naturstrom**? Oder Sie besitzen eine öffentlich sichtbare Elektroladestation, die mit **naturstrom** beliefert wird? Dann zeigen Sie, dass Sie nachhaltig unterwegs sind, und wir belohnen Ihr Engagement für die emissionsfreie Mobilität mit der NATURSTROM-Aufkleberprämie. Bringen Sie einfach unsere Aufkleber auf Ihrem Elektrofahrzeug an, schicken Sie uns ein Foto und sichern Sie sich damit eine Stromgutschrift von bis zu 175 Euro auf Ihrer Jahresabrechnung.

■ [www.naturstrom.de/aufkleber](http://www.naturstrom.de/aufkleber)



## Die NATURSTROM-Ladekarte

Als **naturstrom**- oder **naturstrom biogas**-Kundin /-Kunde erhalten Sie auf Wunsch unsere kostenlose NATURSTROM-Ladekarte für Elektromobile. Sie können damit über 800 öffentliche **naturstrom**-Ladestationen in ganz Deutschland nutzen – inklusive zahlreicher Schnell-Ladestationen. Zudem haben Sie Zugang zum größten Ladenetzwerk Europas mit über 100.000 weiteren Ladestationen. Für das Laden zahlen Sie europaweit einheitliche Preise und erhalten von uns pro Quartal nur eine Rechnung mit allen Ladevorgängen. Die Ladekarte gibt's beim Kundenservice und auf:

■ [www.naturstrom.de/ladekarte](http://www.naturstrom.de/ladekarte)



## Der NATURSTROM-Arbeitgebergutschein

Mit dem Arbeitgebergutschein von NATURSTROM bieten Sie Ihren Mitarbeitern einen Wertgutschein für echten Ökostrom und klimaneutrales Biogas. So bauen Sie Ihr Nachhaltigkeitsengagement aus und positionieren sich als attraktiver Arbeitgeber. Darüber hinaus profitieren Sie von einem monatlichen steuer- und sozialversicherungsfreien Beitrag – ebenso wie Ihre Mitarbeiter, die damit eine indirekte Gehaltserhöhung erhalten. Weitere Informationen finden Sie unter:

■ [www.naturstrom.de/arbeitgebergutschein](http://www.naturstrom.de/arbeitgebergutschein)



Wir sind gerne für Sie da!

Tel. 0211 77 900-300

[kundenservice@naturstrom.de](mailto:kundenservice@naturstrom.de)

# Die Wärmepumpe als Hoffnungsträger der Wärmewende

**W**ärmepumpen als klimafreundliche und effiziente Heiztechnik werden immer beliebter. Im Neubau sind sie bereits angekommen. Entscheidendes CO<sub>2</sub>-Einsparungspotenzial schlummert noch in den Heizungskellern der Bestandsgebäude. Für beides hält die Bundesregierung attraktive Förderungen bereit, gleichzeitig werden Öl- und Gasheizungen durch den CO<sub>2</sub>-Preis teurer. Ein Blick lohnt sich, denn unter den richtigen Voraussetzungen kann die Wärmepumpe Entscheidendes bewirken – für Umwelt und Geldbeutel.

Luft, Grundwasser oder Erdwärme? Es kommt darauf an. In Neubauten sind Luft-Wasser-Wärmepumpen oft die erste Wahl. Die Außenluft als Wärmequelle ist einfach zu erschließen, die Anschaffung und Inbetriebnahme der Wärmepumpe weniger aufwendig und vergleichsweise preiswert. Da die Außentemperaturen ganzjährig schwanken, wird der Luft-Wasser-Wärmepumpe im Vergleich zu anderen Wärmepumpenarten eine schwächere Energiebilanz zugesprochen.

In den letzten Jahren konnten diese Wärmepumpen jedoch technisch erheblich verbessert werden und ihre Energiebilanz steigern. Ins Erdreich geht es mit diesen Varianten: Die Wasser-Wasser-Wärmepumpe nutzt das Grundwasser als Wärmequelle,



während die Sole-Wasser-Wärmepumpe die Erdwärme via Erdkollektor oder Erdsonde anzapft. Hierzu sind bauliche Maßnahmen notwendig, die teilweise spezieller Genehmigungen bedürfen und bestimmte Grundstücksgrößen voraussetzen. Der Vorteil: das ganzjährig konstante Temperaturlevel der Wärmequellen und damit eine sehr gute Energiebilanz.

## Stromkosten? Eine Frage der Effizienz

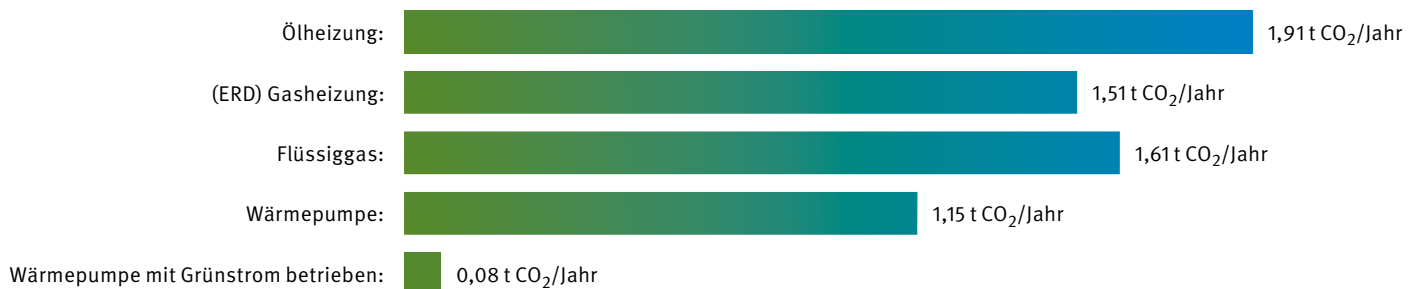
Eine Wärmepumpe zapft die Umweltwärme an und bringt die darin enthaltene Energie unter Einsatz von Strom auf das von der Heizung benötigte Temperaturniveau. Abhängig von der Vorlauftemperatur der Heizungsanlage und dem Energiestandard des Hauses ist die Wärmepumpe in diesem Prozess unterschiedlich stark gefordert. Besonders effizient arbeiten Wärmepumpen

in sehr gut sanierten Häusern und Neubauten im Zusammenspiel mit Flächenheizungen. Durch die Kombination aus großen Heizflächen und sehr guter Wärmedämmung kann dort mit geringer Vorlauftemperatur (ca. 35 Grad) viel Raumwärme entstehen. Die relevante Kennzahl für die Effizienz einer Wärmepumpe ist die Jahresarbeitszahl (JAZ). Diese Kennzahl setzt die zugeführte Energie und die tatsächlich erzeugte Heizungswärme über die Dauer eines Jahres ins Verhältnis. Je höher der Wert, desto effizienter arbeitet die Wärmepumpe.

## Gute Möglichkeiten im Bestand

Sind Wärmepumpen dann nur ein Thema für den Neubau? Nein, auch in Bestandsgebäuden kann die Wärmepumpe unter den richtigen Bedingungen ihre Vorteile ausspielen. Wichtig ist jedoch, dass der Baustandard genau betrachtet wird – in diesem Schritt ist ein Heizungsbauer mit nachprüfbar Referenzen empfehlenswert. So individuell wie die Gebäude können auch die Lösungen aussehen. Bei gut gedämmten Häusern können bspw. Radiatoren anstelle von Flächenheizungen ausreichen. Spezielle Hochtemperatur-Wärmepumpen sind dafür konzipiert, hohe Vorlauftemperaturen bei geringerem Stromverbrauch zu generieren. Zudem gibt es Hybridsysteme, bei denen die Wärmepumpe zur Effizienzsteigerung mit einem

## CO<sub>2</sub>-Bilanzen der einzelnen Heizsysteme



zweiten Wärmeerzeuger kombiniert werden kann. Dabei übernimmt die Wärmepumpe die Grundleistung und bei hoher Anforderung springt die Gas-, Öl-, oder Pelletheizung an. Um nur ein paar Beispiele zu nennen.

### Förderungen nutzen

Bis zu 45 Prozent der Investitionskosten sparen? Das geht – mit den Förderungen des Bundesamts für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA): im Neubau bis zu 35 Prozent der Kosten; im Bestandsgebäude bis zu 45 Prozent. Luft-Wasser-Wärmepumpen sind bspw. sowohl im Neubau als auch im Bestandsgebäude förderfähig. Die zweite wichtige Säule – neben der BAFA – sind die KfW-Förderprogramme, die besonders zinsgünstige Kredite für Wärmepumpen gewähren und teilweise mit der BAFA-Förderung

kombiniert werden können. Das sieht vielleicht anfangs für manchen Bauherren ein wenig nach Förderdschungel aus. Doch Energieberater können das schnell aufklären.

### Neuer günstiger Wärmepumpentarif von NATURSTROM

Zur Senkung der Stromkosten und einer noch besseren Klimabilanz kann sich die Kombination aus Wärmepumpe und Photovoltaikanlage lohnen. Für wen das keine Option ist, der sollte auf Ökostrom setzen, um die Klimafreundlichkeit der Wärmepumpe voll auszuspielen. Mit unserem günstigen Tarif naturstrom wärmepumpe bieten wir Ihnen 100 Prozent Ökostrom aus Deutschland, inklusive einer Förderung von 1 Cent pro Kilowattstunde für den Ausbau der Erneuerbaren Energien (Grundpreis pro Monat: 7,70 Euro/ Ver-

brauchspreis ab 22,86 ct/kWh – Preisangabe inkl. 16% MwSt.). Dieser Tarif ist sogar mit selbst erzeugtem Strom über eine Photovoltaikanlage kombinierbar. Denn bei NATURSTROM unterstützen wir den Gedanken der Sektorenkopplung und der dezentralen Energieerzeugung und -nutzung vor Ort, egal ob in Einzelhaushalten oder Quartiersprojekten. (ch)

**Kalkulieren Sie Ihr Angebot unter:**

■ [www.naturstrom.de/waermepumpentarif](http://www.naturstrom.de/waermepumpentarif)

**Interessante Links zum Thema:**

■ [www.aircon.panasonic.eu/DE\\_de/heizungsfoerderung](http://www.aircon.panasonic.eu/DE_de/heizungsfoerderung)

■ [www.bafa.de/DE/Energie/Heizen\\_mit\\_Erneuerbaren\\_Energien/Foerderprogramm\\_im\\_Ueberblick/foerderprogramm\\_im\\_ueberblick\\_node.html](http://www.bafa.de/DE/Energie/Heizen_mit_Erneuerbaren_Energien/Foerderprogramm_im_Ueberblick/foerderprogramm_im_ueberblick_node.html)

Mit umweltfreundlichen Wärmepumpen heizen

und bis zu 45% Investitionskosten sparen!



Weitere Infos unter:  
[www.aircon.panasonic.eu/DE\\_de/heizungsfoerderung/](http://www.aircon.panasonic.eu/DE_de/heizungsfoerderung/)

# Panasonic

AQUAREA Wärmepumpen – dem Geldbeutel und dem Klima zuliebe

Mit einer Wärmepumpe von Panasonic heizen Sie klimafreundlich und zukunftsicher. Planen Sie beim Neubau mit einer Wärmepumpe, oder tauschen Sie einfach Ihre alte Heizung gegen eine förderfähige Wärmepumpe.

In beiden Fällen können Sie von attraktiven staatlichen Förderungen profitieren.

**BAFA-**  
Förderfähig



## Gesundes Essen gut verpackt

### Kundenportrait – ECO Brotbox



Spätestens seit der indische Film Lunchbox die Zuschauer begeisterte, wissen die Menschen hierzulande, dass eine Stulle oder gar ein ganzes Mittagessen nicht in einer Plastikbox transportiert werden muss. Auch Mustafa Demirtas machte sich auf die Suche nach plastikfreien Alternativen zu den klassischen Brotboxen. Er wollte keine Schadstoffe aus Plastikverpackungen in seinem Essen. Fündig wurde er in Indien, denn dort kommen Lebensmittelbehälter aus Edelstahl seit Generationen zum Einsatz. Seit 2014 bietet ECO Brotbox nun Brotdosen und allerlei andere auslaufsichere Behälter aus Edelstahl an. Der Vertrieb läuft

über Händler, beispielsweise Naturkostläden und einen Online-Shop.

„Umweltfreundliches und faires Arbeiten sind für uns ein Muss – angefangen bei unseren Produktionspartnern in Asien, aber auch bei unserer täglichen Arbeit in unserem Berliner Büro“, sagt Demirtas. Produziert wird in Indien und China. Der Firmengründer selbst überzeugt sich regelmäßig, ob seine Umwelt- und Nachhaltigkeitsstandards eingehalten werden. Das Unternehmen will seinen CO<sub>2</sub>-Fußabdruck so klein wie möglich halten. Im Berliner Büro wird mit 100 Prozent Ökostrom von NATURSTROM gearbeitet. Die Pakete verlassen das Lager plastikfrei und klimaneutral.



Aber (noch) nicht alle Emissionen sind vermeidbar. Gemeinsam mit dem Zukunftswerk – der Genossenschaft für Nachhaltigkeit, berechnete ECO Brotbox deshalb seine CO<sub>2</sub>-Bilanz. Das Ergebnis: 75 Tonnen CO<sub>2</sub>, die es auszugleichen galt. Deshalb unterstützt das Unternehmen nun ein Klimaschutzprojekt in Bangalore, das sich für den Austausch strombetriebener Durchlauferhitzer durch solarthermische Warmwasserbereiter engagiert. (pf)

■ [www.ecobrotbox.de](http://www.ecobrotbox.de)

## Klimaschonend vom Feld auf den Teller

### Kundenportrait – Terra Naturkost Handels KG



Seit über 30 Jahren versorgt der regionale Naturkost Großhändler Terra Naturkost Handels KG den Nordosten Deutschlands mit Bio-Lebensmitteln. 1987 startete Geschäftsführer Meinrad Schmitt mit der Versorgung der Berliner Bio-Läden – aufgrund der Mauer zwischen Ost

und West noch mit einigen Schwierigkeiten. Inzwischen ist aus dem einen gebrauchten Lkw der Anfangsjahre ein Fuhrpark mit 50 Lkws gewachsen, wovon acht mit umweltfreundlichem Erdgas-Antrieb unterwegs sind. Aus drei Mitarbeitern wurden 350 und auch das Lager wächst stetig. Insgesamt werden von Berlin und Rostock 1.200 Kunden aus Naturkosthandel, Gastronomie und Gemeinschaftsverpflegung beliefert.

Dabei hat Terra von Anfang an viel Wert auf Regionalität seiner Waren gelegt. Denn kurze Wege schützen nicht nur die Umwelt, sie stärken auch das Umland. 100 Prozent des Sortiments ist Bio-zertifiziert, der Großhändler kennt jeden einzelnen Betrieb persönlich. Außerdem setzt Terra bei Gemüseboxen, vielen Milchprodukten

und Getränken auf Mehrwegsysteme und auf recycelbare Materialien.

Ökologisch ist nicht nur der Inhalt des Lagers, sondern auch das Gebäude selbst. Alte Paletten und Kisten landen in einer Hackschnitzelanlage und wärmen so die Büros umweltverträglich. Mittels der Wärmerückgewinnung aus der Kühlung kann einiges an Energie gespart werden, genau wie durch die besonders gute und nachhaltige Dämmung. Die Stromversorgung mit 100 Prozent Ökostrom wird seit 2019 von NATURSTROM sichergestellt. Zusätzlich befindet sich auf dem Dach des Lagers eine Photovoltaikanlage, die die Kühllager mit Strom versorgt und rund 150.000 kWh im Jahr produziert. Insgesamt vermeidet Terra jährlich über 300 Tonnen CO<sub>2</sub>. (jk)

■ [www.terra-natur.com](http://www.terra-natur.com)



# Unser Ziel: die Nummer 1 in Sachen Servicequalität

Wie bereits in den letzten Jahren hat NATURSTROM auch 2019 eine Kundenbefragung zum Thema Servicequalität durchgeführt.

Wir können weiterhin sehr gute Ergebnisse vorzeigen.

NATURSTROM lässt alle zwei Jahre – 2019 zum vierten Mal – eine externe Kundenbefragung durch die imug Beratungsgesellschaft für sozial-ökologische Innovationen mbH durchführen, um zu analysieren, wie Kunden unsere Servicequalität wahrnehmen und was Ihnen beim Kontakt mit NATURSTROM wichtig ist. Die Befragung erfolgt im Rahmen des „Bund der Energie- und Wasserwirtschaft“-Servicemonitors, an dem jeweils bis zu 30 Energiever-

sorger teilnehmen. Im Sommer letzten Jahres wurden insgesamt 395 NATURSTROM-Kunden anonymisiert zu Ihren Erfahrungen mit dem NATURSTROM-Kundenservice befragt.

NATURSTROM zählt in allen erhobenen Kategorien nach wie vor zu den Besten. Die Gesamtzufriedenheit der Haushaltskunden liegt bei 91 von 100 möglichen Kundenzufriedenheitsindex-Punkten. Unsere Kunden sind weiterhin in allen Aspekten über alle

Kontaktkanäle weitgehend zufrieden bis sehr zufrieden. Wir freuen uns sehr über die guten Ergebnisse, auch wenn es immer Raum für Verbesserungen gibt. Einige Kunden haben uns diesbezüglich mit ihrem ehrlichen Feedback sehr weitergeholfen.

Die nächste Umfrage für den Sommer 2021 ist schon in Planung. Auch hier wollen wir unser sehr gutes Ergebnis weiterhin halten bzw. sogar noch verbessern. (ds)

## Perfekt unperfekt

Jetzt Feedback geben und Gutscheine gewinnen!



**10 x 30-€-Gutschein  
für mit ecken®  
und kanten**

DEIN UNPERFEKTSHP

Niemand ist bekanntlich perfekt. Aber wir möchten für Sie immer besser werden. Deshalb freuen wir uns über Ihre Vorschläge, Lob und Kritik zu allen NATURSTROM-Themen, die Ihnen am Herzen liegen.

Mitmachen geht ganz einfach: Senden Sie uns bis 31.01.2021 Ihre Anregungen unter [www.naturstrom.de/feedback](http://www.naturstrom.de/feedback). Wir verlosen 10 Gutscheine zu je 30 Euro für den Unperfekt-Shop [www.miteckenundkanten.com](http://www.miteckenundkanten.com).

Freuen Sie sich mit etwas Glück über unperfekte Besonderheiten.



**naturstrom**  
ENERGIE MIT ZUKUNFT



# Nachhaltigkeit – Was ist Ihr nächster Schritt?



Ökostrom beziehen, Müll trennen, auf Flugreisen verzichten – wie nachhaltig leben Sie?

Finden Sie es mit unserem Quiz ganz einfach heraus!

## 1. Welche Erneuerbaren Energien beziehen Sie?

- Biogas und Ökostrom von NATURSTROM ..... 3 Punkte
- Biogas oder Ökostrom von NATURSTROM ..... 2 Punkte
- Der Bezug von Erneuerbaren Energien ist geplant .. 1 Punkt
- Keine ..... 0 Punkte

## 2. Wie legen Sie Ihre Wege meistens zurück?

- Zu Fuß/ mit dem Fahrrad ..... 3 Punkte
- Mit Bus und Bahn ..... 2 Punkte
- Mit diversen Sharingsystemen oder mit meinem mit naturstrom-geladenen E-Auto ..... 2 Punkte
- Mal so, mal so ..... 1 Punkt
- Mit meinem Auto ..... 0 Punkte

## 3. Trennen Sie Ihren Müll?

- Papier, Plastik, Haus- und Biomüll sowie Glas- und Sondermüll ..... 3 Punkte
- Papier, Plastik, Haus- sowie Glas- und Sondermüll ..... 2 Punkte
- Papier, Glas- und Sondermüll sowie sonstiger Abfall ..... 1 Punkt
- Nein ..... 0 Punkte

## 4. Welche Verpackung verwenden Sie für Einkäufe ?

- Keine – außer meinem Einkaufskorb ..... 3 Punkte
- Obst- und Gemüseetze sowie gebrauchte Plastiktüten ..... 2 Punkte
- Recycelte Plastiktüten ..... 1 Punkt
- Plastik- oder Papiertüten aus dem Geschäft ..... 0 Punkte

## 5. Welche Lampen brennen bei Ihnen Zuhause?

- Komplett LEDs oder Energiesparlampen ..... 3 Punkte
- Teilweise LEDs oder Energiesparlampen ..... 2 Punkte
- Primär Glühbirnen, Umstellung geplant ..... 1 Punkt
- Natürlich Glühbirnen ..... 0 Punkte

## 6. Wie viele Flugreisen haben Sie in den vergangenen fünf Jahren getätigt?

- Keine ..... 3 Punkte
- 1 bis 3 und jede davon kompensiert ..... 2 Punkte
- 1 bis 3 ..... 1 Punkt
- Über 3 ..... 0 Punkte

## 7. Wo haben Sie Ihr Konto, Depot und Co.?

- Bei einer umweltbewussten Bank, wie der Umweltbank, Triodos oder GLS Bank ..... 3 Punkt
- Bei einer Bank, die auch nachhaltige Optionen anbietet, die ich geprüft habe und nutze ..... 2 Punkte
- Bald bei einer nachhaltigen Bank ..... 1 Punkt
- Bei einem der großen Player mit der meisten Rendite und den geringsten Kosten ..... 0 Punkte

## 8. Reparieren oder wegwerfen – wie oft werden Sie handwerklich aktiv?

- Wann immer nötig, Wegwerfen ist für mich die letzte Option ..... 3 Punkte
- So oft wie möglich, ggf. mit der Hilfe von Freunden oder im Repair-Café ..... 2 Punkte
- Manchmal ..... 1 Punkt
- Wegwerfen ..... 0 Punkte



**Naja...**  
0-8 Punkte:

Da geht noch mehr! Schon kleine Schritte können an Ihrem ökologischen Fußabdruck viel ändern. Zum Beispiel die Zug- statt Autofahrt, das Gemüseetz oder regionale statt importierte Lebensmittel. Auch unser 10 % **biogas** ist ein guter Einstieg, um CO<sub>2</sub> einzusparen und mit einem guten Gefühl zu heizen und/oder zu kochen.

**Toll!**  
9-16 Punkte:

Toll! Sie sind bereits eindeutig nachhaltig unterwegs. Ein bisschen mehr geht aber bestimmt noch. Zum Beispiel mit einem nachhaltigen Konto und dem Einkauf im Unverpackt-Laden. Auch in der Energieversorgung könnten Sie noch einen Schritt weiter gehen: Kennen Sie beispielsweise unsere **naturstrom städtetarife**?

**+17 Punkte:**

Herzlichen Glückwunsch! Sie sind eindeutig ein Vorbild in Sachen Nachhaltigkeit. Vielleicht haben Sie auch schon Freunde und Bekannte überzeugt, nachhaltiger zu leben? Über unser KwK-Programm können Sie beispielsweise ganz einfach Ökostrom und Biogas von NATURSTROM weiterempfehlen.



# Für Heimat-Helden: Meine Stadt. Mein Ökostrom.



Setzen Sie jetzt mit 24 **naturstrom städtetarifen** auf nachhaltige Energie aus Ihrer Region. Sie nutzen damit 100 % echten Ökostrom aus Sonne, Wind und Wasser und unterstützen überwiegend regionale Öko-Energieanlagen im Umkreis von 50 km um Ihre Stadt. Gleichzeitig fördern Sie mit einem Cent pro Kilowattstunde den Bau neuer Öko-Energieanlagen in Deutschland.

Berechnen Sie Ihren **naturstrom städtetarif** auf:  
[www.naturstrom.de/meinestadt](http://www.naturstrom.de/meinestadt)

 **naturstrom**  
ENERGIE MIT ZUKUNFT

## Wie Alle von Solarparks profitieren

**NATURSTROM zeigt mit seinen neuen Solar-Freiflächenanlagen: Für die Akzeptanz von Solarparks spielen Bürgerbeteiligung und Dezentralität eine entscheidende Rolle.**

Auf dem ehemaligen Munitionsdepot beim bayerischen Uttenreuth hat NATURSTROM dieses Jahr die dritte Ausbaustufe der dortigen Solar-Freiflächenanlage ans Netz gebracht. Früher lagerten dort ABC-Waffen, heute produzieren 23.700 Module friedlich Solarstrom. Mit den ergänzten 3,5 Megawattpeak (MWp) Photovoltaik-Leistung kommt die Anlage nun auf 7,2 MWp. Rechnerisch können damit 2.300 Drei-Personen-Haushalte versorgt werden. Wie schon bei den ersten beiden Anlagen-Teilen wurde auch die letzte Erweiterung mit drei Bürgerenergie-Genossenschaften realisiert. Über 400 Bürgerinnen und Bürger sind damit als Eigentümer an der Anlage beteiligt. Daneben profitieren

auch alle anderen Haushalte der Region vom Solarpark: Sie können den dort produzierten Ökostrom als Teil des Angebots **bavariastrom** beziehen.

Am Unternehmensstandort im bayerischen Eggolsheim zeigt NATURSTROM, wie auch energieintensive Mittelständler Erneuerbare Energien sinnvoll in ihren Betrieb integrieren können. Eine 240 kWp-Anlage versorgt über eine Direktleitung die dort angesiedelte Firma SAM Coating mit sauberem Strom aus Sonnenenergie. Mit der Ost-West-Ausrichtung in Verbindung mit einem Stromspeicher kann die Freiflächen-Photovoltaikanlage so 70 Prozent des Strombedarfs decken und den Umweg über das Stomnetz vermeiden.

Nicht weit davon, in Scheßlitz und Stadelhofen im Landkreis Bamberg, baut NATURSTROM aktuell zwei Solarparks mit einer installierten Leistung von insgesamt 16,05 kWp. In unmittelbarer Nähe zu den neuen Anlagen betreibt der Öko-Energieversorger bereits zwei Windparks.

Rechnerisch produzieren die vier Öko-Kraftwerke in der Region damit zukünftig eine Strommenge, die ca. 50 Prozent des Verbrauchs aller Privathaushalte im gesamten Bamberger Landkreis entspricht – ein Beweis, dass die dezentrale Energiewende funktioniert. Davon sollen auch die angrenzenden Ortschaften selbst profitieren: Sie erhalten jährlich einen Teil der Nutzungsentgelte für lokale gemeinnützige Projekte. (cl)



## Gute Zahlen bei virtueller Hauptversammlung

Auf ihrer virtuellen Hauptversammlung Ende August stellte die NATURSTROM AG gute Zahlen für das Geschäftsjahr 2019 vor: Der Umsatz in der Unternehmensgruppe kletterte deutlich von 298 auf 357 Mio. Euro – ein neuer Rekord. Zudem verbesserte sich der konsolidierte Jahresüberschuss deutlich auf 2,3 Mio. Euro. Auch der Blick auf das erste Halbjahr 2020 fiel positiv aus.

„Mit dem vergangenen Geschäftsjahr können wir zufrieden sein“, konstatierte der Vorstandsvorsitzende Dr. Thomas E. Banning. „Wir liegen in Summe auf Kurs, insbesondere in unserem Kerngeschäft der Energiebelie-

ferung lief es sehr gut. Das gab uns wieder den Spielraum für den Geschäftsaufbau in den anderen Bereichen.“

Rund 931 Mio. Kilowattstunden **naturstrom** flossen 2019 an die Haushalts- und Gewerbekunden, im Vorjahr waren es 917 Mio. Mittlerweile beziehen mehr als 280.000 Haushalte, Unternehmen und Institutionen **naturstrom** oder **naturstrom biogas**. „Jede neue Kundin und jeder Kunde trägt dazu bei, dass wir uns mit noch mehr Kraft für die Energiewende einsetzen können“, betont Banning. Durch den festen Förderbetrag je Kilowattstunde sind im vergangenen Jahr 6,5 Mio. Euro zusammengekommen, die NATURSTROM

nach den Kriterien des Grüner Strom Labels für neue Energiewendeprojekte einsetzt.

Auch darüber hinaus investiert NATURSTROM massiv. In Summe gingen 2019 und im ersten Halbjahr 2020 rund 40 Megawatt neue Erzeugungskapazität ans Netz. Angesichts des anhaltenden Kundenzuwachses und laufender Baumaßnahmen, etwa für ein Windrad in Thüringen oder einen Solarpark in Oberfranken, ist Banning zuversichtlich: „Wir sind sehr gut aufgestellt, um auch in diesem Jahr wieder unseren Beitrag dafür zu leisten, dass die Energieversorgung in Deutschland schnellstmöglich sauber wird.“ (tl)

# Die Wärmewende voranbringen

## Nahwärmeversorgung im bayerischen Berufsschulzentrum: Nachhaltiger Umbau mit effizienter Technologie

Die Wärmeversorgung des oberfränkischen Schulkomplexes Forchheim Nord wurde nach 15 Jahren Betrieb neu ausgeschrieben. Mit einem innovativen technischen Konzept und dem Einsatz regionaler und nachhaltiger Rohstoffe konnte sich NATURSTROM gegen die konkurrierenden Anbieter durchsetzen und gewann die europäische Ausschreibung im September 2018. Mit dem Einsatz effizienter Technologien optimiert der Ökoenergieversorger die Wärmeerzeugung nachhaltig.

Da mehr als die Hälfte der verbrauchten Energie in Deutschland noch immer auf den Wärmesektor entfällt, ist ein zügiger Veränderungsprozess hin zu Erneuerbarer Energie in diesem Bereich unabdingbar. Hinzu kommt, dass die Technik vieler Heizungen im Altbestand ihren Zenit schon längst überschritten hat. Mit dem Einsatz effizienter Technologien optimiert NATURSTROM bereits bestehende Nahwärmeversorgungen und geht damit einen weiteren Schritt in Richtung erfolgreiche Wärmewende. Wie eine reibungslose Umsetzung funktioniert, zeigt die Projektübernahme der Nahwärmeversorgung im Schulzentrum Forchheim.

Vom vorherigen Betreiber hatte NATURSTROM Heizkessel und Steuerungstechnik übernommen. Diese waren nach 15 Jahren Betrieb jedoch nicht mehr auf dem aktuellen Stand der

Technik. Nach Abschluss der letzten Heizperiode konnten die Umbauarbeiten in der Energiezentrale beginnen.

Seit Juni deckt nun neben dem Blockheizkraftwerk, mit 50 Kilowatt (kW) elektrischer Leistung und 83 kW thermischer Leistung, ein Biomassekessel mit 1,4 Megawatt (MW) den Großteil des Wärmebedarfs der angeschlossenen Gebäude. Die Leistung des Biomassekessels konnte durch die Umbauarbeiten nahezu verdoppelt werden. Um die Wärme zwischenspeichern zu können, wurde ein Pufferspeicher mit einem Volumen von 60 m<sup>3</sup> in das Heizsystem integriert. Mit einer Investitionssumme von über 1 Mio. Euro wurde so die Heiztechnik in der Energiezentrale erneuert und eine hochmoderne Steuerungs- und Messtechnik verbaut, die in dieser Form einzigartig auf dem Markt ist. Ein sicherer und reibungsloser Betrieb ist dadurch nun wieder möglich.

### Die Wertschöpfung bleibt in der Region

Wie bei allen NATURSTROM-Nahwärmekonzepten wird die Wertschöpfung in der Region gehalten. Dafür kommen Waldhackschnitzel aus einem Umkreis von 50 km zum Einsatz. Damit sich möglichst viele Bürgerinnen und Bürger rund um die fränkische Kreisstadt an der Wärmewende beteiligen können, setzt NATURSTROM auf private und kommunale Hackschnitzellieferanten aus der Umgebung.



Was aussieht wie ein Pizzeriaofen zeigt in Wirklichkeit das Innere des Kessels in der Energiezentrale in Forchheim

Nach dem Umbau konnte NATURSTROM weitere Wärmekunden für die ökologische Nahwärmetechnik in Forchheim begeistern. Die Energiezentrale versorgt aktuell die Berufsschule, die Realschule, ein Sonderpädagogisches Förderzentrum sowie die Dreifachturnhalle mit nachhaltiger Wärme. Ebenso werden die anliegenden Hausmeisterwohnungen sowie eine benachbarte Gärtnerei aus dem Nahwärmenetz gespeist.

Die Energiewende muss von möglichst vielen Akteuren mitgetragen und mitgestaltet werden. Dieser Verantwortung kam auch die katholische Kirche in Forchheim nach und hat die Wohnungsgebäude der eigenen Joseph Stiftung ebenfalls an das Nahwärmenetz anschließen lassen. Dafür erweiterte NATURSTROM das Netz 2019 um weitere 200 Meter. Die Bewohnerinnen und Bewohner der 13 Gebäude beziehen dadurch Wärme aus Erneuerbaren Energien und schützen damit Umwelt und Klima.

Allein in Bayern betreibt NATURSTROM insgesamt neun Energiezentralen, dadurch konnten bereits viele alte Ölheizungen abgelöst und zahlreiche Anschlussnehmer mit regenerativer Wärme versorgt werden. (nf)

**Weitere Informationen zu  
naturstrom nahwärme unter:  
■ [www.naturstrom.de/nahwaerme](http://www.naturstrom.de/nahwaerme)**

## „The answer is blowing in the wind“

Windprojekte haben in Deutschland aktuell keinen leichten Stand. Bürokratische Hürden, schleppende Genehmigungsverfahren, mangelnde Akzeptanz und Klagen verzögern den Ausbau. Hinzu kommt, dass tausende Windenergieanlagen bald aus der EEG-Förderung fallen und damit vor einer ungewissen Zukunft stehen. Zugleich sind deutlich mehr Ambitionen nötig, um die Klimaziele für 2030 zu erreichen. Experten warnen vor einer großen Ökostromlücke und einer Verfehlung der Klimaziele. Zwei neue Projekte beweisen, wie Windenergie trotz aller Hürden funktioniert und dabei alle profitieren. Die Schlüssel sind Transparenz, Teilhabe, und eine lokale Zusammenarbeit auf Augenhöhe.

### Bürgerwindpark Hünfeldener Wald, Wind, Wandel

Seit Ende Mai drehen sich drei neue Windenergieanlagen im Bürgerwindpark Hünfeldener Wald. Ein Leucht-

turmprojekt für eine gelungene lokale Zusammenarbeit. In 2012 entschied sich die Gemeinde Hünfeldener Wald zusammen mit der lokalen Land+Forst Erneuerbare Energien GmbH, mit einem Bürgerwindpark einen Beitrag zur dezentralen Energiewende zu leisten – und gleichzeitig die lokale Wertschöpfung zu stärken. NATURSTROM ergänzte 2015 das Team, gemeinsam wurde so der Bürgerwindpark realisiert. Die drei Anlagen mit einer Nennleistung von jeweils 4,5 Megawatt (MW) erzeugen zukünftig pro Jahr rund 28 Mio. Kilowattstunden sauberen Ökostrom, was dem Verbrauch von ca. 8.000 Dreipersonenhaushalten entspricht. Damit werden der Atmosphäre jährlich etwa 19.000 Tonnen CO<sub>2</sub> erspart – das wären laut Berechnung des Umweltbundesamts rund 130 Mio. gefahrene PKW-Kilometer.

### Echte Bürgerbeteiligung

Der Bürgerwindpark Hünfeldener Wald ist ein Vorzeigeprojekt für kommunale Beteiligung und lokale Wertschöpfung, denn die Kommune war von Anfang an aktiv an der Projektierung beteiligt. An der Betreibergesellschaft soll die Gemeinde zusammen mit den Bürgern am Ende 60 Prozent der Anteile haben. „Vom Windpark profitieren Anwohner, die Gemeinde und letztendlich die gesamte Region. So gehen Wirtschaft und Klimaschutz Hand in Hand“, sagt NATURSTROM-Vorstandsvorsitzender Thomas Banning. „Maßnahmen wie die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern, die die Bundesregierung in der letzten Zeit diskutiert hat, um die Akzeptanz für die Windkraft zu erhöhen, gehören bei uns schon längst zum Standard.“

„Ich bin sehr stolz darauf, dass nach so vielen Jahren der Planung und trotz der zahlreichen ‚Hindernisse und

Hürden‘ auch wir einen Beitrag zum Klimaschutz und zur regionalen Wertschöpfung beitragen können“, sagt Bürgermeisterin Silvia Scheu-Menzer. „Wir brauchten einen langen Atem für dieses Projekt, das uns wegen der hohen regionalen Wertschöpfung und der sehr guten Zusammenarbeit mit den Projektpartnern besonders am Herzen lag“, ergänzt Frank Heuser, Geschäftsführer Land+Forst Erneuerbare Energien GmbH. „Umso schöner ist es, nach fast acht Jahren Planung, Genehmigung und Bau, nun den Erfolg zu sehen.“

Bürgerbeteiligung wird bei dem Projekt beim Wort genommen. Durch regelmäßige Infoveranstaltungen, eine Baustellenbesichtigung und ein Bautagebuch auf der Projektwebsite konnten sich Anwohner jederzeit ein Bild vom Projekt und dem Baufortschritt machen. Zudem können sich Bürger finanziell am Windpark beteiligen und in Zukunft die Möglichkeit erhalten, einen vergünstigten Anrainertarif zu beziehen.

### Repowering als Chance

Aus alt mach neu, und besser – seit September 2020 dreht sich auch in Frauenprießnitz eine neue moderne NATURSTROM-Windenergieanlage. Sie ersetzt zwei Anlagen aus dem Jahr 2001. Das neue Windrad hat mit 2.350 Kilowatt (kW) deutlich mehr Leistung als die beiden ehemaligen Anlagen mit zusammen 1.700 kW. Frauenprießnitz ist das zweite sogenannte Repowering-Projekt von NATURSTROM. Dabei handelt es sich um den Ersatz alter Windenergieanlagen durch moderne. „In Zukunft sollen noch viele weitere solche Neuerrichtungen an bestehenden, gut akzeptierten Standorten folgen, das Potenzial ist groß“, so Banning.



Zum 1. Januar 2021 fallen rund 5.000 Windräder mit einer Leistung von rund 4.000 Megawatt, die vor 20 Jahren oder früher in Betrieb genommen wurden, aus der EEG-Förderung heraus. Von da an werden jährlich jeweils weitere tausende Anlagen folgen. „Wenn es aufgrund der Marktbedingungen und ergänzender gesetzlicher Rahmenbedingungen nicht möglich ist, alte Windräder kostendeckend weiter zu betreiben oder durch neue, leistungsfähigere zu ersetzen, gehen akzeptierte Standorte für Windräder und wertvolle Leistung für die Energiewende in Deutschland verloren“, erläutert Banning.

### Win-Win für Region und Umwelt

Durch die Erneuerung entsteht eine Wertschöpfung vor Ort, von der die gesamte Region profitiert. In Frauenprießnitz steht ein festgelegter Anteil der Nutzungsentgelte der Gemeinde für gemeinnützige Zwecke zur Verfügung. Die kommunalen Einnahmen anderer Öko-Kraftwerke von NATURSTROM finanzieren etwa Kinderspielflächen, Renovierungen des Feuerwehrhauses oder der Dorfkirche. Mitte Juni begann der Aufbau der neuen Anlage, die seit September sauberen Ökostrom ins Netz einspeist. Das Klima freut sich! (nw)



## Naturparadies zur Hälfte gerettet!

Durch unsere Aktion mit dem NABU konnten wir bereits 43.000 m<sup>2</sup> eines einzigartigen Natur- und Insektenparadieses in der Nähe von Jena retten. Denn für jede Registrierung in unserem Kundenportal finanzieren wir den Kauf von 4 m<sup>2</sup> wertvollem Lebensraum für Schmetterlinge, Wildbienen und Wiesenvögel.

Sie sind noch nicht im Kundenportal angemeldet?  
Registrieren Sie sich jetzt und schützen Sie mit uns weitere 40.000 m<sup>2</sup>.

[www.naturstrom.de/kundenportal](http://www.naturstrom.de/kundenportal)



**naturstrom**  
ENERGIE MIT ZUKUNFT

# Die naturstrom-Städte-Bundesliga: Ein bunter Strauß an Emotionen



Jubel, Überraschung und Wohlbekanntes – beim Blick in die Tabelle der naturstrom-Städte-Bundesliga ist diesmal von allem etwas dabei.

In der Spielklasse der Städte und Gemeinden mit bis zu 10.000 Einwohnern ist auf den letzten drei Plätzen nichts mehr, wie es einmal war: Für Gleichen und Everssen geht es jeweils einen Platz runter, sodass sie nun Rang 9 und 10 belegen. „Wann, wenn nicht jetzt?“, denkt sich wohl Chorin. Der Neueinsteiger macht die Sensation perfekt, indem er aus dem Stand einen hervorragenden achten Platz schafft.

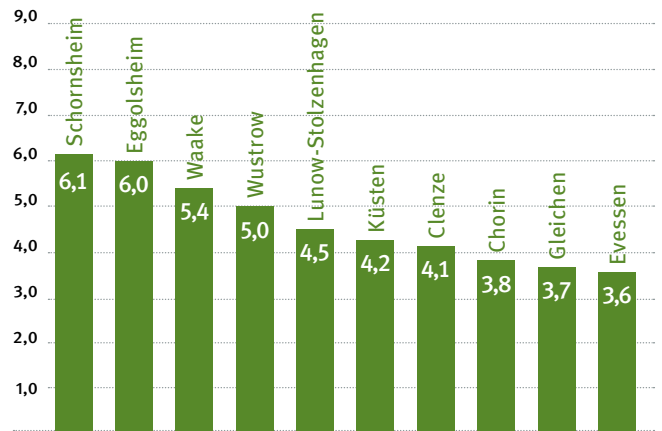
Die mittlere Spielklasse ist traditionell ein Garant für jede Menge Spannung – da bildet auch diese Saison keine Ausnahme. Los geht die wilde Fahrt auf Platz fünf, den nun Kleinmachnow besetzt. Klar, dass dafür jemand weichen muss. Es trifft Adendorf, das auf Rang 6 runterrutscht – ein Jammer! Dießen lässt sich von dem Trubel nicht ablenken und setzt seinen Siegesmarsch der letzten Saison fort. Die Belohnung ist ein wohlverdienter achter Platz. Neueinsteiger Weilheim landet auf Platz 9 knapp vor Werther, das gleich um zwei Plätze gefallen ist. Autsch!

Ein bisschen Erholung gefällig? Werfen wir einen Blick auf die Tabelle der Großstädte, in der sich absolut nichts tut. Was für eine herrliche Ruhe! (dc)

## Die Top 10 Städte / Gemeinden

1.000 bis 10.000 Einwohner ●

Anteil naturstrom-Abnahmestellen an Privathaushalten in Prozent

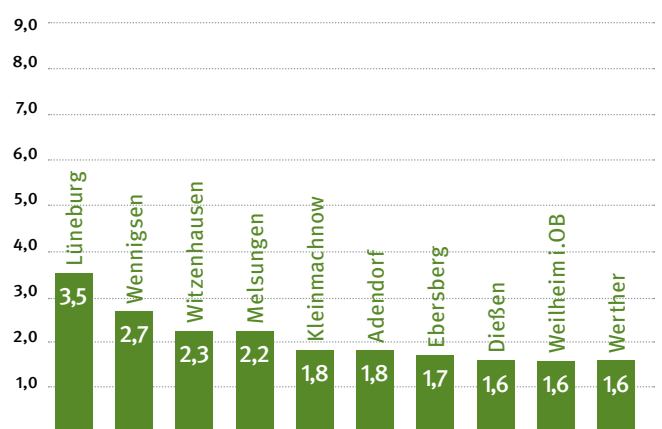


Stand 09 / 2020

## Die Top 10 Städte / Gemeinden

10.000 bis 100.000 Einwohner ●

Anteil naturstrom-Abnahmestellen an Privathaushalten in Prozent

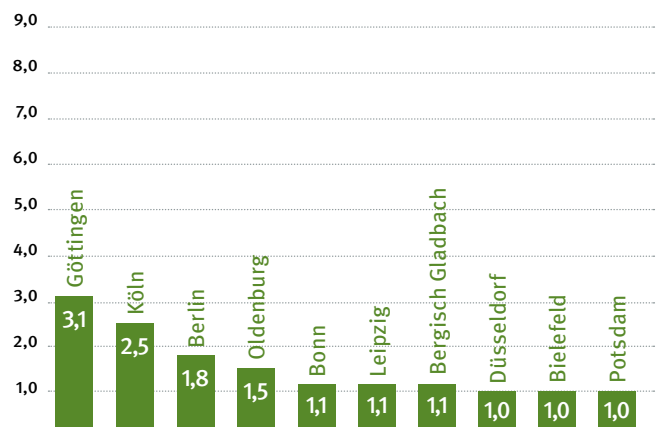


Stand 09 / 2020

## Die Top 10 Städte

> 100.000 Einwohner ●

Anteil naturstrom-Abnahmestellen an Privathaushalten in Prozent



Stand 09 / 2020

Für diesen Artikel haben wir nur Orte ab einer Einwohnerzahl von 1.000 berücksichtigt.



FOTO: PHOTOBAY.COM / PIXABA LICENSE

# Der (un)gerechte Kohleausstieg

Deutschlands Kohlereviere stehen vor einem unvermeidlichen Strukturwandel.

Die Erneuerbaren-Branche hat ihn bereits durchlaufen – und zwar mehrfach.

Unterstützung vom Staat gab es dabei allerdings nicht. *Joschua Katz*

Deutschland wird aus der Kohleverstromung aussteigen – früher oder später ist das unumgänglich. Für die Kohlereviere geht das mit großen Veränderungen für Gesellschaft und Wirtschaft einher. Damit diese möglichst milde ausfallen, hat die Bundesregierung die Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ gegründet. Im vergangenen Jahr hat sie ihren Abschlussbericht vorgelegt, der aufzeigen soll, wie der Strukturwandel für die Regionen möglichst gut gelingt. Bei Transformationsprozessen dieses Ausmaßes gibt es natürlich nicht nur Gewinner. Möglichst gerecht wäre ein solcher Wandel, wenn die Gruppe der „Verlierer“ so gut wie möglich aufgefangen wird. Wenn sie kostenlose Umschulungen erhalten, keine Existenzängste haben müssen und nicht in die Arbeitslosigkeit abrutschen.

Selbst wenn der Strukturwandel bestmöglich abläuft, werden trotzdem Menschen ihre Arbeit verlieren. Ein Umstand, der wie ein Damoklesschwert über der Diskussion eines Kohleausstiegs schwebte. Heutzutage arbeiten noch etwas über 20.000 Menschen in der Braunkohleindustrie. Mehr als die Hälfte davon sind schon jetzt über 50 Jahre alt, ein Großteil der Arbeitskräfte geht bis 2030 sowieso in den Ruhestand.

Wenn man sich anschaut, wie groß in den letzten Jahren die Arbeitsplatzverluste in der Erneuerbaren-Branche waren, dann relativiert sich die Zahl aus der Kohlebranche. An dieser Stelle gab es keine breit in der Gesellschaft diskutierten Strategien – von Diskussionen zur Gerechtigkeit ganz zu schweigen. Nachdem die Bundesregierung 2012 die Förderung der Solarindustrie deutlich zurückfuhr, brach der PV-Markt innerhalb weniger Jahre in sich zusammen. Verzeichnete die Branche 2011 noch 110.900 Beschäftigte, blieben davon nach zwei Jahren nur noch die Hälfte übrig. Bis 2015 gingen aufgrund der Krise fast 80.000 Jobs in der deutschen

Solarindustrie verloren. Das sind etwa viermal so viele, wie jetzt im Zuge eines Kohleausstiegs im Raum stehen.

In der Windbranche droht ebenfalls eine massenhafte Arbeitslosigkeit. In den letzten vier Jahren ist der Ausbau von Windkraftanlagen immer mehr ins Stocken geraten: Abstandsregelungen erschweren die Flächenauswahl massiv, Genehmigungen werden beklagt und Ausschreibungen sind kostenintensiv und riskant. Leisten können sich das nur noch finanzstarke Akteure, Bürgerenergieprojekte kommen kaum noch zum Zug. Allein zwischen 2016 und 2018 sank die Zahl der in der Windbranche Beschäftigten um über 40.000 – Tendenz weiter sinkend. Das sind etwa doppelt so viele, wie beim Kohleausstieg arbeitslos werden.

In den Kohleabbaugebieten soll der Strukturwandel nun deutlich sozialverträglicher ablaufen, als das vor ein paar Jahren bei der Solarbranche der Fall war. So fließen beispielsweise in der Lausitz in den nächsten 20 Jahren 17 Milliarden Euro in die Ansiedlung von wissenschaftlichen Instituten, den Ausbau des Straßennetzes oder die digitale Infrastruktur. Investitionen sind außerdem in Energiewirtschaft, Tourismus und Gesundheit geplant. Mitbestimmen konnten die Anwohner dabei nicht. Wem die Milliarden am Ende nützen, lässt sich nur mutmaßen. Für den Klimaschutz gibt es kaum nachhaltige Ideen und zu wenig Geld.

Während einerseits in den nächsten Jahrzehnten ein Stellenabbau in der Kohlebranche unweigerlich bevorsteht, gilt die Energiewende nicht ohne Grund als Jobmotor. Schon jetzt prognostiziert die Internationale Agentur für Erneuerbare Energien weltweit 19 Millionen zusätzliche Erneuerbaren-Jobs, wenn die öffentlichen und privaten Ausgaben entsprechend den aktuellen Prognosen zulegen. Jede in Erneuerbare Energien investierte Million schafft dreimal mehr Jobs, als wenn diese in fossile Brennstoffe gesteckt wird.



# Von Gelbwesten zu radikalen Klimaschützern

FOTO: © KATRIN BAUMANN / CONVENTION CITOYENNE POUR LE CLIMAT

An sieben Wochenenden kam der französische Klima-Bürgerrat zusammen. Am Ende gaben die Mitglieder 149 Empfehlungen ab

**Frankreich und andere Länder machen es vor: Für den Klimaschutz versammeln sich die Bürger, um über Klimapolitik zu debattieren. Ihre erstaunlich radikalen Forderungen werden von der Politik erhört. Eine Chance auch für Deutschland? Manuel Först**

Die Enttäuschung im letzten Jahr war riesig. Trotz mahrender Worte von Wissenschaftlern und eindrucksvollen Klima-Demonstrationen präsentierte die Bundesregierung ein kraftloses Klimapaket ohne Visionen. Doch daran rütteln ließ sich nicht. Die Regierung hatte entschieden und mit ihr die Mehrheit des Bundestages. Zwischen den alle vier Jahre stattfindenden Wahlen fehlt es auf Bundesebene an Einflussmöglichkeiten für die Bürger.

Auch wenn sich inzwischen die Mehrheit der Deutschen eine ambitionierte Klimapolitik wünscht, müssen sie mit den ausgehandelten Ergebnissen leben. Einen anderen Weg ist Frankreich gegangen. Dort gingen ab November 2018 hunderttausende Menschen auf die Straße – auch bekannt als Gelbwestenbewegung. Stein des Anstoßes war vor allem eine geplante Ökosteuer, die Autokraftstoffe erhöht und damit geringverdienende Pendler übermäßig belastet hätte. Neben gewaltsamen Protesten gab es auch konkrete Forderungen, wie die nach einem Bürgerrat – den Frankreichs Präsident Emmanuel Macron im Oktober 2019 tatsächlich einsetzte. 150 zufällig ausgeloste Teilnehmer, die jedoch hinsichtlich Alter, Geschlecht, Wohnort, Bildung und Migrationshintergrund ein Abbild der Gesamtbevölkerung darstellten, kamen zusammen, um über die künftige Klimapolitik Frankreichs zu beraten.

Denn in der „Convention Citoyenne pour le Climat“ wurde nicht nur über die Erhöhung der Kraftstoffe diskutiert, sondern alle für den Klimaschutz relevanten Belange. Im Juni 2020 legte der Rat ein 500-seitiges Gutachten vor, das zeigte: Die Bürger Frankreichs stehen für eine radika-

lere Klimapolitik als von vielen gedacht. Sie sind für eine Mobilitätswende, die das Auto und Flugzeuge verdrängt. Auch Landwirtschaft und Industrie sollen weitaus nachhaltiger ausgerichtet und große Konzerne stärker in Verantwortung gezogen werden.

Dabei war vielen Ratsmitgliedern anfangs noch nicht bewusst, was Klimaschutz konkret bedeutet. Bei den Treffen referierten Experten und in Kleingruppen wurden die Themen tiefergehend beleuchtet. Erst dadurch sei vielen klar geworden, wie wichtig neue Klimagesetze sind. Auch Großbritannien setzte 2019 einen Klima-Bürgerrat ein, der im September 2020 seine Empfehlungen an die Politik vorlegte und ebenso radikal für mehr Klimaschutz votierte. Großbritanniens Wirtschaftsminister Alok Sharma erklärte, man werde sich die Empfehlungen anschauen und sehen was man tun könne. Bindend sind die Beschlüsse für das britische Parlament nicht. Ebenso wenig wie in Frankreich. Dort aber kündigte Macron an, alle Bürger Frankreichs in einem Referendum über die Ergebnisse des Bürgerrates abstimmen zu lassen.

Das Vorbild für die Bürgerräte findet sich in Irland. Gegründet 2016 kam der Tionól Saoránach – zu deutsch Bürgerversammlung – in den folgenden zwei Jahren zusammen, um neben anderen Themen auch über den Klimawandel und Klimaschutz zu diskutieren. Ergebnis waren unter anderem die Forderung nach einer CO<sub>2</sub>-Steuer und Besteuerung klimaschädlicher Landwirtschaft. Im Juni 2019 folgte aus diesen Forderungen schließlich ein Klima-Aktionsplan der irländischen Regierung. In Deutschland hingegen fehlt es für Klima- und Umweltschutz an wirk-



samer Bürgerbeteiligung auf Bundesebene. Lediglich auf Landesebene zeigen Volksbegehren ihre Wirkung, wie das Bündnis Volksentscheid Fahrrad in Berlin bewies. Dessen Forderungen mündeten in einem neuen Mobilitätsgesetz

der Stadt. Auch in Bayern war ein Volksbegehren zum Schutz der Artenvielfalt erfolgreich. In beiden Fällen wurden die Forderungen in Gesetzesänderungen überführt, ohne dass ein Volksentscheid durchgeführt werden musste.



## Im Interview

### Marco Bülow Mitglied des Bundestages

Fraktionszwang und überbordender Lobbyismus führen zu Politikverdrossenheit, beklagt der Bundestagsabgeordnete Marco Bülow, der 2018 aus der SPD austrat, weil er die Politik der Großen Koalition nicht mehr mit seinem Gewissen vereinbaren konnte. Er fordert demokratische Mitbestimmung, nicht nur alle vier Jahre.

#### **Herr Bülow, die Bevölkerung muss mit unzureichenden Klima- und Kohlegesetzen leben. Was läuft falsch in unserem demokratischen System?**

Ich habe das Gefühl, dass wir auf eine Fassadendemokratie hinauslaufen, in der sich die Einwirkungsmöglichkeit der Menschen auf Wahlen reduziert. Politikerinnen und Politiker sind heutzutage getrieben vom Lobbyismus großer Konzerne. Der Fraktionszwang im Bundestag führt dazu, dass alles schon im Vorfeld entschieden und die Mehrheit im Bundestag gesichert ist, egal ob fachlich begründet oder nicht. Die Opposition kann derweil machen was sie will, gehört wird sie nicht. Und die Menschen müssen auf die nächste Bundestagswahl warten, wo sie eine Partei wählen, die Sachen verspricht aber häufig nicht hält. Es gibt eine zunehmende Hilfslosigkeit in der Bevölkerung, was dazu führt, dass Leute nicht mehr wählen gehen.

#### **Wie kann es besser laufen?**

Frankreich und weitere Länder zeigen, wie Verfahren direkter Demokratie funktionieren können. Ich halte vor allem Bürgerversammlungen für eine wirksame Praxis, solange die Beschlüsse auch in Gesetzesinitiativen münden. Die Bürgerinnen und Bürger können sich eingehend mit den Themen auseinandersetzen, Expertinnen und Experten anhören und darüber diskutieren. Diese Diskussionen sind offener, weil sie nicht durch Lobbyisten beeinflusst sind. Es gibt keinen Fraktionszwang. Die Teilnehmenden können frei ihre Meinung sagen. Sie haben nicht ihre Karriere und die nächste Wiederwahl im Blick.

#### **In Deutschland gibt es auf Landesebene zumindest die Möglichkeit von Volksabstimmungen.**

Bei Volksabstimmungen ist es tendenziell so wie bei

Wahlen, wo sich vor allem Bevölkerungsgruppen beteiligen, die einen hohen Bildungsgrad haben. Übrigens auch eine große Schwäche des Bundestags. Dort sind 84 Prozent Akademikerinnen und Akademiker vertreten, deren gesamtes Umfeld häufig ebenfalls von Universitäten kommt und wohlbehütet aufgewachsen ist. In der Bevölkerung aber gibt es nur 20 Prozent Hochschulabsolventen. Da werden einfach Interessen vernachlässigt. Volksabstimmungen auf Bundesebene müssten ausgewogen in der Bevölkerung diskutiert und alle Bevölkerungsteile mitgenommen werden, dann kann es funktionieren. Vorstellbar wären zum Beispiel solche Abstimmungen in Kombination mit Bürgerversammlungen.

#### **Was können Verfahren direkter Demokratie für den Klimaschutz erreichen?**

Das Beispiel Frankreich hat gezeigt, dass die Bevölkerung viel weiter ist als die Politik. Man hätte aufgrund der Forderungen der Gelbwestenbewegung erwarten können, dass sich Beschlüsse vor allem um die Reduzierung der Spritpreise bewegen. Doch es wurden radikale Beschlüsse für mehr Klimaschutz gefasst.

#### **Wie stehen in Deutschland aktuell die Erfolgchancen für Bürgerversammlungen?**

Inzwischen unterstützt das Präsidium des Bundestags einen zweiten Bürgerrat, der vom Verein Mehr Demokratie organisiert wird. Das Thema wird „Deutschlands Rolle in der Welt“ sein. Ich habe Zweifel, ob die Resonanz groß sein wird. Ich befürchte eher, dass es Enttäuschungen gibt, weil das Thema nicht relevant und konkret genug ist. Zudem ist nicht geklärt, was aus den Ergebnissen wird. Als Testfeld begrüße ich diesen Schritt, aber es ist wichtig, danach einen Bürgerrat zu machen, der Relevanz hat. Wo die Beschlüsse Auswirkungen haben, vom Bundestag diskutiert werden und in Gesetzesinitiativen münden.

*Das Interview führte Manuel Först.*



FOTO: IAN CLOTWORTHY

# Blaupause für einen gerechten Wandel

Mit dem Green New Deal liegt eine Roadmap für Europas sozial-ökologische Wende auf dem Tisch. Es ist ein Fahrplan, der den Klimawandel bremsen und mehr Wohlstand, weniger Armut und mehr Gerechtigkeit schaffen kann. Seine Hebelkraft liegt in der Finanzierung. *Reiner Trometer und Vincent Welsch*

Der erste Versuch einer politischen Antwort auf den Klimawandel, die in ihrer Größenordnung dem Problem angemessen ist – so bezeichnet der amerikanische Umweltaktivist Bill McKibben den Green New Deal für Europa (GNDE). Bei dem Programm handelt es sich um ein gesamteuropäisches Projekt, das von einer Vielzahl von Ökonomen, Klimawissenschaftlern und Aktivisten aus sozialen Bewegungen und NGOs entwickelt wurde. Es fühlt sich dem US-amerikanischen Green New Deal von Alexandria Ocasio-Cortez und Bernie Sanders verbunden. Im Frühjahr 2020 wurde von DiEM25 (Democracy in Europe Movement 2025) die deutsche Fassung vorgestellt.

Klimapolitik konfrontiert Regierungen traditionell mit einem Dilemma: Sollen Gesetzgeber für effektiveren Klimaschutz unliebsame strukturpolitische Maßnahmen wie den Kohleausstieg oder Eingriffe in die Konsumfreiheit durchsetzen und dabei ihre Abwahl riskieren? Oder sollen sie einen

Kurs der schrittweisen, langsamen Veränderung weisen, der einen geringeren Teil der Bevölkerung vor den Kopf stößt, aber die klimapolitischen Ziele verfehlt?

Doch dieses Dilemma darf nicht als Ausrede gelten. Es handelt sich vielmehr um einen zynischen Mythos, der die Verantwortung für klimapolitische Fahrlässigkeit der Bevölkerung anlastet und Politiker aus der Pflicht nimmt. Millionen vor allem junge Menschen haben in den vergangenen anderthalb Jahren auf Europas Straßen und Plätzen für ernsthaften Klimaschutz demonstriert. Nicht vermeintliche Ängste und Sorgen der Bürger nehmen der Politik den Mut zum Handeln. Es sind die Vorbehalte der fossilen Industrie und der in sie investierenden Finanzindustrie, ihrer Verbände und gut vernetzten Lobbyisten, die in Brüssel, Straßburg und den europäischen Hauptstädten Einfluss nehmen, um klimapolitischen Fortschritt zu blockieren und ihre eigenen finanziellen Interessen zu schützen.

### Soziale Dimension bleibt unberücksichtigt

Was dabei herauskommt, sind Konzepte wie der Europäische Green Deal (EGD) der EU-Kommission, der den gescheiterten Finanzierungsmechanismus seines Vorgängerprogramms, dem Juncker-Plan, fortsetzt. Mittels öffentlicher Garantien sollen private Geldgeber gelockt werden, um so Investitionskapital in Höhe von rund 100 Milliarden Euro pro Jahr zu mobilisieren. Eine viel zu kleine Summe, die zudem größtenteils nicht dort ausgegeben werden wird, wo Subventionen am dringendsten gebraucht werden. Investoren erwarten Rendite und stellen ihr Kapital nicht für unprofitable Projekte zur Verfügung, nur weil diese klimatisch notwendig und sozial sinnvoll sind. Im EGD werden die Gewinne jeglicher Investitionen privatisiert, ihre Risiken hingegen weitgehend sozialisiert, während der positive klimatische Effekt vernachlässigbar bleibt.

Der Green Deal der EU ist nicht geeignet, das 1,5-Grad-Ziel von Paris zu erreichen. Hinzu kommt, dass er die soziale Dimension der Veränderungen nicht berücksichtigt. Genau darum muss es allerdings langfristig beim Klimaschutz gehen. Schon von seinem Umfang her unterscheidet sich der GNDE deutlich vom Green Deal der EU und entspricht damit eher den Herausforderungen, die der Klimawandel stellt. Gleichzeitig zielt er darauf ab, die soziale Ungleichheit, die steigende Arbeitslosigkeit und zunehmende Armut in Europa zu bekämpfen. Indem er die Rolle öffentlicher Finanzierung massiv ausweitet, stellt er die risikoreichen, kurzfristigen, spekulativen Aktivitäten der globalen Finanzwirtschaft in Frage – und richtet gleichzeitig die Debatte auf das Streben nach Gemeinwohl, ökologischer Nachhaltigkeit und wirtschaftlicher Gerechtigkeit neu aus.

### Große öffentliche Investitionen

Der GNDE sieht vor, dass pro Jahr fünf Prozent des europäischen Bruttoinlandsprodukts – derzeit wären das etwa 700 Milliarden Euro – über grüne Anleihen der Europäischen Investitionsbank (EIB) in ein grünes öffentliches Investitionsprogramm fließen. Diese Investitionsanleihen sind durch ihre Sicherheit und ihre Rendite auch für Privatanleger attraktiv. Die so angelegten Finanzmittel stehen für nachhaltige Investitionen bereit.

Die Schaffung von Arbeitsplätzen steht im Mittelpunkt des GNDE. Die grünen Investitionen fließen in Kommunen und Regionen in ganz Europa und schaffen hochwertige und qualifizierte Arbeitsplätze. Der Green New Deal für Europa geht aber über die Schaffung von Arbeitsplätzen hinaus und zielt auf die Erhöhung des Lebensstandards. Durch den Bau oder die energetische Sanierung von Millionen von Häusern wird der Wohnungskrise entgegengewirkt. Mit dem Aufbau intelligenter Energienetze und effizienter Verkehrssysteme wird nicht nur die Dekarbonisierung der Wirtschaft vorangetrieben, sondern es werden auch die Lebenshaltungskosten aller Haushalte gesenkt. Weiter wird über Investi-

tionen in Bildung und Gesundheit der Lebensstandard in Europa gesamtgesellschaftlich gesichert.

In den vergangenen vier Jahrzehnten hat die soziale Ungleichheit in allen europäischen Staaten stark zugenommen. Der GNDE wird dieser Entwicklung entgegenwirken, indem über öffentliche Investitionen – und den Gewinnen aus diesen – Wohlstand für alle geschaffen wird. Damit steht der GNDE in deutlichem Gegensatz zum Green Deal der EU-Kommission, der vorsieht, dass sowohl Investitionen als auch Gewinne aus dem grünen Wandel in privater Hand bleiben.

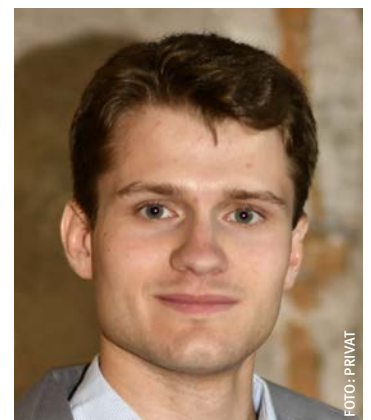
Der Green New Deal für Europa besteht aus einer Vielzahl konkreter Maßnahmen in allen Bereichen von Wirtschaft und Gesellschaft. Mit ihm ist das 1,5-Grad-Ziel erreichbar und es kann der Umstieg in eine nachhaltige Wirtschaft gelingen. Am künftigen Wohlstand sollen alle teilhaben, was zu mehr sozialer Gerechtigkeit und weniger sozialer Ungleichheit in Europa führt.

DiEM25 (Democracy in Europe Movement 2025) ist eine gesamt-europäische Bewegung. Sie wurde 2016 in Berlin u.a. vom Philosophen Srežko Horvat und dem ehemaligen griechischen Finanzminister Yanis Varoufakis gegründet. Die Arbeit von DiEM25 wird unterstützt von einem beratenden Ausschuss, dem einflussreiche Persönlichkeiten aus aller Welt angehören, wie der Soziologe Richard Sennett, der Wirtschaftswissenschaftler James K. Galbraith, der Philosoph Slavoj Žižek, die Publizistin Naomi Klein und der Künstler Jean-Michel Jarre. Die internationale Kampagne für den Green New Deal für Europa setzt sich für einen schnellen, gerechten und demokratischen Übergang zu einem nachhaltigen und zukunftsfähigen Europa ein.

Die vollständige Roadmap des Green New Deal für Europa online  
 ■ [report.de.gnde.org](http://report.de.gnde.org)



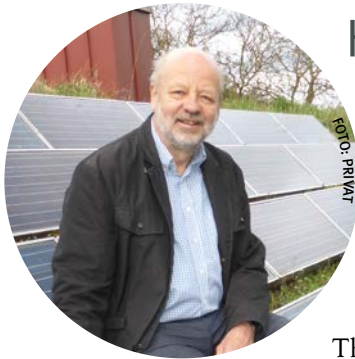
Reiner Trometer ist Soziologe und arbeitet in der empirischen Sozialforschung. Er ist Mitglied von DiEM25 und unterstützt dort die Kampagne für den GNDE



Vincent Welsch studiert Informatik. Er ist Mitglied des Bundeskollektivs von DiEM25 und arbeitet ebenfalls im Kampagnenteam für den GNDE

# Generationen in der Klimakrise

Das Thema der Generationengerechtigkeit polarisiert. Vor allem in Zeiten der Klimakrise. Viele junge Menschen fühlen sich von der älteren Generation im Stich gelassen, ihnen geht Deutschlands Engagement beim Klimaschutz nicht weit genug. Ihre Forderung: Zukünftige Generationen müssen bei politischen Entscheidungen mehr berücksichtigt werden. Doch was entgegnet die ältere Generation? Annika Rittmann und Hans-Josef Fell geben Antworten.



## Hans-Josef Fell, 68 Jahre, Politiker, Mitbegründer des EEG

### Welche Rolle spielt das Thema Generationengerechtigkeit beim Kampf gegen die Klimakrise?

Es ist das alles entscheidende Thema. Viele junge Leute wissen, dass sie in eine Zukunft hineinschlittern,

die ihnen die Lebensgrundlagen raubt. Ältere Leute sind dagegen häufig auf ihren Lebensabend fixiert, den sie in Wohlstand und mit ihrem alten Verhalten beenden wollen. Und leider sitzen sie in den politischen Entscheidungsgremien, Medien, Unternehmen oder Verbänden. Das ist ein aktiver und richtig schlimmer Generationenkonflikt.

### Erhält Ihre Generation von jungen Menschen Respekt für den Erfolg der Energiewende?

Ja, sehr viel. Die Entwicklung der Erneuerbaren macht jungen Menschen bei ihren Forderungen Hoffnung, das EEG hat den Durchbruch in die Welt geschafft. Dafür gibt es schon viel Anerkennung. Ich finde es generell wichtig, dass junge Leute mit den Pionieren von damals sprechen und über die Fallstricke Bescheid wissen. Sonst laufen sie Gefahr, die gleichen Fehler noch einmal zu machen.

### „In den letzten 20 Jahren ist beim Klimaschutz nichts passiert“ – was halten Sie von dieser Aussage?

Die Aussage ist richtig – und auch falsch. Bei dem Ziel der Emissionssenkung ist tatsächlich nichts passiert, die Erde steuert jedes Jahr auf neue CO<sub>2</sub>-Rekorde zu. Wenn man die Messlatte für den Erfolg beim Klimaschutz allerdings anders anlegt und die vielen Schritte beurteilt, die die Menschheit überhaupt erst zum Klimaschutz befähigt, dann hat sich sehr viel bewegt. Wer hätte vor 20 Jahren schon geglaubt, dass wir 2020 bereits 50 Prozent Ökostrom haben werden? Oder dass die Solarenergie die billigste Energieform wird?

### Ist die junge Generation bereit für einen Systemwechsel?

Ich denke schon. Für immer mehr Jugendliche spielen

Themen wie Umwelt- und Klimaschutz eine große Rolle. Das zeigt neben der stetig wachsenden veganen Bewegung auch das zunehmende Vermeiden von Plastik. Außerdem wird Ökostrom immer wichtiger und junge Menschen entscheiden sich bewusst fürs Fahrrad statt für einen Verbrenner.

### Wie kann der Einfluss jüngerer Menschen auf die Demokratie gestärkt werden?

Um mehr Einfluss auf die Demokratie zu nehmen ist Protestieren ein erster und wichtiger Schritt. Die Jugendlichen müssen aber auch ihr eigenes Verhalten überdenken und ändern. Dadurch erkennen sie die Schwierigkeiten, die einem als Klimaschützer in den Weg gelegt werden: Das gesamte ökonomische und regulative Umfeld ist gegen den Klimaschutz gerichtet. Daraus folgt die Erkenntnis, dass sich etwas ändern muss und sie selbst politisch aktiv werden. Es ist wichtig, dass diese Schritte aufeinander aufbauen. Das reine politische Fordern wird nicht gelingen.

### Was geben Sie der jüngeren Generation mit auf den Weg?

Junge Generation, seid mutig, macht Protest, legt die Finger in die Wunden und macht euer eigenes Lebensumfeld sauber. Vergesst aber nicht, dass es vor euch in der Gesellschaft schon viele gab, die das Gleiche erreichen wollten. Tretet mit den Älteren in Kontakt und holt euch Erfahrungen ein, warum es nicht gelungen ist.

### Was haben Sie mit 17 Jahren gemacht?

Ich will mal lieber mit 18 Jahren anfangen, denn da wurde bei mir die Saat gelegt. In meinem Abiturjahrgang haben wir die aufkommende Umweltbewegung diskutiert. Seitdem war ich davon vollständig erfasst. In meinen ersten Studienjahren habe ich gelernt, dass die Sonne jedes Jahr 20.000-mal Mehr Energie auf die Erde strahlt, als weltweit verbraucht wird. So war mir schon während der ersten Ölpreiskrise im Jahr 1973 klar, dass 100 Prozent Erneuerbare Energien die Lösung für die Welt sind.

„Junge Leute sprechen viel mehr über die Klimakrise und hinterfragen ihr eigenes Verhalten“



## Annika Rittmann, 17 Jahre, Studentin, Fridays for Future-Aktivistin

### Welche Rolle spielt das Thema Generationengerechtigkeit beim Kampf gegen die Klimakrise?

Viele begreifen die Klimakrise nicht als eine Gerechtigkeitsfrage zwischen den Generationen. Obwohl wir seit Jahrzehnten über den Klimawandel Bescheid wissen, haben die letzten Generationen nicht entschieden genug gehandelt. Auch jetzt, wo riesige Konjunkturpakete geschnürt werden, bleibt der Kampf gegen den Klimawandel auf der Strecke. Stattdessen werden völlig absurde und rückwärtsgewandte Diskussionen wie um die Abwrackprämie geführt. Meine Generation trägt dann nicht nur die Konsequenzen des Klimawandels, sondern muss sich in Zukunft auch mit einer rückwärtsgewandten Wirtschaft herumschlagen.

### Fühlen Sie sich von der älteren Generation im Stich gelassen?

Am Anfang unserer Proteste wurden wir gar nicht ernst genommen, da waren wir nur Schule schwänzende Kinder. Damit hat man uns vor allem in der Politik bewusst degradiert. Inzwischen ist das anders, wir fühlen uns von der älteren Generation wahrgenommen und auch respektiert. Immer mehr ältere Menschen unterstützen uns, wie das Engagement von ver.di oder den Parents- und Scientists for Future zeigt.

### Wie sieht Ihr konkretes Engagement für einen Wandel bei der Klimapolitik aus?

Abgesehen davon, dass wir Demonstrationen gehen, was in den letzten Jahren ja schon viel bewegt hat, suchen wir immer mehr auch den direkten Diskurs mit Politikerinnen und Politikern. Dadurch können wir unsere Positionen vortragen und mit konkreten Forderungen untermauern. Andere von uns gehen jetzt selbst in die Parlamente, sie fühlen sich durch die heutige Politik im Bundestag nicht repräsentiert. Für mich bleibt es aber weiter wichtig, den Protest auf die Straße zu bringen. In der Politik sind oft Kompromisse notwendig, die wir uns bei der Klimakrise schon lange nicht mehr leisten können.

### Die ältere Generation hat die Energiewende ins Rollen gebracht. Erkennen junge Menschen das noch an?

Ja klar, in den letzten 20 Jahren ist einiges passiert. Es ist

aber zugleich auch viel zu viel nicht passiert. Nicht ohne Grund steigen die CO<sub>2</sub>-Emissionen Jahr für Jahr an, das EEG hat nicht genug bewirkt. So gibt es immer noch zu viele Hürden für den Ausbau der Erneuerbaren. Es versteht schließlich niemand, warum man selbst erzeugten Solarstrom immer noch versteuern muss. Ich zahle ja auch nicht für Tomaten, die in meinem Garten wachsen. Das ist doch absurd.

### Ist die junge Generation selbst bereit für einen Systemwechsel?

Auf jeden Fall. Wir haben verstanden, dass sich etwas grundlegend ändern muss. Junge Leute sprechen viel mehr über die Klimakrise, setzen sich aktiv damit auseinander und hinterfragen ihr eigenes Verhalten. Natürlich hat das nicht dazu geführt, dass keiner mehr Auto fährt oder in ein Flugzeug steigt. Aber es wurde ein größeres Bewusstsein geschaffen. Ein umfassender Systemwechsel muss trotzdem von der Politik angestoßen werden, ohne Maßnahmen und Gesetze wird es nicht gehen. Dinge müssen ihren wahren Preis bekommen – Umweltschäden eingeschlossen.

### Wenn Sie in 30 Jahren von der jungen Generation gefragt werden, was Sie damals für den Klimaschutz getan haben – was antworten Sie?

Dass ich die größte Chance, die wir beim Kampf gegen die Klimakrise hatten, genutzt habe. Dass ich für den Klimaschutz auf die Straße gegangen bin und meine zukünftige Lebensgrundlage politisch eingefordert habe. Natürlich kann ich am Ende auch erzählen, dass ich nur noch nachhaltige Produkte gekauft habe und mich vegan ernährt habe. Das ist schön und gut, wird aber nicht den großen Wandel bringen.

### Was erwarten Sie von der älteren Generation?

Unterstützung bei unseren Protesten und Forderungen. Dann können wir gemeinsam der Politik zeigen, dass es sich bei der Klimakrise um ein generationenübergreifendes Problem handelt. Ich finde es außerdem wichtig, dass wir immer miteinander reden. Dadurch können wir viele Menschen aufklären, die das Thema noch nicht so auf dem Zettel haben. Und das kann auch die ältere Generation super leisten: miteinander sprechen, das Thema einbringen.



# Gut geteilt

Wer mitreden und mitbestimmen darf, ist zufriedener. Das gilt auch für den grundlegenden Wandel, den die Energiewende mit sich bringt. Die Menschen in Europa wollen ihn mitgestalten. Die Vielfalt der Akteure und Projekte bietet auch aus volkswirtschaftlicher Perspektive viele Chancen. *Petra Franke*

**K**limapolitik ist Bürgersache. Obwohl die Mehrheit der Gesellschaft längst die Marschrichtung erkannt hat, hat der Schwung der Bürgerenergie-Initiativen an Kraft verloren. Nach einem Boom vor rund zehn Jahren ist das Engagement in Deutschland zwar vielerorts ungebrochen, aber die Projekte sind schwieriger und langwieriger zu realisieren.

Bis vor wenigen Jahren konnten beispielsweise Windparks als Gemeinschaftsprojekte errichtet werden. Energieversorger, Kommunen und Bürger erwarben Anteile in Form von Kommanditanteilen oder nachrangigen Darlehen, gerechterweise je ein Drittel pro Akteur oder Gruppe. Dieses Modell wurde mit Einführung des Ausschreibungssystems massiv erschwert. Die Anforderungen für Nachrangdarlehen wurden strenger und schwerer zu erfüllen. Das finanzielle Risiko für die Projektentwicklung ohne späteren Zuschlag ist für Gemeinschaften, die nur ein Projekt entwickeln wollen, zu hoch.

Ein weiterer schwer verdaulicher Brocken für Windkraftprojekte sind die rigiden Definitionen für eine Bürgerenergiegenossenschaft. Die Gemeinschaften haben nicht selten Energieversorger, meist Ökostromanbieter, als Partner ins Boot geholt, um von deren Kompetenz zu profitieren. Das geht nun schon seit vielen Jahren nicht mehr. Sobald ein Unternehmen beteiligt ist, fallen die Erleichterungen für Bürgerenergiegenossenschaften weg. Doch längst gibt es neue Ideen. Eine davon ist das Angebot von günstigen Regionalstromtarifen.

Etwas leichter hatten es Photovoltaikprojekte. Als Bürgerenergiegenossenschaft ein mittelgroßes Projekt zum Beispiel auf einem Turnhallendach zu stemmen, war und ist relativ leicht. Doch auch hier droht Ungemach. In der EEG-Novelle 2021 ist geplant, die Ausschreibungspflicht auf Dachprojekte auszudehnen. Ein wichtiges Marktsegment, das der Gewerbedächer, droht einzubrechen.

## Neue Eigentumsverhältnisse sind Realität

Die Nutzung von Solarstrom in Mieterstromprojekten kam bisher kaum richtig in Schwung. Was eigentlich gut gemeint war, erwies sich als kompliziert und wenig wirtschaftlich. Eine große Ungerechtigkeit liegt unter anderem in der Belastung des selbst genutzten Mieterstroms mit der EEG-Umlage. Hausbesitzer mit einer kleinen Solaranlage müssen diese Umlage auf Eigenverbrauch nicht zahlen.

Ein großer Teil von Erneuerbaren-Anlagen wird seit Jahren von privaten Häuslebauern oder kleinen Gewerbetreibenden errichtet. Die Zeiten, in denen die Kraftwerke einigen wenigen Konzernen gehörten, sind längst vorbei. Die Eigentumsverhältnisse haben sich geändert. Inzwischen wird viel Strom gemeinschaftlich oder in Kleinstanlagen produziert. Über 800 Bürgerenergiegenossenschaften gibt es in Deutschland. Die Produktionsorte sind über das ganze Land verteilt, auf viele tausend Windstandorte und Millionen Dächer in allen Regionen. Damit fließen auch Steuereinnahmen in die Gemeinden und Kommunen, die wiederum Spielräume für die Bürger eröffnen.



FOTO: NICOLE ALLE

## Im Interview

### Dirk Vansintjan Pionier der europäischen Bürgerenergiebewegung

Malte Zieher vom Bündnis Bürgerenergie sieht neben der Teilhabe noch eine andere Dimension: „Mit dem Recht auf selbst produzierte Energie werden den Menschen Möglichkeiten eröffnet und Perspektiven aufgezeigt. Empowerment ist das Stichwort.“ Es ist ein Unterschied, ob die Energieversorgung ein stark geregeltes staatliches System ist oder ob sich jeder daran intensiv beteiligen und letztlich für sich selbst sorgen kann. So werden auch die Belange vor Ort von den Menschen gestaltet, die sie betreffen.

#### Energie schafft Perspektiven

Nur über den Stromgestehungspreis einer Anlage zu argumentieren, greift seiner Meinung nach zu kurz. Die Infrastrukturkosten werden oft vergessen. Je mehr vor Ort erzeugt und gleichzeitig verbraucht wird, desto weniger Strom muss transportiert werden. Ohne das Engagement der Bürger werden die Klimaziele aber niemals rechtzeitig erreicht, ist Zieher überzeugt. „In einem Szenario mit 100 Prozent Erneuerbaren Energien schaffen dezentrale Anlagen mehr Versorgungssicherheit“, sagt er. „Daher braucht es einen unterstützenden Regulierungsrahmen für Bürgerenergiegemeinschaften, wie ihn auch das Europarecht explizit einfordert.“

Klimaneutralität bis 2050 bedeutet einen gigantischen Ausbau der Erneuerbaren Energien. Die Solaranlagen und Windräder rücken zwangsläufig näher an Siedlungen und Verkehrswege. Nur wenn sie mit den Menschen vor Ort umgesetzt werden und nicht gegen sie, kann dieser Weg gelingen. Dazu gehören auch transparente Entscheidungs- und Genehmigungsprozesse und eine Flächenbereitstellung, die von Anwohnern als fair empfunden wird.

Die regulatorischen Rahmenbedingungen orientieren sich immer noch zu stark an den alten zentralen Erzeugungseinheiten. Akribisch werden Anlagenbegriffe, Abstandsregeln, Zusammenfassungsvorgaben und Obergrenzen definiert. An alten Regeln festzuhalten, die das zentrale Stromversorgungssystem hervorgebracht hat, behindert innovative Ansätze. Doch leider ist genau das seit vielen Jahren in Deutschland der Fall. Machtkämpfe kosten Kraft, wertvolle Zeit ist verstrichen.



FOTO: RESCOOP.EU

REScoop steht für Renewable Energy Sources Cooperatives. Unter diesem Namen agiert der europäische Verband für Bürgerenergiegenossenschaften. Dirk Vansintjan ist seit der Gründung 2013 Präsident des Verbandes. Für Erneuerbare Energien engagiert sich Vansintjan bereits seit Mitte der 80-er Jahre. 1991 war er Gründungsmitglied von Ecopower, einer Energiegenossenschaft mit aktuell fast 60.000 Mitgliedern. Vansintjan ist Experte für Gemeinschaftsenergie und engagiert sich in diversen Projekten auf europäischer Ebene. Sein Ziel: Eine Energiewende, die zu einer Demokratisierung der europäischen Energieversorgung führt. Welchen Blick hat er aktuell auf die Energie in Bürgerhand?

**Herr Vansintjan, welche europäischen Länder haben für die Bürgerenergie gute Rahmenbedingungen geschaffen?** Da möchte ich zwei Länder beispielhaft nennen. In Irland wurde ein eigenes Fördersegment für Energiegenossenschaften geschaffen, so dass die Kooperativen nicht mit anderen großen Projektierern konkurrieren müssen. Das Reglement stellt sicher, dass die Projekte tatsächlich von lokalen Gemeinschaften betrieben werden. Wenn die Genossenschaft an einer Ausschreibung für Gemeinschaftsprojekte teilnimmt, muss sie keine Erfüllungsgarantie leisten. ▶

In Griechenland verabschiedete das Parlament im Januar 2018 das erste nationale Gesetz in Europa zur Gemeinschaftsenergie. Dieses Gesetz definiert Energiegemeinschaften, ihre Gründungsbedingungen und die Regeln für die Gewinnverteilung. Es sieht Ausnahmen von der Teilnahme an Ausschreibungen vor. So haben Energiegemeinschaften als nichtkommerzielle, kleine, lokale Marktakteure in Ausschreibungsvergaben keine Nachteile.

#### Ist der Anteilserwerb an großen Projekten weit verbreitet?

Ja, dieses Instrument nutzen mittlerweile viele Länder und Regionen. Dabei müssen alle neuen kommerziellen Windkraft- und Photovoltaikprojekte den Anwohnern die Möglichkeit bieten, Anteile zu erwerben. In den Niederlanden beispielsweise sollen 50 Prozent jedes neuen Wind- oder Solarprojektes den lokalen Gemeinschaften angeboten werden. Die Kommunen übernehmen dabei eine wichtige Rolle bei der Koordinierung. Die Zahl der Genossenschaften ist in den letzten Jahren in den Niederlanden beachtlich gestiegen.

*Finanzierungen  
müssen leicht  
möglich sein.*

#### Welche Länder machen es kompliziert oder legen sogar Steine in den Weg der Bürgerenergie?

Die Entwicklung von Genossenschaften für Erneuerbare Energien hat sich vor allem dort verlangsamt, wo der Fokus auf marktorientierten Mechanismen wie Ausschreibungen liegt. Es gibt viele Anzeichen dafür, dass dadurch kleinere Marktakteure verdrängt werden. In Deutschland beispielsweise war das mit der Einführung der Ausschreibungen für Windkraftprojekte deutlich zu sehen. Aber es gibt auch Mitgliedsstaaten, in denen es noch gar keine Formen von Energiegemeinschaften gibt. In einigen Fällen werden nati-

onale Definitionen und Rahmenbedingungen geschaffen, die wenig oder gar keinen Kontext haben. Hier besteht die Gefahr des Missbrauchs der Konzepte durch große Marktakteure.

#### Genießt die Bürgerenergie in der EU den nötigen Stellenwert?

REScoop.eu begrüßt das EU-Paket für saubere Energie (CEP), das Ende 2019 verabschiedet wurde. Zum ersten Mal wurden aktive Energiebürger und -gemeinschaften als Akteure auf dem europäischen Energiemarkt anerkannt und unterstützt. Die europäischen Mitgliedstaaten müssen nun die Bestimmungen der Richtlinie über Erneuerbare Energien bis zum 30. Juni 2021 und die Bestimmungen der Elektrizitätsbinnenmarkttrichtlinie bis zum 31. Dezember 2020 in nationales Recht umsetzen. Trotz der Corona-Krise arbeiten die meisten Länder derzeit an ihrer Umsetzung. Viele Länder sind jedoch weit vom Ziel entfernt. Gegenwärtig erhalten wir viele Fragen, wie Energiegemeinschaften zu definieren sind, welche Aktivitäten sie unternehmen und wie sie reguliert werden sollen.

#### Was sind die nächsten Schritte, um Bürgerenergie in Europa zu stärken?

Die Mitgliedsstaaten arbeiten derzeit an den Definitionen von Erneuerbaren-Energie-Gemeinschaften und Bürger-Energie-Gemeinschaften in ihren nationalen Gesetzen. Wenn es richtig gemacht wird, können Bürger aktive Teilnehmer und Eigentümer der Energiewende werden und lokale Energieprojekte in ganz Europa florieren. Die Gestaltung geeigneter Rahmenbedingungen in allen europäischen Mitgliedsstaaten ist entscheidend für die Förderung von Gemeinschaftsenergie in ganz Europa. Auf der Hausaufgabenliste der EU steht aber auch, den Gemeinschaften den Zugang zu größeren Finanzierungsquellen zu erleichtern. Hier seien beispielhaft der Europäische Fonds für strategische Investitionen (EFSI) und Darlehen oder Garantien der Europäischen Investitionsbank genannt.

#### Warum ist Energie in den Händen der Bürger gerechter als ein zentralisiertes Energiesystem?

Da die Bürgerinnen und Bürger für den Übergang zu einem nachhaltigeren Energiesystem bezahlen werden, ist es nur fair, dass sie sich aktiv beteiligen. Darüber hinaus erhöht die direkte Bürgerbeteiligung die gesellschaftliche Akzeptanz. Dies wird entscheidend sein, wenn Anlagen näher an die Menschen herankommen. Schließlich fördern Energiegemeinschaften aufgrund ihres integrativen Charakters und ihrer Neigung, einen Teil ihrer Einnahmen wieder in ihre eigene Gemeinschaft zu reinvestieren, die Solidarität. Viele Gemeinschaften tragen auch dazu bei, die Energiearmut vor Ort zu beenden.

Das Interview führte Petra Franke.



FOTO: ENERGIEGENOSSENSCHAFT STARKENBURG EG



# Gerechte Lieferketten



## für die Energiewende

Wie viele andere Branchen benötigt auch die Energiewirtschaft Ressourcen. Doch die werden häufig unter unwürdigen und umweltschädlichen Bedingungen im Globalen Süden abgebaut. Vertreter der Erneuerbaren-Energien-Branche haben das erkannt und steuern dagegen. *Manuel Först*

Im letzten Jahr importierte Deutschland über 35 Millionen Tonnen Steinkohle, für Kraftwerke und die Industrie. Vor allem der Import aus Kolumbien steht in der Kritik. In den dortigen Minen kommt es regelmäßig zu Menschenrechtsverletzungen und erheblichen Umweltbelastungen. Auch der Abbau von Uran – dem Brennstoff für die Atomkraftwerke – ist mit schwerwiegenden Folgen verbunden. Vor allem die gesundheitlichen Schäden sind immens. Radioaktiver Staub und Abwasser verseuchen Grundwasser und Flüsse in der Umgebung der Minen. Regenerative Energieanlagen hingegen verbrauchen beim Betrieb keine Ressourcen. Rohstoffe werden lediglich für den Bau benötigt. Doch wo kommen diese her? Windräder etwa brauchen seltene Erden, sowie verschiedenste Metalle, wie Eisen, Stahl, Aluminium und Kupfer.

Noch werden metallische Rohstoffe überwiegend importiert – meist aus Entwicklungs- und Schwellenländern. Das Hilfswerk Misereor macht in einer im Jahr 2018 veröffentlichten Studie deutlich, dass Bergbauprojekte zur Gewinnung der Rohstoffe in zahlreichen Ländern mit Problemen einhergehen. Für die Rohstoffkonzerne selbst steht Profit oft an erster Stelle. Dazu kommen vielerorts schwache oder korrupte Regierungen, die sich nicht um die Belange von Menschen und Umwelt kümmern. Ein Beispiel ist Brasilien, wo 56 Prozent des in Deutschland benötigten Eisenerzes herkommt, der zu Eisen und Stahl verarbeitet wird. Für die größte Eisenerzmine des Landes, die Carajás-Mine, mussten riesige Regenwaldgebiete weichen. Die Arbeiten finden unter schlechter Bezahlung und hohem Arbeitspensum statt.

Einer der wichtigsten Bezieher von Eisen und Stahl ist das Industrieschergewicht Thyssenkrupp. Der Konzern fertigt auch Komponenten für Windkraftanlagen. Auf Anfrage von Misereor gibt Thyssenkrupp an, dass Lieferanten ökologische und soziale Mindeststandards bewahren und diese schriftlich bestätigen müssen. Dies werde regelmäßig überprüft und bei Verstößen sei eine außerordentliche Kündigung möglich. Trotzdem bezieht Thyssenkrupp heute noch Eisenerz aus der Carajás-Mine.

Freiwillige Selbstverpflichtungen reichen hier nicht aus. Es braucht ein wirksames Lieferkettengesetz. Arbeitsminister Hubertus Heil und Bundesentwicklungsminister Gerd Müller haben das erkannt und trieben in den vergangenen Monaten eine Gesetzesinitiative voran. Doch wie auch in der Energiepolitik trat das Wirtschaftsministerium auf die Bremse und versuchte das Gesetz zu verwässern. Ob sich Thyssenkrupp in Zukunft an ein wirksames und nachhaltiges Lieferkettengesetz halten muss, stand bis Ende September in den Sternen.

### Erneuerbare-Energien-Branche setzt sich ein

Der größte deutsche Windkraftanlagenbauer Enercon schließt den Kauf von Schlüsselkomponenten bei Thyssenkrupp aus, teilt Enercon auf Anfrage der energiezukunft mit. Bereits im Vorfeld würden potenzielle Lieferanten geprüft und bewertet. Sie werden zu Umweltschutz und Achtung der Menschenrechte verpflichtet. Das gelte auch für alle Sub-Lieferanten. Zwar sei der Versuch der Einflussnahme auf Lieferanten nicht immer leicht, so Enercon, aber Erfolge ►



FOTO: CHRISTO RAS AUF PIXABAY, PUBLIC DOMAIN



FOTO: RUTE MARTINS / WIKICOMMONS, CC-BY-SA 3.0

Immer größere Solaranlagen werden in Südafrika gebaut, doch noch dominieren Kohlekraftwerke

bereits sichtbar, auch beim Abbau seltener Erden. 90 Prozent der seltenen Erden, wie Neodym und Dysprosium, kommen aus China und sind vor allem für die Turbinen der Windkraftanlagen relevant. Auch aus chinesischen Minen sind menschenunwürdige und umweltschädliche Bedingungen bekannt. Doch Enercon pocht auf eine transparente Unternehmenspolitik der chinesischen Zulieferer, die Informationen über Prozesse und Bedingungen bei der Förderung der Rohstoffe bereitstellen und verifizieren müssen. Der ständige Austausch mit China läuft gut, berichtet Enercon. Es gebe nachvollziehbare und tiefe Einblicke in die Abbau- und Produktionsprozesse.

Auch der Reduzierung und dem Recycling von Rohstoffen nimmt sich die Branche verstärkt an. Siemens sei es gelungen, in ihren Windkraftturbinen den Dysprosium-Anteil von fünf auf unter ein Prozent zu reduzieren. Einige Windkraftanlagen von Enercon kommen sogar ganz ohne Dysprosium und Neodym aus. Beim Repowering, einem Verfahren, bei dem alte Windkraftanlagen am selben Standort durch neue, leistungsstärkere ersetzt werden, nimmt Enercon bei Bedarf Altanlagen vom Betreiber zurück. Die Komponenten werden wiederaufbereitet und dienen als Ersatzteile für andere Anlagen. Alte Anlagen werden oft nach dem Ende ihrer Förderung abgebaut, wenn sie nach 20 Jahren aus dem

EEG fallen. NATURSTROM sieht aber auch Vorteile im Weiterbetrieb alter Anlagen. Der Strom wird gezielt zur Belieferung von Haushalts- und Gewerbekunden eingesetzt. Wirtschaftlich lohnt sich das für den Ökostromer und es schont gezielt Ressourcen.

### Grüner Wasserstoff für Deutschlands Energiewende?

Mit einer groß angelegten Wasserstoffstrategie will die Bundesregierung nun vor allem Industrie und Schwerlastverkehr grüner machen. Auch ThyssenKrupp will seine Produktion langfristig auf grünen Wasserstoff umstellen. Doch unter den aktuellen Ausbaubedingungen reichen Erneuerbare Energien aus Deutschland dafür nicht aus. Bis 2030 müssten sogar über 90 Prozent des Wasserstoffs importiert werden. Die Bundesregierung hat dafür sonnen-, wind- und wasserreiche Gegenden im Globalen Süden in den Blick genommen, wo der Strom sehr günstig erzeugt und in Wasserstoff umgewandelt werden kann. Um nicht Fehler der Vergangenheit zu wiederholen, hat die Stiftung Brot für die Welt in einer groß angelegten Studie Nachhaltigkeitskriterien für grünen Wasserstoff aus dem Globalen Süden erarbeitet. Es muss den Menschen vor Ort nützen und nicht schaden, mahnt Joachim Fünfgelt, einer der Autoren der Studie. „Grundsätzlich ist es erstmal wichtig, sich gemeinsam mit den Menschen vor Ort die Situation anzuschauen.

Wie lebt die Bevölkerung, was sind die Potenziale, was die Vorbehalte“, so Fünfgelt. Viele Menschen im Globalen Süden haben keinen gesicherten Zugang zu Energie. An solchen energiearmen Orten Großkraftwerke für den Export aufzubauen würde Nachhaltigkeitskriterien widersprechen. Doch genau solch ein Projekt droht der Demokratischen Republik Kongo. Der Afrika-Beauftragte von Bundeskanzlerin Angela Merkel, Günter Nooke, treibt die Planung eines riesigen Staudamms in dem Land voran. Der daraus gewonnene Strom aus Wasserkraft würde in Stromleitungen, quer durch den Urwald, an die Küste Kongos geleitet, dort per Elektrolyse zu Wasserstoff verarbeitet und nach Deutschland verschifft werden. Nur wenig Strom würde in die lokale Nutzung fließen. Und nicht nur das, für den Staudamm müssten voraussichtlich 37.000 Menschen umgesiedelt werden. Enorme ökologische und ökonomische Schäden wären die Folge. Fischer etwa müssten mit erheblichen Einbußen rechnen. „Dieser Staudamm wäre ein Beispiel dafür, dass Nachhaltigkeitskriterien für die Bundesregierung wenig bis keine Rolle spielen“, sagt Fünfgelt.

In Südafrika ist derzeit die Kohlekraft das Problem. Rund 90 Prozent der Stromversorgung stammt dort aus der Ver-

feuerung von Kohle. Dabei sind Wind und Sonne reichlich vorhanden. Deutschland müsste erst einmal helfen, den Anteil Erneuerbarer Energien für den lokalen Gebrauch zu erhöhen, bevor darüber nachgedacht wird, Solar- und Windkraftanlagen für den Export von grünem Wasserstoff zu bauen, fordert Brot für die Welt. Auch Teilhabe und Unterstützung der Bevölkerung vor Ort sind wichtige Kriterien. „Im besten Fall profitiert die lokale Bevölkerung, etwa durch Bildungsprogramme und neue Jobs“, so Fünfgelt. Unterstützung erhält Brot für die Welt aus dem Umwelt- und Entwicklungsministerium. Das BMZ teilte bereits die Sorge, dass lokale Belange bei dem Staudammprojekt im Kongo zu wenig Beachtung finden. Das Bundeswirtschaftsministerium hingegen steht dem Projekt grundsätzlich positiv gegenüber. Während die Erneuerbare-Energien-Branche und zivilgesellschaftliche Organisationen nachhaltige Lieferketten vorantreiben, sträuben sich einige Wirtschaftspolitiker der Union und Industrievertreter noch. Dabei haben die Befürworter strenger Regelungen die große Mehrheit der Bevölkerung hinter sich. Einer Umfrage von infratest dimap zufolge sprechen sich mehr als Dreiviertel der Deutschen für ein wirksames Lieferkettengesetz aus – gegen menschenunwürdige und umweltschädliche Bedingungen im Globalen Süden.

 **grundstoff.net**  
FAIRE KLEIDUNG ONLINE BESTELLEN

100% faire & ökofaire Kleidung ✓

preiswert & große Auswahl ✓

superschnelle Lieferung ✓

kostenloser Versand ✓

FAIR  
FASHION  
BASICS



[www.grundstoff.net](http://www.grundstoff.net)



Bild: Continental Clothing Company



Vor 41 Jahren begann der Bau des Atomkraftwerks „Schneller Brüter“ in Kalkar am Niederrhein. Das AKW ist nie ans Netz gegangen und wurde eine der teuersten Investitionsruinen Deutschlands

# „Eine Aufgabe, die wir gesamtgesellschaftlich schultern müssen“

Wie findet man ein Endlager für hochradioaktiven Atommüll? Vorbilder für diese heikle Aufgabe sind nicht vorhanden, aber die Suche unvermeidlich. Nun kehrt mit der Auswahl von potenziellen Endlagerstandorten das Thema zurück ins Bewusstsein der Öffentlichkeit.

In elf Jahren soll es soweit sein, dann steht ein Standort für den hochradioaktiven Atommüll in Deutschland fest. Der Bau wird noch einmal zwei Jahrzehnte in Anspruch nehmen. Ein ähnliches Mammutprojekt hat Deutschland noch nicht gesehen, es ist ein gesellschaftliches Experiment ohne Alternative und wird im Ausland mit Interesse beobachtet. Allein die Finnen haben einen Standort für ihr Atommüllendlager gefunden, die restlichen Atomnationen befinden sich derzeit im Suchverfahren oder stehen noch am Anfang.

In Deutschland leiteten Politik und Zivilgesellschaft mit der Endlagerkommission 2014 den Neustart der Standort-suche ein, nachdem der Konflikt um das von der Politik auserkorene Bergwerk Gorleben eskaliert war. 2016 legte die Kommission bestehend aus Wissenschaftlern, Gewerkschaftlern, Industrievertretern, Vertretern der Umweltverbände und Religionen sowie Politikern aus Bund und Ländern, die kein Stimmrecht besaßen, ihren Abschlussbericht vor. Ein Jahr später wurde das Standortauswahlgesetz umfassend überarbeitet. Es bildet die Grundlage für die Suche nach einem Endlager. Darin haben die Parteien im Bundestag in kaum gekannter Einigkeit beschlossen, in einem „partizipativen, wissenschaftsbasierten, transparenten, selbsthinterfragenden und lernenden Verfahren“ den Standort mit der bestmöglichen Sicherheit zu finden.

So steht es im Gesetz. Bestmöglich heißt: Die Gewährleistung des dauerhaften Schutzes von Menschen und Umwelt vor ionisierender Strahlung und sonstigen schädlichen Wirkungen dieser hochradioaktiven Abfälle – für einen kaum fassbaren Zeitraum von einer Million Jahren. Dafür wurde die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) ins Leben gerufen, die die Suche durchführen, das Endlager bauen und betreiben soll. Als Aufsicht fungiert das neu gegründete Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE), das zusätzlich die Öffentlichkeitsbeteiligung durchführt. Das ebenso neu geschaffene Nationale Begleitgremium (NBG) kann als zivilgesellschaftlicher Akteur alle Schritte überprüfen und eigene Gutachten in Auftrag geben.

Nachdem die BGE drei Jahre lang alle verfügbaren geologischen Daten in Deutschland ausgewertet hat, liegen mit dem Zwischenbericht seit Ende September erstmals mögliche Endlagerstandorte auf dem Tisch. In den kommenden Jahren wird die Bundesgesellschaft die potenziellen Standorte in 90 Regionen Deutschlands durch Sicherheitsuntersuchungen immer weiter eingrenzen, in Regionalkonferenzen vor Ort die Entscheidungen überprüfen – und am Ende werden die Volksvertreter im Bundestag den in Deutschland am besten geeigneten Standort gesetzlich festlegen. Derzeit beraten in der ersten Phase der Öffentlichkeitsbeteiligung Bürger in vier Fachkonferenzen bis Juni 2021 über den Zwischenbericht und schlagen Änderungen vor.



## Im Interview

# Sylvia Kotting-Uhl sitzt seit 15 Jahren für die Grünen im Bundestag

Sylvia Kotting-Uhl hat als treibende Kraft die Endlagerkommission geprägt und am Standortauswahlgesetz mitgeschrieben. Aktuell ist sie Vorsitzende des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Nukleare Sicherheit im Bundestag.

**Frau Kotting-Uhl, Sie haben den Widerstand gegen Gorleben miterlebt und kennen die Debatte um die Endlagerung. Wenn Menschen sich schon vor einem Windrad in der Nähe ihrer Siedlung fürchten, wie kann man Ihnen dann die Angst vor einem Endlager für hochradioaktiven Abfall vor ihrer Haustür nehmen?**  
Das wird eine Aufgabe des Verfahrens sein, den Menschen die Angst zu nehmen – mit dem Argument, dass wir sehr sorgfältig den bestmöglichen und sichersten Standort in Deutschland suchen. Die Frage, ob wir solch ein Endlager haben wollen oder nicht, stellt sich nicht. Wir sind vor Jahrzehnten in die Atomkraft eingestiegen, haben unglaublich viel Müll produziert und der muss nun im eigenen Land gelagert werden, das ist der Preis. Insofern ist das eine Aufgabe, die wir gesamtgesellschaftlich schultern müssen, die aber am Ende eine Region ganz besonders trifft.

**Haben Ministerien und Behörden aus dem jahrzehntelangen Konflikt um einen Atommüll-Standort gelernt?**  
Diejenigen, die das Standortauswahlgesetz entwickelt haben, haben gelernt. In der Kommission haben sich Abgeordnete zusammen mit der Zivilgesellschaft und Wissenschaftlern sowie Bunderatsmitgliedern zwei Jahre lang mit den Problemen befasst, haben nochmal betrachtet was bei Gorleben, der Asse und bei Morsleben falsch lief und sich gefragt, wie es dazu kommen konnte. Wir haben uns auch internationale Verfahrensweisen angesehen, verschiedene Länder besucht – die Schweiz, Schweden und Finnland – die alle faktisch ein Stück weiter sind als wir. Diese Länder haben jedoch alle Verfahren, die für Deutschland nicht ausreichen: Zu wenig Transparenz, zu wenig Beteiligung oder kein wirklich gründliches Auswahlverfahren. Das müssen wir besser machen, weil wir in Deutschland eine besondere Sensibilität für das Thema Atomkraft haben. Das kommt zum einen aus dem langen und erfolgreichen

Widerstand gegen die Atomkraft, zum anderen aber auch aus dem Behördenversagen im Zusammenhang mit Endlagern. Standorte wurden willkürlich ausgewählt, Asse und Morsleben sind gescheitert. Diese Erfahrungen sind in das neue Standortauswahlgesetz eingeflossen. Jetzt wird großflächig gesucht, partizipativ und lernend – ein Begriff, der normalerweise in Gesetzen nicht vorkommt. Das ist Neuland und ein Wagnis.

**Die Grünen mahnten im August Bundesländer wie bspw. Bayern davor, die Endlagersuche nicht zu torpedieren indem sie erklären, in ihrem Bundesland werde es kein Endlager geben. Wie steht es um den Konsens?**  
Es gab den Konsens beim Beschluss des Standortauswahlgesetzes. Das ist von allen Ländern unterschrieben und darin sind Kompetenzen und Entscheidungsgewalt auf die Bundesebene verlagert worden. Aus gutem Grund, weil wir nicht wollten, dass ein Land anfängt, durch Verweigerung von Genehmigungen das Verfahren zu boykottieren. Insofern ist so eine Festlegung im bayerischen Koalitionsvertrag, dass das in Bayern nichts wird, einfach nur dumm. Und sie werden schauen müssen, wie sie da wieder rauskommen – weil auch in Bayern jetzt vermutlich Orte ausgewiesen werden, in denen obertägig erkundet wird.

**Im Sommer hatte nicht nur der Umweltverband BUND, sondern auch das Nationale Begleitgremium ein Moratorium für das Suchverfahren gefordert. Treiben Politik und Bundesbehörden das Verfahren zu schnell voran?**

Es ist richtig, jetzt im Zeitplan zu bleiben. Wir erleben bereits wie einzelne Wahlkreisabgeordnete, die sich dieser uns selbst gesetzten Aufgabe nicht verpflichtet sehen, in der Presse verkünden, sie werden alles dafür tun, dass der eigene Wahlkreis nicht betroffen ist. Das ist genauso dumm wie die Festlegung in Bayern, weil der Abgeordnete darauf keinen Einfluss hat. Aber diese Versuche werden, je näher die Bundestagswahl rückt, umso stärker werden. Daher ist es gut, dass wir mit der Veröffentlichung des Berichts im Herbst immerhin noch ein Jahr Abstand zur Bundestagswahl haben. ▶



FOTO: AUSGESTRAHLT / GLIBBER-AKTION ENDLAGER IN DESSAU / FLICKR / (CC BY 2.0)

**Wie wird die Partizipation der Bürger gewährleistet und mit welchen Konflikten rechnen Sie?**

Bisher hatten wir die sogenannte weiße Landkarte, bis auf Gorleben fühlte sich vermutlich keiner betroffen. Jetzt gibt es die erste Unterscheidung. Da wird sich zeigen, ob die betroffenen Menschen sich vom Verfahren überzeugen lassen, es als fair und gerecht wahrnehmen. Wir brauchen am Ende einen Standort, diese Wahrheit muss vermittelt werden, wir kriegen den Müll nicht weg. Diesmal gehen wir wissenschaftlich vor: keine politische Entscheidung, auch nicht der größte Widerstand oder die größte Akzeptanz entscheiden, sondern ausschließlich wissenschaftliche Kriterien. Wenn wir damit überzeugen können, dann ist die erste Bewährungsprobe bestanden. Es wird sicherlich eine Herausforderung für die BGE. Die Menschen in den betroffenen Regionen haben das Recht, das Verfahren zu kontrollieren, was ebenfalls eine Herausforderung ist. Sie können sich eigene Experten heranziehen, ab der zweiten Phase gibt es Gelder für die geplanten Regionalkonferenzen. Das Ganze ist eine hochkomplexe Aufgabe, für die nicht jeder Zeit haben wird. Das nationale Begleitgremium wacht darüber, ob das Verfahren gesetzesgemäß und transparent durchgeführt und die Partizipation gewährleistet wird.

**Ist für die Kommune, auf die der Endlager-Standort fällt, ein Entschädigungsmechanismus vorgesehen?**

Ja, aber nicht ausformuliert. Die Idee ist, dass die Regionalkonferenzen selbst entwickeln sollen – auch gerne im Austausch miteinander, dafür gibt es den Rat der Regionen – unter welchen Bedingungen sie die Entscheidung annehmen können. Ob das dann bspw. ein großes wissenschaftliches Zentrum für Energieforschung wird und eine Art Energiecluster entsteht oder ob es eine materielle Entschädigung sein soll: Da sind in kleinen Brainstorming-Gruppen schon ganz großartige Ideen entstanden. Das sollte man den Menschen selbst überlassen und nicht aus dem politischen Raum heraus bestimmen. Sonst bekommt das leicht einen Bestechungscharakter. Allerdings gibt es ja kein Vetorecht.

**Der wirtschaftlich dickste Brocken der Atomkraft kommt zuletzt: Die Kosten für Suche, Bau und Betrieb des Endlagers. Die Atomkonzerne haben dafür 24 Milliarden Euro in einen öffentlichen Fonds eingezahlt und sich von ihrer Verantwortung freigekauft. Reicht das Geld?**

Das Wort freigekauft gefällt mir ehrlich gesagt nicht, weil ich es richtig finde, dass die Atomkonzerne keinen Finger mehr in der Endlagersuche haben. In der Schweiz hat die Nagra, eine fast ausschließliche Tochter der AKW-Betreiber, das Verfahren in der Hand. Aber auch wenn nur die Finanzierung in der Hand der Konzerne bleibt, werden diese immer versuchen, den Preis zu drücken. Das wollten wir beenden, daher gibt es den öffentlich-rechtlichen Fonds. Ich war zu Beginn mit im Kuratorium, das Geld ist nach Nachhaltigkeitskriterien angelegt und verzinst sich bereits jetzt erstaunlich gut, es sind schon etliche Milliarden dazugekommen. Ich würde mal sagen, die Chancen stehen gut, dass das Geld am Ende reicht. Wenn der Fonds nicht reicht, muss der Staat den Rest finanzieren, das ist so. Der Einstieg in die Atomkraft war teuer, das sieht man erst am Ende.

*Das Interview führte Nicole Allé.*



FOTO: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN NRW / FLICKR.COM / CC BY-SA 2.0

# Donk-EE wächst

Exklusives Flatrate-Angebot für E-Bike, E-Roller und E-Lastenrad

Donk-EE ist Europas größtes E-Lastenfahrzeug-Verleihsystem in einer Stadt. Und die Nachfrage steigt. Immer mehr Kölnerinnen und Kölner nutzen die Mieträder, um sich schnell, flexibel und umweltfreundlich durch die Stadt zu bewegen. Donk-EEs Angebot wächst ebenso.

Ab sofort gibt es zum Sharing-Angebot für E-Lastenräder zusätzlich eine Flatrate für E-Bikes, E-Roller und E-Lastenräder – ob für Gewerbetreibende, die ein E-Lastenrad zur Auslieferung von Waren verwenden, oder für Privatpersonen, die regelmäßig Strecken mit dem E-Zweirad zurücklegen möchten. Die Mieträder können monatlich gebucht werden und stehen den Kundinnen und Kunden exklusiv zur Verfügung. Praktisch dabei: Ist etwas am Rad kaputt, übernimmt Donk-EE die Reparatur oder tauscht das Fahrzeug aus – dieser Reparaturservice

ist in der Flatrate enthalten. Fahren kann man mit den Rädern in ganz NRW.

„Wir freuen uns über die positive Resonanz und darüber, dass wir unser Angebot nun erweitern konnten. Mit den Mieträdern leisten wir einen wirkungsvollen Beitrag zum Klimaschutz, indem wir geteilte 2-Rad-Elektromobilität in die Städte bringen,“ sagt Ernst Raupach, Leiter der Abteilung Mobilitätslösungen bei NATURSTROM und Green-Moves-Geschäftsführer. Die NATURSTROM-Tochter bietet die Sharingfahrzeuge unter der Marke Donk-EE in Köln an. (kf)

Weitere Informationen: ■ [donk-ee.de/flatrate](https://donk-ee.de/flatrate)



## Ihre Rendite aus Sonnenstrom

Investieren Sie jetzt in den Solarpark Bockenem.

- Schon ab 500 Euro
- 2 Jahre Laufzeit
- 3 Prozent Zins

Informationen zum Projekt:  
[www.klimaschwarm.de](https://www.klimaschwarm.de)



klimaschwarm

Hinweis: die Geldanlage ist mit erheblichen Risiken verbunden und kann zum vollständigen Verlust des eingesetzten Kapitals führen.

## Neu im Angebot: die wallbox professional

Zu Vorzugskonditionen bietet NATURSTROM Wallboxen für das sichere und schnelle Laden von Elektrofahrzeugen – und nun auch eine Lösung, die für Privatpersonen und Gewerbetreibende gleichermaßen interessant ist.



Bislang gibt es für Kundinnen und Kunden von NATURSTROM bereits attraktive Kaufangebote für die Modelle AMTRON® Compact und AMTRON® Xtra des Qualitätsherstellers MENNEKES. Sie bieten die Möglichkeit, ein Elektroauto daheim ohne vorherige Freischaltung aufzuladen. Je nach Modell auch in Kombination mit einer PV-Anlage.

Mit der AMTRON® Professional erhalten Sie nun zudem eine Ladelösung, die überall dort eingesetzt werden kann, wo Ladeverbräuche eines Fahrzeugs erfasst werden müssen oder ein Schutz vor unberechtigtem Zugriff notwendig ist. Die Freischaltung erfolgt mittels RFID- Ladekarte, so dass keine ungewünschte Nutzung durch Dritte möglich ist. So können am eingebauten MID-zertifizierten Energiezähler bspw. die mit einem Elektro-Dienstwagen am privaten Hausanschluss geladenen Energiemengen abgelesen werden, um sie im Anschluss zur Erstattung dem Arbeitgeber mitzuteilen.

Die AMTRON® Professional lässt sich zudem – auch nachträglich – mit anderen Wallboxen gleicher Bauart vernetzen und in einem Lastmanagement-System betreiben. Somit ist sie auch für Unternehmen geeignet, die aktuell erste Elektrofahrzeuge anschaffen und auf der Suche nach einer später erweiterbaren Lösung sind. Sollte für privat geladene Dienstwagen oder die Flotte am Unternehmensstandort eine Dokumentation und Nutzerzuordnung von Ladevorgängen nötig sein, lässt sich die **wallbox professional** auch in eine Backend-Software einbinden.

Alle angebotenen Wallboxen können online unter [www.naturstrom.de/wallbox](http://www.naturstrom.de/wallbox) bestellt werden. Sollten Sie bereits heute eine größere Anzahl an Ladepunkten benötigen, erstellen wir Ihnen gerne ein individuelles Angebot inklusive Installation, Lastmanagement, Backend-Anbindung und Betriebsdienstleistungen. (kf)



Outdoor   Trekking   Bergsport   Freizeit



**UNTERWEGS**  
Spezialist für Reiseausrüstung  
[www.unterwegs.biz](http://www.unterwegs.biz)



# Ökologischer Urlaub auf der Sonnenseite der Alpen

Mitten in den Apfelgärten des Vinschgaus liegt auf etwa 700 Meter Höhe die Marktgemeinde Schlanders. Hier betreibt die Familie Vill in vierter Generation ihren Bio-Bauernhof Vill, zu dem auch ein Reiterhof und das Landhotel Anna gehören: ein naturnahes Ferienparadies vor der eindrucksvollen Kulisse der Südtiroler Alpen.



Das Bio-Landhotel Anna ist ein privat geführtes Haus mit 20 Zimmern und familiärem Ambiente. Es liegt ruhig und doch zentral im alten Ortskern von Schlanders. Die Fußgängerzone des malerischen Städtchens ist in wenigen Minuten zu Fuß erreichbar. Das Hotel gehört zur Gruppe der BIO HOTELS, die für hohe Bio-Standards stehen und zu den branchenweiten Vorreitern bei den Themen Nachhaltigkeit und Klimaschutz zählen.

In allen Zimmern des Hotels genießen die Gäste freien Ausblick auf die Bergwelt Südtirols. Das kulinarische Motto des Hauses lautet „Bewusster Genuss“. In der Küche wird vorwiegend mit regionalen und selbst angebauten Zutaten gearbeitet, natürlich in Bio-Qualität. Auf den Tisch kommen typische Südtiroler Gerichte wie Speckknödel und Schlutzkrapfen oder köstliche Apfelgerichte mit Äpfeln aus dem eigenen Obstgarten.

Der Vinschgau ist Teil des Südtiroler Etschtals und als Tal der Feinschmecker bekannt und bietet zugleich so viel mehr: Mit mehr als 300 Sonnentagen pro Jahr ist der Vinschgau ein Garant für gutes Wetter und ein Paradies für Outdoor-Abenteurer. Egal ob Wandern, Mountainbiken, Klettern, Bergsteigen oder Rafting – hier ist man draußen zuhause. Neben unberührter Natur bietet das Tal eine reiche Tradition und sehenswerte, kulturelle Besonderheiten wie Kirchen und Burgen. Die historische Kulturregion präsentiert Zeugnisse von der Antike über das Mittelalter bis heute. Zudem finden Sie hier Museen wie das Messner Mountain Museum auf Schloss Juval.

Wer das Landleben sucht, muss im Landhotel Anna nicht weit laufen: Der Reiterhof Vill liegt direkt neben dem Hotel

und bietet Bauernhof-Feeling pur. Die Haflinger Pferde der Familie werden in offenen Ställen gehalten und können jederzeit besucht werden. Ein ganz besonderes Erlebnis sind die geführten Ausritte. Auf Almwiesen und schmalen Waldwegen bauen die Gäste eine enge Verbindung zum Tier auf und erleben die einmalige Landschaft Südtirols aus einer neuen Perspektive.

Wem nach noch mehr Action und Pferdestärken zumute ist, der kann aufs E-Motorrad umsatteln. Die Familie Vill betreibt zusammen mit BMW das europaweit erste Elektro-Motorrad-Testcenter für Straßenfahrzeuge. Auf geführten Touren mit bis zu sechs Gästen genießen die Gäste verantwortungsvollen Fahrspaß in einer eindrucksvollen Gebirgslandschaft.

## BIO HOTELS – mehr als Hotel

In dieser energie-zukunft-Ausgabe verlost NATURSTROM fünf Nächte für zwei Personen im Bio-Landhotel Anna, das zusammen mit rund 80 weiteren Betrieben zum Verein BIO HOTELS zählt. Was die einzigartige Hotelvereinigung verbindet, ist die Überzeugung für eine nachhaltige Lebensweise. Die BIO HOTELS bieten mehr als Hotel, stehen für Achtsamkeit und neue Visionen, was zukunftsfähiges Wirtschaften angeht.

Weitere Infos zum nachhaltigen Reisen unter

■ [www.biohotels.info](http://www.biohotels.info)

...mit NATURSTROM und BIO HOTELS

Gewinnen Sie eine Reise für zwei Personen ins Bio-Landhotel Anna  
Weitere Infos auf der Karte in der Heftmitte...

Mitmachen  
und  
gewinnen

# „In Bangladesch erleben die Menschen den Klimawandel hautnah“

Seit 2008 arbeitet NATURSTROM mit der ANDHERI HILFE zusammen. Über 4.000 Solar-Home-Systeme konnten so gemeinsam in Bangladesch errichtet werden. Wir haben mit Elvira Greiner, erste Vorsitzende der ANDHERI HILFE, über Klimaschutz und die Energiewende vor Ort gesprochen.



## Frau Greiner, wie steht es aktuell um die Energiewende in Bangladesch?

Die aktuelle Regierung Bangladeschs verfolgt eine Kohle- und Atomenergiestrategie; eine Energiewende ist nicht erkennbar. Das ist schade. Zahlreiche unabhängige Studien belegen, dass Bangladesch seine Energieversorgung bis zum Jahr 2050 zu 100 Prozent aus Erneuerbaren Energien gewinnen könnte. Darüber hinaus würden im Jahr 2050 in Bangladesch rund 500.000 zusätzliche Arbeitsplätze im Energiesektor entstehen, wenn das Land ausschließlich Erneuerbare Energien nutzen würde.

## Wie hat sich durch den Klimawandel das Leben der Menschen verändert?

Leider verschlechtern sich die Lebensbedingungen in Bangladesch permanent. Während der Regenzeit treten die Flüsse über die Ufer, manchmal drückt das Meereswasser gleichzeitig ins Land. Gerade in den letzten Monaten erlebte das Land wieder eine furchtbare Flut – kaum wahrgenommen hier bei uns: Etwa ein Drittel des Landes stand unter

Wasser. Und gleichzeitig werden die Dürreperioden immer häufiger und heftiger. All die Menschen, die von der Landwirtschaft abhängig sind – und das sind viele Millionen – werden immer verwundbarer.

## Worin unterscheidet sich das Klimaschutzbewusstsein in Deutschland von dem in Bangladesch?

Hier bei uns mussten erst die jungen Menschen auf die Straße gehen, damit das Klimaschutzbewusstsein einen Schub bekam. In Bangladesch brauchen die Menschen keine Demos. Sie erleben die Folgen des Klimawandels hautnah. Und sie sind diesen Katastrophen – gleich ob Überflutung oder Dürre – schutzlos ausgeliefert. Mich hat ein Foto der Flut vor wenigen Wochen zutiefst berührt: Vier Männer tragen eine hoch schwangere Frau auf einer Bahre durch die Fluten, versuchen eine Klinik zu erreichen. Das ist Alltag in Bangladesch!

## Weitere Informationen

■ [www.naturstrom.de/privatkunden/referenzkunden/andheri-hilfe-ev](http://www.naturstrom.de/privatkunden/referenzkunden/andheri-hilfe-ev)

## Impressum

Herausgeber und V.i.S.d.P.:  
NATURSTROM AG, Vorstand Dr. Thomas E. Banning

Redaktion energiezukunft  
Kronenstraße 1, 10117 Berlin  
Telefon Kundenservice: 0211 77900-100  
E-Mail: [energiezukunft@naturstrom.de](mailto:energiezukunft@naturstrom.de)  
Internet: [www.naturstrom.de](http://www.naturstrom.de)  
[www.energiezukunft.eu](http://www.energiezukunft.eu)



[www.blauer-engel.de/uz195](http://www.blauer-engel.de/uz195)

Dieses Druckerzeugnis wurde mit dem Blauen Engel ausgezeichnet.

Chefredaktion: Nicole Allé  
Redaktion: Joschua Katz, Manuel Först, Petra Franke

Autoren: Nicole Allé (na), Joanna Albrecht (ja), Dominique Czech (dc), Nina Fiedler (nf), Katja Flock (kf), Manuel Först (mf), Petra Franke (pf), Philipp Fuchs (pf), Lucas Heimbach (lh), Christina Hocke (ch), Joschua Katz (jk), Sven Kirrmann (sk), Christina Lenzen (cl), Tim Loppe (tl), Diana Soth (ds), Moritz Schröder Therre, Reiner Trometer, Vincent Welsch, Nicolas Weisensel (nw)

Anzeigenleitung: Julia Wähler  
Art Direktorin/Grafik: Angelika Boehm

Titelbild: © NATURSTROM AG / Foto: Leon C. Greiner

Produktion/Druck:  
dieUmweltDruckerei GmbH  
Sydney Garden 9, Expo-Park  
30539 Hannover



Auflage: 207.000 Exemplare

Hinweis: Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Beiträge zu kürzen.

Gender-Erklärung: Aufgrund der besseren Lesbarkeit verwenden wir in den meisten Artikeln nur die männliche Form, die weibliche Form ist selbstverständlich immer mit eingeschlossen. Die verkürzte Sprachform hat nur redaktionelle Gründe und beinhaltet keine Wertung.

Gedruckt auf Lenza Top Recycling Pure (100% Altpapier, zertifiziert mit dem blauen Umweltengel) mit Bio-Farben (zu 99% mineralölfrei).



**Mehrere Freunde überzeugt?**  
Gewinnen Sie zusätzlich eine SONNENGLAS® Solarlaterne: [naturstrom.de/kwk](http://naturstrom.de/kwk)

## ... lohnt sich!

Jede erfolgreiche Empfehlung von **naturstrom** oder **naturstrom biogas** belohnen wir mit einer attraktiven Prämie:



1

### 30-€-Gutschrift

Die Gutschrift wird mit Ihrer nächsten Verbrauchsabrechnung verrechnet.



2

### 50 € für Solaranlagen in Bangladesch

Wir spenden Ihre 30-€-Prämie\* + 20 € für ein Projekt der ANDHERI HILFE e. V., das Familien mit Solarlicht versorgt. Über 4.000 Solaranlagen wurden bereits installiert.



3

### 50-€-Gutschein für Rapunzel Naturkost

Der Gutschein gilt für das ganze Sortiment in bester Bio-Qualität: [www.rapunzel.shop](http://www.rapunzel.shop)



4

### NATURSTROM-Rucksack

Der Rucksack im exklusiven NATURSTROM-Design mit 25 Liter Volumen wird vom Qualitätshersteller Deuter produziert.



5

### 40-€-Gutschein für ECO Brotbox

Freuen Sie sich auf fair und klimaneutral produzierte Brotboxen, Trinkflaschen und mehr aus Edelstahl: [www.ecobrotbox.de](http://www.ecobrotbox.de)



6

### 50-€-Gutschein für memolife

Wählen Sie aus über 20.000 sorgfältig ausgewählten Produkten aus, die das Leben nachhaltiger machen: [www.memolife.de](http://www.memolife.de)

Neu

**Jetzt mitmachen:** Empfehlen Sie uns online weiter über [naturstrom.de/kwk](http://naturstrom.de/kwk) oder mit der Postkarte in der Heftmitte.



**naturstrom**  
ENERGIE MIT ZUKUNFT

\*Ich verzichte auf meine Prämie im Wert von 30€ zugunsten einer Spende an die ANDHERI HILFE e. V. und stimme der Überweisung des Betrags direkt durch NATURSTROM zu.



Kann ich für sie  
nachhaltig vorsorgen?

**Aber natürlich.**

Schon ab 25 Euro  
im Monat

Bei der UmweltBank legen Sie Ihr Geld wirklich nachhaltig an – mit grünen **Sparplänen** oder **Fondssparen**.

Für eine **langfristige** Vorsorgeplanung und eine lebenswerte Zukunft für uns alle.

Jetzt grün Geld ansparen:  
[www.umweltbank.de/sparen](http://www.umweltbank.de/sparen)



**UmweltBank**

Mein Geld macht grün.